WIR WOLLEN ALLES

NR. 17 (Juni 74) J 7581 EX DM 1,00

Beilagehinweis: Dieser Ausgabe liegt eine Sondernummer der WWA bei, die zusammen mit dem Frankfurter Häuserrat herausgegeben wurde.

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen

Bochum: Proletarische Front c/o a. Rohm, 463 Bochum, Markstr. 118
Frankfurt: Revolutionärer Kampf und Hauserrat c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
Hamburg: Proletarische Front c/o Manifest-Buchladen., 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79
Hannover: Hannoversche Fresse: c/o A. Baumert, 3 Hannover-Linden 1, Postfach 20 125
Köln: Arbeiterkampf c/o Heinzelhaus, Köln 1 Moltkestr. 27
München: Arbeitersache c/o Basis-Buchladen, 8 München, Adalbertstr. 41b
Nürnberg/Erlangen: Gruppe „Solidarität" c/o Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849
Saarbrücken: Gruppe Rote Fahne c/o J. Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176
Redaktionsanschrift: Wir Wollen Alles c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr. 16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir Wollen Alles, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.

Die Sportler des Jahres



Das Berliner Chile-Komitee hat etwa drei Wochen vor Beginn der Spiele auf einer Massenveranstaltung zur Bildung eines Koordinationsrates aufgerufen. Dieser kam dann auch tatsächlich zustande mit Beteiligung von: GIM, Spartacus-Bund, KPD, KSV, Liga, KBW, KHG und Info-Gruppen. Alle Gruppen waren sich ziemlich schnell einig, daß es keine unpolitischen Spiele geben dürfe, daß die faschistische Junta in Chile, das Auftreten ihrer Mannschaft auf der Weltmeisterschaft schon von sich aus zu einem Politikon gemacht hatte. Vor diesem Hintergrund planten wir dann die einzelnen Aktionen. Die Planungen wurden wegen der Komitee-Sitzungen bereits zu einem ziemlich frühen Zeitpunkt den Sicherheitsbehörden bekannt. So kam es bereits im Vorfeld der Protestaktionen zu einer systematischen Mobilisierung der Bevölkerung durch eine konzertierte Aktion von Springerpresse und Polizeiführung. Unsere massiven Einsätze mit Informationsständen und Flugblättern konnten daher nur zu einer schwachen Gegenaufklärung führen.

Als erstes koordinierten wir einen Besuch des Spiels Bundesrepublik gegen Chile. Trotz Ankündigung von 3 000 Bullen im Stadion und einem allgemeinen Demonstrationsverbot organisierten wir den Verkauf von ca. 800 Karten, stellten riesige Transparente sowie Fahnen mit Aufschriften her und brachten das ganze Material durch mehrfache Kontrollketten hindurch in unsere Blöcke. Mit dem Abspielen der chilenischen Nationalhymne setzten wir wie verabredet mit langanhaltendem „Chile si – Junta no"-Rufen ein. Gleichzeitig rollten wir überdimensionale Fahnen mit den gleichen Parolen aus. Die Zuschauer reagierten zunächst mit einem Pfeifkonzert, das mit anhaltenden Protesten gegen die Junta nachließ. Nach einiger Zeit war dann unser Block völlig von militärisch ausgerüsteten Bullen eingekreist. Natürlich hatten wir auch gerade wegen unserer politischen Isolierung Angst und rechneten mit einem massiven Einsatz zur Einziehung aller Transparente. Tatsächlich legten die Bullen auch kurze Zeit später los.

In einem minutenlangen Einsatz gegen eine Gruppe von uns gelang es ihnen, ein Transparent mit der Aufschrift „Pino et" zu entreissen. Die Gegenwehr und die Umstände der Einziehung waren aber offensichtlich so heftig, daß die Bullen vor der anwesentlichen Weltöffentlichkeit doch vermeiden wollten, die „brasilianische" Seite des Freien Berlins zu präsentieren. Das heißt, die Genossen waren zwar weiterhin von Polizeikräften umgeben, aber der an der Oberfläche existierende Eindruck eines unangetasteten Rechts auf freie Demonstrationen wurde beibehalten. Zu Verhaftungen kam es jedenfalls nicht.

Am gleichen Abend organisierten wir ein Massen-Teach-in, auf dem eine breite linke Öffentlichkeit durch bereits fertiggestellte Dia-Serien über das, was nachmittags im Stadion geschehen war, unverfälscht aufgeklärt wurde. Die Tatsache, daß wir trotz vielfältiger Ängste und manchmal auch politischer Zweifel mit unserem Protest im Stadion den chilenischen Widerstand unterstützen konnten, motivierte uns dazu, bei den nächsten Spielen die Demonstrationen fortzusetzen. Die Gruppen waren sich natürlich im klaren darüber, daß eines der Ziele, nämlich via Satellit direkt die chilenischen Massen zu erreichen, eben noch nicht erreicht war, wenn auch die Weltpresse umfangreich von den Vorgängen im Stadion berichtet hatte. Für Samstag hatten wir zu einer Demonstration aufgerufen. Ca. 7 000 Beteiligte zeigten uns an, daß trotz vielfältiger Spaltungsmanöver und allem organisationsborniertem Verständnis von Solidarität in fast allen kommunistischen Parteien und -ansätzen sich so etwas wie ein zunehmendes Interesse und Bedürfnis bei vielen Genossen zeigte, den chilenischen Widerstand wirksamer als bisher zu unterstützen.

Zum Verlauf der Demonstration ist nicht viel zu sagen. – Aufzug durch die Innenstadt mit Abschlußkundgebung im Zentrum. Wir entschlossen uns dann noch, die Demonstranten aufzurufen, zu dem in der Nähe gelegenen Organisations- und Pressezentrum der Weltmeisterschaft weiterzuziehen, um dort eine

Resolution zu überreichen, die unseren Protest gegen Bürgerkriegsmanöver und verfälschte Presseberichterstattung auch diesem Gremium gegenüber zum Ausdruck bringen sollte. Bei einem öffentlichen Gespräch mit einem Delegierten des Zentrums und der Chile-Komitees wiesen wir den anwesenden Journalisten gegenüber auf Parallelen hin zwischen dem Auftreten der Berliner Polizei bei den Spielen im Stadion und der Anwesenheit der SS-Truppen bei der Olympiade 1936 an gleicher Stelle. Außerdem kündigten wir an, daß wir das Recht auf politische Demonstration auch im Stadion weiterhin wahrnehmen würden.

Nächste Gelegenheit dazu bot uns das Spiel Chile gegen DDR am Dienstag. Wir haben vor diesem Spiel längere Zeit über die politischen Konstellationen, die hier vorauszusetzen waren, diskutiert. Ein gemeinsames Vorgehen mit K-Gruppen gab es nicht mehr. Der KBW zog sich kommentarlos zurück, die Liga wollte zunächst unbedingt auch gegen den Sozialimperialismus demonstrieren, was wir wiederum ablehnten, zogen dann aber jede Beteiligung zurück. Übrig blieben Genosen der Info-Gruppen und der GIM. Eigentlich hofften wir irgendwie, die Anwesenden aus der DDR (ca. 3 000) bzw. die organisiert auftretenden Genossen der SEW (4 500) mobilisieren zu können. Wir hatten uns z. B. vorgenommen, in unseren Parolen ausdrücklich „Freiheit für Luis Corvalan" zu fordern, um den Revi-Block irgendwie in Bewegung zu setzen. Was wir dann von dieser Seite aus erlebten, kann man nur als grauenhaft bezeichnen. – Man muß erwähnen, daß wir zu diesem Spiel am 18. 6. 1974 die Karten öffentlich vor den Mensen an unsere Genossen verkaufen mußten, weil wir sie nicht früher besorgen konnten. Natürlich wußten also die Bullen genau, auf welchenBlock wir uns konzentriert hatten. Dementsprechend war auch ihr Durchgreifen, diesmal schärfer. Vereinzelt wurden Geossen schon beim Anmarsch gefilmt und verhaftet. Vor unserem Block mußte jeder einzelne etwa an 20 Bullen vorbei. So gingen die Transparente fast alle verloren, und was noch übrig geblieben war, wurde mit einem diesmal äußerst brutalen Knüppeleinsatz eingezogen. Nach langanhaltenden Versuchen, jede Demonstration zu verhindern und einzelne Genossen zu verhaften, was allerdings mißlang, wurde der Bulleneinsatz eingestellt, als der Zustand sich so eskalierte, daß Genossen und Beamte über die Schutzgitter in die Unterränge zu stürzen drohten. Wir formierten uns dann um. Alle diejenigen, die gelbe Regenjacken anhatten, stellten sich so auf, daß sie ein riesengroßes Hakenkreuz bildeten. Wie beim ersten Mal organisierten wir dann anhaltende Sprechchöre (Siegheil usw.) gegen die Bullen und für die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand. Während des gesamten Spiels war von Seiten des 7 000 Mann starken Revi-Blocks kein politisches Wort zu hören. Es gab noch nicht einmal ein Pfeifkonzert gegen den Bulleneinsatz. Parolen wie „Chile socialista" oder „Freiheit für Luis Corvalan" blieben ohne jeden Widerhall. Stattdessen während des gesamten Spiels völlig unpolitische Unterstützung für den DDR-Fußball. „8, 9, 10. Klasse" oder Jubellieder mit Melodien, wie man sie sattsam aus den Stadien bei uns kennt. Wir alle mußten nach dem Spiel erkennen, daß wir das Ausmaß von Verdinglichung einer Solidarität mit der KP Chile bzw. UP, die offensichtlich erst von Amts wegen verordnet werden muß, ehe jemand seine Glieder in Bewegung setzt, eigentlich trotz unserer Vermutungen immer noch geringer eingeschätzt haben. Was sich an dem Dienstag abspielte, das war – von Seiten der SEW, SED wohl mit der Parole begründet, den Faschismus schlagen, d. h.: die DDR-Mannschaft muß gewinnen – tatsächlich eine Farce internationalistischer Solidarität. Immerhin hatten wir selbst uns lautstark bemerkbar gemacht, und damit wieder trotz den Verboten Demonstrationen im Stadion organisiert.

Die Samstag-Aktion auf dem Fußballfeld war eigentlich die logische Konsequenz aus der stufenweise sich verschärfenden Repression gegen die legitimen und wohl auch legalen Manifestationen auf den Rängen. Eine Reihe von Genossen hatten auch ein elementares Interesse daran, endlich unser ursprüngliches Ziel, nämlich die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand auf den Bildschirm zu bekommen, doch noch in die Tat umzusetzen. Zu den Einzelheiten sich zu äußern ist natürlich schwierig, insbesondere, wenn man daran denkt, daß die Bullen bis jetzt noch keinen Schimmer davon haben, wie die Genossen trotz tiefer Gräben und hoher Plexiglaswand auf den Rasen gekommen sind, ohne daß sie jemand daran hindern konnte. Es ist klar, daß wir sie hier nicht aufklären werden. Tatsache ist, daß sich Genossen von der GIM und unabhängigen Basisgruppen zusammengesetzt haben, die ganze Sache diskutierten, planten und auch in die Tat umsetzten. Das dabei Widersprüche (auch politische) auftraten, daß sich Ängste breitmachten, daß es FEhler gab und nicht alles wie gewünscht klappte, ist wohl klar. Nach der Aktion, die man wohl als gelungen bezeichnen muß, haben sich jedenfalls große Teile der Berliner Linken (sicher unberechtigt) an die Brust geklopft und mit Genugtuung festgestellt, daß in Berlin wieder mal eine Woche lang was los war. Die Diskussion über diese Woche fängt aber erst an.

Denkt Euch mal was für den September aus (trotz Ferien), denn am 11. September 1974 ist es ein Jahr her, daß die faschistischen Militärs in Chile die Macht an sich rissen und Tausende von Genossen zu ermorden begann.

Genossen des Westberliner Chile-Komitees u. der Info-Gruppen.

...JÄGERMEISTER IST IM BESITZ DES LEDERS, WIRD VON CHIO-CHIPS GESTOPPT, DER PASST ZU QUELLE, ABER DA IST SCHON BAYER-LEVERKUSEN, KÖPFT DEN BALL ZU CAMPARI...









Berliner Chilenen-Quartier





„Stern": Rechtsruck und Säuberungswelle

(ID) Am 11. 3. 1974 wurde die Kollegin Ulla Küspert, Briefe-Redakteurin des „Stern", fristgemäß zum 30. Juni gekündigt und sofort ihrer Funktion enthoben. Begründung: sie habe die Briefauswahl „nach eigener Stimmung einseitig manipuliert" und damit das „nachrichtliche Bild verfälscht".

Diese eindeutig politische Kündigung der Kollegin Küspert richtet sich nicht nur gegen ihre journalistische Arbeit, sondern auch gegen ihre Tätigkeit als aktive gewerkschaftliche Vertrauensfrau bei Gruner & Jahr.

Im September vergangenen Jahres war der Reiseredakteur Jochen Schaumann während seines Urlaubs gekündigt worden, nachdem er es gewagt hatte, seinen Ressortleiter zu kritisieren. Sein Fall gewann bald eine politische Dimension. Der Betriebsrat widersprach nämlich Schaumanns Kündigung, und der Betriebsratskollege und „Stern"-Redakteur Ortwin Fink setzte sich dabei besonders für Jochen Schaumann ein. Wenig später wurde Ortwin Fink von Henri Nannen gemaßregelt und massiv unter Druck gesetzt: er setze sich zu aufwendig für die Kollegen ein und leiste als Redakteur zu wenig, warf Nannen Fink vor und drohte ihm Konsequenzen an. Vermutlich wurde Ortwin Fink nur deshalb nicht gekündigt, weil er Betriebsrat ist.

In derselben Angelegenheit engagierte sich auch die Kollegin Küspert. Gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten organisierte sie Versammlungen der Gewerkschaftsmitglieder im Unternehmensbereich von Gruner & Jahr und setzte sich nachdrücklich und öffentlich für Jochen Schaumann ein.

Weil der Arbeitsgerichtsprozeß, den der Kollege gegen seine Kündigung angestrengt hat, nach Ansicht des Verlags offenbar nicht rasch genug zu einem für ihn günstigen Ergebnis kam, war Jochen Schaumann am Nachmittag des zweiten Prozeßtermins plötzlich beurlaubt worden.

Daraufhin forderte die Versammlung der bei Gruner & Jahr gewerkschaftlich Organisierten am 5. März, Jochen Schaumanns Beurlaubung umgehend wieder aufzuheben. In derselben Woche bedrohte der Chefredakteur des „Stern" die Kollegin Küspert mit KÜndigung, drei Tage später warf er sie hinaus.

Zur selben Zeit waren bereits Gerüchte der Umstrukturierung des Blattes und Entlassungen im Umlauf, daß es sich dabei in Wirklichkeit um konkrete Pläne des Verlags und der Chefredaktion handelt, die auf einen Rechtsruck des „Stern" abzielen, bestätigte inzwischen Henri Nannen auf einer der letzten Redaktionskonferenzen. Er kündigte an, daß zehn weitere Kollegen gefeuert würden – und zwar ausdrücklich nicht aus Rationalisierungsgründen, sondern um den „Stern" zu „streamlinen"; man müsse den politischen Standort des Blattes überdenken, denn in der BRD habe sich viel getan. Wie die neue politische Linke des „Stern" aussehen soll, erläuterte Chefredakteur Nannen so: das Blatt sei bisher der SPD relativ freundlich gesonnen gewesen, hier müsse in Zukunft mehr „differenziert" werden, und: es sei ja recht ehrenwert, wenn Redakteure eine bestimmte politische Meinung verträten, man müsse sich aber den gegebenen Realitäten anpassen.

In Wirklichkeit hat die „Differenzierung" längst stattgefunden: in einer der letzten Ausgaben wurde plötzlich die unermüdliche Sibylle wieder ausgegraben, die unter dem Titel „Das haben wir nicht gemeint" eindeutig den Klassenstandpunkt der Herrschenden vertritt: „Es stören die forschen, die falschen Töne der Aktionsgruppen 218 . . . es stören die Sozialistinnen, die sich der Sache allzu systemverändernd annahmen . . . es stören die organisierten (!) Demonstrationen . . . es stört am meisten das Signum dieser ganzen Aktivitäten: eine geballte Faust . . . wir wollen die Faust nicht und nicht die Provokation . . ."

Ein anderes Beispiel aus derselben Nummer: In einem Artikel über Chile wird behauptet, das Regime Allende sei 1973 politisch und ökonomisch am Ende gewesen, und jetzt wörtlich: „Die Hälfte der Chilenen – bei weitem nicht nur die reichen – atmete deshalb auf, als am 11. September 1973 die hawker-hunter-jets der Luftwaffe den Präsidenten, der freiwillig nicht abtreten wolle, aus seinem Amtssitz schossen, doch was dann geschah, hatte die große Mehrheit der Allende-Gegner nicht gewollt." Ähnliches ist schon häufig zur Verteidigung des Hitler-Faschismus vorgebracht worden: bei den Nazis hätte wenigstens Ordnung geherrscht, sie hätten die Arbeitslosen von der Straße geholt und Autobahnen gebaut, aber was mit den Juden passierte – das haben wir nicht gewollt.



Und ein drittes Beispiel aus dem „Stern" Nr. 6/1974, in dem Hauskolumnist Sebastian Haffner Lohnkürzungen verlangte, denn „Kapitalbildung und Hebung des Lebensstandards stehen immer in Konkurrenz miteinander" und „jetzt (braucht) das Kapital das größere Stück vom Kuchen".

Wenige Wochen zuvor hatte Haffner bereits gefordert, die Bundesrepblik müsse sich auf eine Art Kriegs- und Notstandswirtschaft einrichten, was nur mit einer Allparteienregierung durchzusetzen sei.

Den Zusammenhang stellt ein Ausspruch her, der Reinhard Mohn zugeschrieben wird: Alle Luschen und Querulanten raus. Mit anderen Worten: hier soll aufgeräumt werden. Um die rechte „stromlinie" des „Stern" zu sichern, wird die Redaktion politisch gesäubert. Doch die Säuberung beim „Stern" ist kein Einzelfall, im Spiegel wird seit einigen Monaten das Wirtschaftsressort auf Linie gebracht: es soll **das** Ressort der deutschen Wirtschaft sein. Dazu braucht man Leute, die widerspruchslos funktionieren, ein durchaus nicht unternehmerfeindlicher Schreiber wie Dieter P. Grimm wird praktisch mit Schreibverbot belegt und soll „freiwillig" das Haus verlassen. Grund: als Betriebsrat hat Grimm die Interessen vor allem der unterprivilegierten Kollegen wiederholt scharf gegenüber der Geschäftsleitung verteidigt, und selbst ein wahrhaftig nicht „linker" Redakteur wie der Kollege Detsch, der sich noch von Zeit zu Zeit für gewerkschaftliche Themen stark machte (wenn auch meist aus der Sicht der Gewerkschaftsführer), wurde so unter Druck gesetzt, daß er freiwillig anbot, aus dem Wirtschaftsressort auszuscheiden, um die Leserbriefe zu übernehmen.

gekürzt aus:
„Solidarität" – Hamburger Journalisten-Info

Chronik: Kampf um die Strassenbahntarife in Frankfurt

Der Frankfurter Verkehrs Verbund (FVV) und was er kostet
Die ungeheure Expansion und Konzentration der großen Kapitale bescherte der Mainmetropole ein Verkehrschaos. Der Ausbau der Infrastruktur hinkte ständig den Erfordernissen, die das Kapital an die Stadt stellte, hinterher. Täglich strömen 200 000 Pendler in die Stadt, hinzu kommen Besucher, die hier einkaufen, ausgebildet werden oder geschäftlich zu tun haben. Tag für Tag fahren rund 500 000 Autos in der Stadt.
Durch das **Mittelfristige Verkehrsprogramm Frankfurt** versuchen nun die SPD-Technokraten „Ordnung" in das Chaos zu bringen. Das Resultat ist der FVV, der zum großen Teil durch die neuen Wucherpreise aus den Taschen derer bezahlt wird, die man vorher aus ihren Wohnungen an die Peripherie der Städte in Hochhausgettos getrieben und jetzt zum einpendeln gezwungen hat.
Die neuen Fahrpreiserhöhungen schwanken zwischen 66% und 233%.

„Volkszorn"
Schon im April wartete die Frankfurter-Rundschau am Abend mit der Schlagzeile: **„In Frankfurt kocht der Volkszorn"** auf. Eines war sicher: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt die „Segnungen des neuen FVV" ab.

Mobilisierung

Der KBW begann als erster die Agitation mit der Forderung: „Die Fahrpreiserhöhung muß fallen." Der Widerstand sollte durch Unterschreiben von Protestresolutionen bekundet und in **„Fahrpreiskomitees"** organisiert werden. Man diskutierte dort nicht, wie der Kampf gemeinsam geführt werden könne, sondern setzte den Anwesenden eine Protestresolution vor und klärte die „Menschen" über die „Machenschaften des Magistrats" auf. Dann stimmte man über die Resolution ab. Damit war die Gründung des Komitees vollzogen, die „Massenbasis" hergestellt.

Ganz ähnlich lief es bei der DKP. Auch sie gründete Komitees, sammelte Unterschriften zusammen mit dem DGB. Die DKP/DGB-Liste kam auf 29 000, der KBW auf 15 000.

So existierten in verschiedenen Stadtteilen plötzlich zwei Komitees, auf deren Sitzungen im Lauf der Zeit dann auch nur noch die Funktionäre der einzelnen Gruppen unter sich waren, und sich gegenseitig das Recht streitig machten, ein zweites Komitee zu gründen.

Eine Einigung scheiterte daran, daß die DKP an der DGB-Umverteilungsforderung festhielt, wonach entstehende Defizite in einem Verhältnis Bund 60, Land 30, Kommune 10 übernommen werden müßten, der KBW dagegen die Abschaffung aller indirekten Steuern verlangte.

Die Jusos ließen per Presseerklärung wissen, daß auch sie gegen die Fahrpreiserhöhung seien, warnten aber gleichzeitig, in Anbetracht bevorstehender Landtagswahlen, die Extremisten vor unüberlegten Handlungen und stellten schließlich fest, daß es nun zu spät und nichts mehr zu ändern sei.

> Als Höhepunkte der Kampagne sahen die Jungsozialisten den Parteitag und die Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Fahrpreiserhöhungen an.
>
> Die Jungsozialisten warnen angesichts der mangelnden Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich in organisierter Form gegen die Fahrpreiserhöhung zu wenden, alle politischen Gruppen Frankfurts, die jetzt noch mittels militanter Aktionen versuchen sollten, die Fahrpreiserhöhungen zu verhindern. Dieses Vorgehen würde nur zu einem erneuten Zusammenstoß mit der Polizei führen und breite Kreise der Bevölkerung gegen die demonstrierende Studentenschaft aufbringen. Als einzige Alternative sehen die Frankfurter Jungsozialisten eine langfristig angelegte Aufklärung der Bevölkerung, um somit die gewerkschaftlichen Forderungen nach Einheitstarif und Nulltarif stärker in der Bevölkerung zu verankern. FR 27.5.74

Die KPD forderte 50 Pfg. Einheitstarif und beschränkte sich in ihrer Agitation auf einige Betriebe.

Wir – gemeint sind Häuserrat, RK, Stadtteilgruppen und SHI – griffen erst Anfang Mai in die Auseinandersetzung ein. Während alle Gruppen **nur** die deutsche Bevölkerung ansprachen, versuchten wir mit vielsprachigen Flugblättern auch die Emigranten einzubeziehen.

Von vornherein war klar, daß man mit Resolutionen und Unterschriften allein die Fahrpreiserhöhung nicht zu Fall bringen werde. An den „Komiteegründungen" beteiligten wir uns nicht aus der Erkenntnis, daß solche künstlich aus dem Boden gestampften „Massenorgane" real keine Antwort auf die Frage, wie denn der Massenwiderstand zu organisieren sei, darstellten. Diese Einschätzung erwies sich in den Kämpfen auch als richtig, dort spielten sie keine Rolle mehr, und hörten auf zu existieren.

Wir agitierten vor Betrieben und in Stadtteilen, propagierten dort den Boykott der Fahrpreiserhöhung, forderten **Nulltarif** und die Bezahlung der **Fahrzeit als Arbeitszeit!**

Die ersten Aktivitäten
Die DGB-Führung sah spätestens am 1. Mai, daß Teilgruppen innerhalb der Gewerkschaften gewillt waren, mehr gegen die Tariferhöhung zu unternehmen als nur Protestschreiben abzuschicken.

Der Tarifverbund wurde zum Gegenstand von Betriebsversammlungen (was bei der Dresdner Bank erst gerichtlich durchgesetzt werden mußte): ÖTV-Vertrauensleute waren entschlossen, notfalls auch ohne den Segen von oben eine öffentliche Protestversammlung zu veranstalten. Auf diesen Druck von unten sah sich der DGB genötigt, für eine Protestkundgebung am 21. Mai auf dem Römerberg aufzurufen.

Die Absicht war klar, man wollte den Dampf ablassen. Es waren dieselben DGB-Funktionäre, die am 21. 5. auf die Fahrpreiserhöhung schimpften, die als SPD-Stadtverordnete der Fahrpreiserhöhung zugestimmt hatten.

Um dieser Abwiegelei zuvorzukommen, organisierten alle linken Gruppen in Ffm. – Ausnahme Jusos und DKP – eine Demonstration am 11.5.! Es sollte klar werden, daß es mit einer Protestkundgebung nicht getan sei, gleichzeitig wurde dazu aufgerufen am 21. 5. 74 zur DGB-Kundgebung zu kommen. Obwohl von unserer Seite viele Flugblätter in den Betrieben verteilt wurden, kamen nur ein paar DGB-Funktionäre zu dieser Kundgebung, im übrigen war die rev. Linke unter sich. Diese zog nach den dürftigen Reden der DGB-Leute zur Zeil und blockierte für Stunden den Verkehr. Die Bullen blieben im Hintergrund, sie sollten erst im entscheidenden Moment, d. h. am Tage des Inkrafttretens der Fahrpreiserhöhung am 26.5., in Aktion treten.

Wir hatten damit gerechnet, daß eine größere Zahl von Arbeitern zumindest auf die DGB-Kundgebung kommen würde – und diese dann notwendig in Opposition zur Lahmarschigkeit der Gewerkschaften gerieten. Wir hätten aber wissen müssen, daß hauptsächlich Emigranten und junge deutsche Arbeiter überhaupt bereit wären, etwas zu unternehmen – die aber kommen nicht auf Gewerkschaftsversammlungen, weil sie sich davon eh schon nichts mehr versprechen.



Nach dem 21. 5. 74 begann eine verstärkte Agitation. Es wurden Flugblätter vor Berufsschulen verteilt, in denen Vorschläge gemacht wurden, wie man Automaten außer Kraft setzt, wie man Schwarzfahrerkassen organisiert und wie man sich sonstwie auf die verschiedenste Art und Weise gegen Kontrolleure zur Wehr setzen könnte. 9 Frankfurter Sozialdemokraten, die offen zugaben, daß sie gegen die Fahrpreiserhöhungen sind, aber Angst hätten, schwarz zu fahren, erklärten auf einem Flugblatt, daß sie in Straßenbahnen solange nach ihrem Kärtchen suchen würden, bis alle Schwarzfahrer ausgestiegen seien. Der Häuserrat verkaufte Plaketten mit der Aufschrift: Schwarzfahrer für Nulltarif. An allen Ecken der Stadt tauchten Kleber gegen die Fahrpreise auf. Es wurde ein Flugblatt an die Schaffner verteilt, in welchem diese aufgefordert wurden, Schwarzfahrer nicht zu denunzieren, es hieß da: „Ihr seid Straßenbahnfahrer, keine Bullen, euch treffen Preissteigerungen genauso wie uns. Wenn ihr Polizeifunktionen übernehmt, kriegt ihr auch nicht mehr Lohn. Nur zusammen sind wir stark."

Bis dahin hatte der KBW mit keinem Wort gesagt, mit welchen Kampfformen die Tariferhöhung zu Fall gebracht werden könnte. Wir machten diese Frage zum **zentralen Punkt** der weiteren Agitation und propagierten: **Streiks in den Betrieben – Blockaden in der Stadt!**

Beide Parolen waren jedoch für einen Großteil der Bevölkerung undiskutierbar und illusorisch, weil für sie undurchführbar. Weder in den Betrieben noch in der Stadt war für eine so weit reichende Kampfform die Voraussetzung geschaffen.

Hinzu kam, daß nur ein sehr begrenzter Teil der Genossen um RK und Häuserrat überhaupt Agitationsarbeit machte und bereit war, in den Stadtteilen öffentlich mit den Leuten zu diskutieren.

Man hatte sich also darauf einzustellen, daß 1. die Beteiligung der Bevölkerung sich in Grenzen halten werde, daß 2. die Verkehrsbehinderungen durch Blockaden nicht den Beifall der Leute finden würde, die nach Feierabend nach Hause wollten.

Jetzt erst griffen wir halbherzig den Vorschlag der Roten-Punkt-Aktion (RPA) auf. Wir taten dies mit dem Bewußtsein, daß alle RPA nach Hannover gescheitert waren. Die Stimmung war sehr pessimistisch, es schien ganz so, als würden die Linken zwar wieder einmal etwas machen, aber auch nur sie.

Die Kämpfe

Zwei Tage vor Inkrafttreten des FVV, verteilte die Polizei in der Innenstadt Flugblätter an die Bevölkerung. Alle drei bürgerlichen Zeitungen warnten vor einer Solidarisierung am Montag, den 26. 5. 74 mit den Extremisten. Die Polizei forderte die Leute auf, allen Ansammlungen am Montag sofort aus dem Wege zu gehen und dort, wo Transparente entfaltet werden würden, die Straße zu räumen, nicht stehen zu bleiben. Für event. Schäden würde man selber haften.

Gleichzeitig sprachen die Reformisten von einem „berechtigten Protest", mit dem man rechnen müsse. Die ganze Sache stand auf der Kippe, auf der einen Seite hoffte man mit Säbelgerassel und angedrohter Repression, eine Solidarisierung mit den Extremisten zu verhindern, auf der anderen Seite aber war man unsicher, was an „Bürgerprotest" beim Inkrafttreten des FVV zu erwarten sei. Deshalb beugte die SPD auch hier vor und heuchelte „Verständnis"!

Am Sonntag veranstaltete dann die Stadt noch ein Volksfest zu Ehren des neuen FVV auf dem Römer, eine neue Teilstrecke der U-Bahn wurde mit viel Getöse eröffnet, im Römer standen die Tore zum Besuch offen. Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchte man dem Groll Herr zu werden.

> Irrtum: z. B. in Rüsselsheim haben die Opel-Vertrauensleute zweimal verschiedene Intrigen und Versuche der IGM-Bürokratie abgewehrt, die Gewerkschaftsbeiträge zu erhöhen!

Am Montag zogen um 11 Uhr als erste Schülergruppen auf die Zeil. Der KBW hatte dazu aufgerufen und gefordert: **Die Fahrpreiserhöhung muß fallen und wenn der Magistrat mißfällt.**
Wir hatten uns gegen eine Zentrierung auf der Zeil ausgesprochen, allenfalls sollte die Zeil zu einem Bezugspunkt gemacht werden, von dem aus man in die Stadtteile gehen sollte, um dezentrale Blockaden, verbunden mit Roten-Punkt-Aktionen durchzuführen. Davon, ob die Bevölkerung positiv reagiere und sich event. an Blockaden beteiligte hatten wir abhängig gemacht, ob weitere Aktionen in den folgenden Tagen sinnvoll seien.

An der Ecke Bockenheimer/Schumannstr. kam es zur ersten Blockade, die Trümmer der abgerissenen Häuser wurden erneut zu Barrikaden. Gleichzeitig verteilten wir Rote-Punkte und halfen den Leuten mit Autos weiterzukommen. Sofort standen die Bahnen, die Schaffner blieben in ihren Wagen, Leute versammelten sich am Straßenrand und als nach einer halben Stunde die Bullen kamen, konnten sie nur die Barrikaden von den Schienen räumen. Die Genossen standen zwischen den Zuschauern und die Polizei war ohnmächtig. Die Reaktion der Leute war zurückhaltend und neugierig. Es kam zu keiner Eigeninitiative.

Dezentrale Blockaden wurden noch von anderen Gruppen versucht, gegen 17 Uhr strömte dann alles zur Zeil. Dort kam der Straßenbahnverkehr schnell zum Erliegen, Polizei setzte Wasserwerfer und Knüppel ein, wir versuchten möglichst viele Genossen und Schüler zu dezentralen Blockaden zu bewegen, was nur in Ansätzen gelang.

Es war bequemer an der Zeil zu stehen unter Tausenden von Zuschauern, die wie bei einem guten Match pfiffen und johlten und jeweils über den lachten, der der Dümmere war. In diesem Fall und an diesem Ort war das zunächst die Polizei.

> Vor annähernd 400 Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsratsmitgliedern und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, die von der Stadt zum „Mahl der Arbeit" (Rippchen mit Kraut) am Abend des 1. Mai in den Römer eingeladen worden waren, nahm Oberbürgermeister Rudi Arndt auch zum neuen Fahrpreistarif des Frankfurter Verkehrs- und Tarifverbundes Stellung.
>
> Arndt führte viele Beispiele für Solidarität an, die die Stadt der Gewerkschaftsbewegung gegenüber bisher erwiesen habe, und fuhr fort: „Solidarität ist aber keine Einbahnstraße", die nur in der Richtung von Stadt zu den Gewerkschaften gelte, nicht aber auch umgekehrt. Er, Arndt, habe das Gefühl, daß der eine oder andere Gewerkschafter in diesen Wochen eine solche Erkenntnis aus seinem Gedächtnis verdränge.
>
> Mehr Subventionen als jetzt könne die Stadt für den öffentlichen Nahverkehrsbetrieb nicht mehr leisten. Da sei auch mit Unterschriftensammlungen gegen den neuen Verbundtarif nicht geholfen.
>
> Der Oberbürgermeister fragte, wo denn eigentlich die Unterschriftenaktionen gegen die auf privatem Gewinnstreben beruhenden Preissteigerungen blieben, etwa beim Benzin. Er habe auch noch keine Aktion gegen angehobene Gewerkschaftsbeiträge erlebt. Und dann besänftigte er die aufkommende Unruhe so: „Auch wenn Sie nicht für die Fahrpreiserhöhung sind, so sind Sie in Ihrer Mehrheit doch auch nicht dafür, daß ich mir ein Magengeschwür anärgere."
>
> FR, Anfang Mai 74

Auf dem, während der Kämpfe, allabendlich stattfindenden **Plenum** wird beschlossen, die Kämpfe weiterzuführen. Es hatte an diesem Tag bei Blockaden nicht schlechte Erfahrungen gegeben, die Bullen waren dezentralen Aktionen zunächst hilflos gegenübergestanden. So kamen sie mit Hundertschaften und Wasserwerfern, um unter dem Gelächter vieler Zuschauer ein paar Bretter von den Schienen zu räumen. Aber die Polizei lernte schnell, ihre Taktik zu ändern. In den nächsten Tagen kamen sie nur noch mit einigen Mannschaftswagen bei Blockaden in Stadtteilen, vor allen Dingen waren sie innerhalb von fünf Minuten da, sodaß nur wenige Zuschauer dastanden und die Genossen in alle Richtungen flüchten mußten. Der Effekt war der Umgekehrte, diesmal lachte man über die Genossen.

Auf der Zeil hatten die Blockaden am ersten Tag eine überraschend große Resonanz gefunden, die Bullen waren ziemlich hilflos, die Menge zeigte eine abwartende, passive Solidarität. Dies bewog uns weiterzumachen.

Dienstag:

Die Auseinandersetzungen werden härter, die Massen an der Zeil, an der Hauptwache sind weit über Tausend , Polizei geht wahllos mit CN-Tränengas-Einsätzen vor, auch Tränengasgranaten werden geworfen. Schon gibt es die ersten Gerüchte von Schwerverletzten. Der KBW fordert plötzlich: **Dieser Magistrat ist reif, dieser Magistrat muß weg!**

> Geschäftsempfehlungen
>
> **Achtung, Frankfurter Bürger!**
> Sind auch Sie CN-Tränengas-Geschädigte?
> **Dann hilft nur ein erfrischendes Duschbad!**
> Duschkabinen und Fertigbäder aller Art
> GUNTHER DREHER 6 Ffm., Ballonnstraße 1.3. Tel. 29 17 10
>
> Anzeige in der FR

Von der Fahrpreiserhöhung, die noch am Montag laut KBW hätte fallen sollen, ist nicht mehr die Rede, stattdessen fordert man in totaler Selbstüberschätzung den Sturz des Magistrats. So bieten sie sich der Bevölkerung als die „Alternative" dar, die man in Hessen bei den nächsten Landtagswahlen wählen könnte. **Dies war ihre Massenperspektive.**

Wir, die wir **nur** in einer realen Zurücknahme der Erhöhung einen Erfolg sehen wollten, wurden „folgerichtig" vom KBW als „Ökonomisten" bezeichnet. So hatte dann in den Denkschemata traditioneller Kommunisten alles seine Ordnung. Die Tatsache, daß diese Parole auf Unverständnis und offene Ablehnung des größten Teils der an den Kämpfen Beteiligten stieß, rührte den KBW wenig. Er beschimpfte diese nachträglich als „rechte Abweichler, Kapitulanten und Opportunisten". In einer Analyse der Fahrpreiskampagne schreibt der KBW in einem Rundbrief der Ortsleitung vom 11.6.74: „Nicht weil der Plan (gemeint der Sturz des Magistrats) zu kühn gewesen ist, sondern weil wir einem kühnen Plan nicht gewachsen gewesen sind, dies aber gerade wegen dem sumpfigen Liberalismus und verbreiteten Kapitulantentum in den eigenen Reihen, haben wir eine Niederlage einstecken müssen." Also ist nur die „Konterrevolution" in den eigenen Reihen daran Schuld, daß es nicht zum Sturz des Magistrats kam. Die Strategie der Ortsleitung wird als die einzige Richtung bezeichnet, wer daran Kritik übt, wird als „Rechter" denunziert.

Indes stoßen dezentrale Blockaden von unserer Seite auf immer größere Schwierigkeiten. Die Polizeiführung hat ihr „Hauptquartier" in einen Hub-

So: Am vierten Krawall-Tag in Frankfurt:

Zeil-Betriebsräte: Das Maß ist voll

„Sicherheit für 6000 Arbeitsplätze“

Die Betriebsräte der Kaufhäuser an der Frankfurter Zeil forderten am Donnerstag in Briefen an Ministerpräsident Osswald, den Frankfurter Oberbürgermeister, den Magistrat und die hessischen Landtagsfraktionen im Namen von 6000 Arbeitnehmern Sicherheit für ihre Arbeitsplätze und ihren Arbeitsweg.

„Der Terror auf der Zeil macht uns Angst“ und „wir wissen nicht, wann und wie wir am Abend nach Hause kommen“, heißt es in den Schreiben. Das Maß sei voll, wird weiter festgestellt. Die Zeil dürfe nicht zum Schlachtfeld radikaler Gruppen werden. Die Unruhestifter müßten zur Rechenschaft gezogen werden.

Fr. Neue Presse 31.5.74

...oder so?



Von einer „totalen Verunsicherung der Innenstadt“ sprechen die Geschäftsleute der Zeil und Hauptwache angesichts der Demonstrationen vor ihren Türen. Im gleichen Atemzug stöhnen sie: „Eine Katastrophe, wie soll das nur weitergehen?“ Nicht nur, daß an den beiden zurückliegenden Tagen die sonstigen Umsätze beinah durchweg bis zu 30 Prozent unterschritten worden seien. Ebenso müßten sie in steter Sorge um die Sicherheit ihrer Kunden und Mitarbeiter, ihrer Häuser und der Ware sein.

„Ich war jahrelang in Hamburg, ebenso in Köln, aber so schlimm wie in Frankfurt habe ich es noch nie erlebt“. So der Geschäftsführer eines großen Kaufhauses an der Hauptwache.

FR 30.5.74

schrauber verlegt, der über der Stadt kreist und schnell Polizeieinheiten zu Brennpunkten beordern kann. Dezentrale Blockaden ohne Solidarisierung der Bevölkerung mit nur wenigen Genossen (meist wären es Gruppen zu 30 – 50 Leuten) durchzuführen, erweisen sich immer mehr als Himmelsfahrtskommando. Viele werden verhaftet.

Es wird diskutiert, ob man nicht lieber im morgendlichen Berufsverkehr Blockaden in Verbindung mit Rotem Punkt machen sollte – statt Verzögerungen auf der Heimfahrt, die natürlich bei vielen Ärger hervorriefen, hätte es dann Verzögerungen beim Arbeitsbeginn gegeben und schon deshalb die Diskussion in die Betriebe und Büros hineingetragen. Der Vorschlag wurde aber aus zwei Gründen abgelehnt:

1. Die durch Zuspätkommen versäumte Arbeitszeit wird nicht bezahlt. So wie die Stimmung eingeschätzt wurde, würde sich der Ärger über die materiellen Einbußen nicht gegen den Betrieb und nicht gegen den Tarifverbund, sondern gegen uns richten.
2. Morgens würden ganz allein Studenten und allenfalls noch Schüler die Blockade-Aktion machen. Es wären **unsere** Aktionen, die kein Mitmachen der Lehrlinge, Jungarbeiter und Emigranten zuließen. Gerade diese aber – das hatten diese beiden Tage schon gezeigt – waren bereit, sich auch militant gegen die Tariferhöhungen zu wehren. Frühblockaden wären also – so war die Einschätzung – notwendig isoliert geblieben.

Arndt kündigt den Radikalen entschiedenen Kampf an und nimmt die KBW-Parole zum Anlaß, in Ffm. zu verbreiten, diesen Gruppen gehe es gar nicht um Fahrpreiserhöhungen, sondern darum, das demokratische System zu zerstören. Das bleibt nicht ohne Wirkung, zumal die Rundschau am Abend mit der Balkenüberschrift: **„Kampf bis der Magistrat fällt“** aufwartet.

Mittwoch:

Wir versuchen, die Rote-Punkt-Aktion zum Hauptinhalt der Kämpfe zu machen. Es muß klar werden, daß Blockaden **mit** der Bevölkerung und nicht **gegen** sie geplant sind. Es wird immer offenkundiger, daß man auf keinen Fall die Kollegen und Kolleginnen durch äußeren Zwang zur Teilnahme an den Kämpfen bewegen kann.

Deshalb kommt der Roten-Punkt-Aktion zentrale polit. und strategische Bedeutung zu! Leider wird das viel zu spät erkannt. Es gelingt nicht, dies massenhaft in Frankfurt bewußt zu machen. Stattdessen zentriert sich alles wieder auf der Zeil.

Dort versucht die Polizei mit bislang selbst in Ffm. unbekannter Härte, Herr der Situation zu werden. Agitation und Flugblattverteilen wird durch massenhafte Verhaftungen unterbunden.

In den Straßenbahnen beginnen Zivile mit Flugblattverteilern zu diskutieren und nehmen diese beim Aussteigen wegen Aufwiegelei fest. Auch die Verteiler vor den Betrieben werden festgenommen. Dort, wo jemand in den Stadtteilen vor Einkaufsmärkten mit Flugblättern auftaucht, sind sofort rudelweise Zivile und verhaften!

Es wird zum erstenmal in der BRD „Vorbeugehaft“ massenweise praktiziert. Der Bullenterror geht bis zum äußersten des noch möglichen. Die gezielte Härte der Gewalt von dieser Seite kalkuliert alles bis zum ersten Schuß ein. In nachweisbaren Fällen zogen Bullen ihre Knarren.

Bei einer versuchten Demo des KBW zum Römer am Abend dieses Tages, wird dann der Schüler Thomas Hytrek Opfer dieses staatlich sanktionierten Terrors. Er wird von einem Wasserwerfer niedergefahren und kommt schwerverletzt (Gehirntrauma) ins Krankenhaus. Dort lag er über 14 Tage ohne Bewußtsein. Jetzt geht es ihm den Umständen entsprechend gut. (Siehe hierzu auch Beilage: Häuserratszeitung)

Daraufhin kommt es zu erbitterten Auseinandersetzungen in der Innenstadt. Auf der Zeil wird das Pflaster aufgerissen. Wir fordern die sofortige Zurücknahme der Erhöhungen und die Absetzung des Polizeipräsidenten. Der KBW beharrt weiterhin darauf den ganzen Magistrat absetzen zu wollen.

Donnerstag, Freitag, Samstag

Die Reaktion versucht zum Gegenangriff zu blasen. In der BILDzeitung steht: „Radikale verprügeln Arbeiter“, gleichzeitig lanciert die Abendpost/Nachtausgabe eine Meldung in der Presse: „Arbeiter kündigen Gegenaktionen an!“ Offenbar wollte man hier vorbereiten, was beim **Ford-Streik** im Sommer 73 zu gut geklappt hatte. Es hätte dann in Frankfurt geheißen: „Arbeiter kämpften ihre Straße frei“.

Reaktionäre Betriebsräte der Kaufhäuser verkündeten lauthals: „das Maß ist voll“. Gleichzeitig wurde den Angestellten dieser Firmen schriftlich damit gedroht, die durch vorzeitige Schließung der Kaufhäuser verursachten ausgefallenen Arbeitsstunden nicht zu bezahlen.

Die Kämpfe gehen weiter, die Repression wird immer stärker, die angemeldete Demonstration für Samstag wird verboten.

Auch am Freitag kann die Polizei die Blockade der Zeil nicht verhindern, trotzdem wird deutlich, was wir am Abend auf einer Veranstaltung im Volksbildungsheim gesagt haben: **wir sind nicht auf der Zeil isoliert, sondern die Zeil ist isoliert!**

Es ist in dieser Woche nicht gelungen, den Protest in die Stadtteile und Betriebe zu tragen. Durch die ungeheure Härte und Gewalt isolierte die Polizei geschickt den harten Kern der Kämpfenden von der übrigen Bevölkerung. Für sie wäre es ein gefährliches Abenteuer gewesen, sich an solchen Aktionen zu beteiligen. Sie hätten mehr riskiert als 48 Stunden Haft. Deshalb sagten sie, es ist nichts mehr zu machen. Unser grundsätzliches Problem ist, daß wir zwar sagen, Widerstand ist nötig, daß wir aber bisher in entscheidenden Momenten nicht sagen konnten, wie er **erfolgreich** zu organisieren sei!

Zwar durchbrachen wir am Samstag erfolgreich das Demonstrationsverbot, und versammelten uns wieder auf der Zeil, aber eine neue Qualität in den Kämpfen war so nicht mehr zu erreichen. Allen wurde klar, daß der Kampf, wenn er in der nächsten Woche weitergehen sollte, ein anderes strategisches Konzept erfordere.

Woche nach Pfingsten:
Eine letzte Anstrengung wurde versucht.

„Ohne Blockade und Rote-Punkt-Aktion nach Pfingsten werden die Fahrpreise nicht fallen“, hieß es vorsichtig in der neuen Häuserratszeitung. Das, was man Wochen vor der Fahrpreiserhöhung hätte machen sollen, versuchte man jetzt nachzuholen.

In allen Stadtteilen sollte Agitation gemacht werden. Die Rote-Punkt-Aktion sollte zur Massenaktion werden. Insbesondere vor einigen wenigen Großbetrieben sollte verstärkt auf einen Boykott der Straßenbahn, verbunden mit einer RPA, hinagitiert werden. Es sollte versucht werden, nach den Schichten vor den Betrieben Diskussionen darüber in Gang zu setzen, und event. erste Ansätze zur RPA zu starten.

Hätte man diese Strategie Wochen vor der Erhöhung eingeschlagen und den Boykott für den Tag der Tariferhöhung organisiert, so wäre die Stadt wahrscheinlich schnell in die Knie gegangen, event. Auseinandersetzungen hätten einen ganz anderen Charakter angenommen. Die ganze Aktion machte nun aber eher den Eindruck, daß man versucht, nachträglich aufzuholen, was man vorher versäumt hatte.

Hinzu kam, daß die Repression nach einer Woche erbitterter Auseinandersetzungen auf der Zeil und angesichts der bevorstehenden Fußballweltmeisterschaft, uns nicht einmal mehr erlaubte offensiv in den Stadtteilen und vor den Betrieben zu agitieren.

In Sachsenhausen kam es sogar dazu, daß unter Beifall der herumstehenden Leute, die Bullen einen KBW-Stand räumten und die Genossen verhafteten.

Auf einem Plenum kam es dann heraus:

Die Reaktion der Leute wurde immer skeptischer. „Wenn die Fahrpreise fallen sollen, dann müßte schon was passieren.“ „Was“ wußte man nicht, die RPA war nicht als wirksame Boykottmaßnahme in den Köpfen der Leute, so sahen die meisten keine Möglichkeiten einer Durchsetzungschance mehr. Die Schüler waren durch die massenhaften Verhaftungen total verunsichert. Viele Genossen machen nicht mehr mit, die meisten aus Angst. Inzwischen wurden über 28 Personen verhaftet.

In zwei bekanntgewordenen Fällen wurden die Bullen bekannte Genossen in den Knästen gefoltert, zusammengeschlagen und isoliert. Allerdings kam es diesmal nicht zu solch massenweisen Folterungen, wie das beim Häuserkampf der Fall gewesen war. Die polit. Führung hatte vorgesorgt. Gefangene mußten diesmal direkt ins Polizeipräsidium gebracht werden. Folterungen, wie sie auf einzelnen Revieren Frankfurts durchaus keine Seltenheit sind, konnten somit verhindert werden. Nach dem Wirbel, den diese Folterungen beim Häuserkampf ausgelöst hatten, konnte man sich dies in der gegenwärtigen Situation nicht ein zweitesmal leisten.

Diese Ängste waren während der vergangenen Tage nie massenhaft diskutiert worden, so blieben sie das individuelle Problem eines jeden einzelnen, führten zu dem (logischerweise) individuellen Rückzug und ermöglichten nicht, daß durch kollektives Diskutieren Ängste abgebaut und gemeinsame Gegenstrategien entworfen wurden.

Das, wofür wir gekämpft hatten, die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhung war nicht erreicht worden.

Dies war eine Niederlage. Wir versuchen, aus unseren Fehlern zu lernen, Fehler, die wir schon beim Häuserkampf gemacht und nachher erfolgreich verdrängt hatten, somit entzogen wir uns der Notwendigkeit, endlich Konsequenzen ziehen zu müssen.

RK-Redaktionskollektiv der WWA

Frankfurter Verhältnisse: Strassenkampf und dann Hilflosigkeit

Das Folgende sind Thesen zum Straßenbahnkampf in Frankfurt. Sie entstanden im RK–Redaktionskollektiv der WWA – sie geben nicht die ausdiskutierte Position des RK oder des Häuserrats wieder. – Im Mittelteil dieser WWA liegt die letzte Nummer der Häuserrats–Zeitung bei, die in Zusammenarbeit mit dem WWA–Redaktionskollektiv hergestellt wurde: in ihr sind Berichte und Argumentationen enthalten, auf die in diesen Thesen nicht mehr eingegangen wird. Außerdem soll die Häuserrats–Zeitung, die in hoher Auflage in Frankfurt verteilt wurde, ein Beispiel unserer Massenagitation sein.

Es geht nicht um Organisationen, sondern um Siege

Die Frage, mit der politische Gruppen an die Einschätzung von Kämpfen herangehen, lautet traditionsgemäß: Wie hat sich unsere Organisation im Kampf verhalten, hat sie den Kampf vorangetrieben, hat sie sich im Kampf gestärkt und weiterentwickelt?

Schon diese Fragestellung enthält eine Verengung: es geht in erster Linie nicht um die Inhalte und die Bedeutung des Kampfs – all das ist nur von Interesse unter dem Aspekt der Nützlichkeit oder Nicht–Nützlichkeit für die Organisation. So ist es leicht, sich um die wichtigsten Fragen herumzumogeln, die der Frankfurter Straßenkampf aufgeworfen hat: wie kommt es, daß – obwohl gerade in Frankfurt keine weitere Eskalation staatlicher Gewalt zu erwarten war – tagelang ein **Massen**kampf (der weit über die linken Gruppen hinausreichte) gegen die Fahrpreiserhöhung geführt wurde? Und auf der andern Seite: warum ist es dennoch **keiner** der organisierten linken Gruppen gelungen, wirklich weitertreibend in diesen Kampf einzugreifen?

Wir (RK und Häuserrat) gingen resigniert in den Kampf: wir dachten, wir würden allein auf der Straße stehen und leicht zu isolieren sein. Hier lag schon der erste Fehler: wir hatten nicht begriffen, daß heute das, was sehr allgemein „Verschlechterung der Lebensbedingungen“ genannt wird, eine Massenmobilisierung und eine Bereitschaft zum Kämpfen produziert hat. Seit geraumer Zeit ist uns klar, daß unsere Bewegung, wie sie sich z. B. im Kampf um die besetzten Häuser ausgedrückt hat, in Zukunft nur dann eine Perspektive hat, wenn ihr die Verbindung zu Kampfansätzen, Bewegungen und Konflikten außerhalb ihres traditionellen Aktionsfeldes gelingt. Heute, nach den Straßenbahnkämpfen, können wir diese Frage um einiges konkreter angehen: wir haben uns diese „Verbindung“ ziemlich traditionell und mechanisch vorgestellt – als Hinwendung zu den Betrieben, zur arbeitenden Bevölkerung. Der Straßenbahnkampf aber hat gezeigt, daß sich die allgemeine (ökonomische und politische) Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht **unmittelbar** in betriebliche Kampfaktionen umsetzen muß – und daß es dennoch eine breite und aktiv kämpfende Massenbewegung gibt, die weit über unsere Grenzen hinausreicht:

es sind mehrere tausend Jugendliche, Schüler, Lehrlinge, ausländische und junge deutsche Arbeiter, **die tagelang auf der Zeil gekämpft haben.** Tragendes Motiv dabei war sicher nicht nur der „Zorn“ über die Fahrpreiserhöhung: sie war **ein** Motiv des Kampfs, in dem sich darüber hinaus aber sehr viel mehr ausgedrückt hat. Es war nicht das abstrakte Interesse am Putz, in diesem Kampf kristallisierten und vereinigten sich unterschiedliche Interessen und Motivationen der beteiligten Gruppen. Sie reichen von unmittelbar ökonomischen Interessen (gegen Fahrpreiserhöhung und gegen Inflation im allgemeinen), die in den Betrieben verankert sind und z. T. auch von dort auf die Straße getragen wurden, bis zu den sehr viel schwerer faßbaren, „politischeren“ Interessen von Lehrlingen oder Schülern. Mehr können wir heute dazu kaum sagen; daß das so ist, zeigt, wie schwach und unentwickelt unsere politische Beziehung zu den Gruppen noch ist, die im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung gezeigt haben, daß sie auch angesichts der anwachsenden Repression bereit sind, Interessen und Bedürfnisse kämpferisch auf der Straße zu vertreten.

Wir (gemeint sind alle linken Gruppen) waren in der Lage, durch Massenagitation und erste Aktionen, einen Anfang zu machen: indem wir die Einkaufsstraße Zeil als – inzwischen schon traditionellen – Mittelpunkt der Kämpfe angaben. Alles Weitere entwickelte sich weithin ohne unseren Einfluß: hier entwickelten sich die Blockade–Aktionen, die Konfrontationen mit den Bullen, hier entstanden spontan Aktionsgruppen. Als sich dann von Tag zu Tag deutlicher die Frage nach der Perspektive dieses Kampfes stellte, wurde unser doppeltes Dilemma deutlich: einerseits hatten wir keine entwickelte Beziehung zu den Massen, die da auf der Zeil kämpften – wie es weitergehen sollte, das diskutierten wir unter „uns“, obwohl die „anderen“ sicher auch sehr wesentliches dazu hätten sagen können. Auf der andern Seite standen wir ratlos vor der Notwendigkeit, den Kampf von der Zeil weg in die Stadtteile und besonders vor die Betriebe zu tragen. Was da an Aktionen lief, das waren isolierte und leicht zerschlagbare Aktionen allein von uns (Blockaden, Versuche von Rote-Punkt-Aktionen); auch hier wiederholte sich eine wesentliche Lehre. Politische Beziehungen, die nicht vorher in kontinuierlicher Massenarbeit hergestellt wurden, lassen sich in Aktionssituationen nicht herbeizaubern. Wir sahen die wachsende Isolation des Kampfes auf der Zeil – und versuchten, dem Kampf eine neue Basis zu geben, indem wir uns abstrakt nach außen wandten: an **die** Betriebe, **die** Arbeiter, **die** Bevölkerung, **die** Leute. Da drückt sich wieder das alte abstrakte und fremde Verhältnis zum Proletariat aus: man meint missionarisch die Gesamtheit der Arbeiter, hat Angst vor Polarisierung, spricht alle an und vergißt damit diejenigen, die ein möglicher Träger von Aktionen wären.

Ein konkretes Beispiel: man kann sagen, auf der Zeil hatten auch Arbeiter mitgekämpft – aber es ist politisch wichtig zu sehen, daß dies einerseits junge deutsche Arbeiter und vor allem **ausländische Arbeiter waren,** sie waren die Avantgarde der Betriebe, sie waren es, die verstanden hatten, daß Resolutionen und Unterschriften allein nichts nützen, sie hatten auf der Zeil ausgedrückt, daß sie bereit sind, ihre Interessen kämpferisch zu vertreten – Interessen, die sich nicht im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung beschränken, sondern auf die gesamte Lebens- und Arbeitssituation der Emigranten, die durch die Krise besonders bedroht sind, bezogen sind. Als wir versuchten, den



Kampf von der Isolation auf der Zeil wegzubringen und ihm eine Basis in Stadtteilen und Betrieben zu verschaffen, hätten wir uns zentral an die ausländischen Arbeiter wenden müssen: nicht um sie instrumentell als Handlanger unserer politischen Expansionsinteressen einzusetzten, sondern weil sie in ihrem Kampf objektiv ja schon die Verbindung zu den Betrieben aufgezeigt hatten: es wäre absurd, wollte man trennen zwischen dem Interesse der Ausländer an „Putz" und Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung einerseits und ihren Interessen, die aus der Situation im Betrieb stammen, andererseits. Diese Verbindung herzustellen - da hätten wir eine positive politische und technische Funktion haben können: indem wir hauptsächlich ausländische Agitation gemacht hätten, Versammlungen vor den Toren, in den Wohnheimen - es wäre uns sicher noch mehr an Agitations- und Aktionsformen eingefallen, wenn wir nur wirklich begriffen hätten, daß das Proletariat in der BRD nicht nur aus vermeintlichen „hessischen Hacklötzchen" besteht, sondern multinational ist und gerade die ausländischen Arbeiter eine politische Avantgarde darstellen. Was haben wir stattdessen gemacht? Große deutsche Flugblätter - der ausländische Text verdünnt und dreisprachig auf die Rückseite gerotzt, und die dann lustlos an die „Leute" verteilt.



Die Taktik der Repression

Wir hatten nicht mit einem Massenkampf gegen die Fahrpreiserhöhung gerechnet und waren nicht vorbereitet - anders die Polizei: ihr war klar, daß es zum Kampf kommen würde, sie hatte einen Plan zur Zerschlagung des Widerstands entwickelt. Es ist wichtig, das Vorgehen der Polizei zu analysieren - denn es war exemplarisch für ihr zukünftiges Verhalten.

Am Anfang stand das Verständnis: weil die Stadt wußte, daß der FVV ungeliebt ist, wurde mit Protest gerechnet; man ging sogar so weit, vorher anzukündigen, daß Verkehrsblockaden unter Umständen ein legitimes Mittel des Protestes seien und damit gerechnet würde. Es sah am Anfang alles wie ein Spiel aus: die Polizei griff am ersten Tag kaum hart durch, es gab relativ wenige Verhaftungen, es hatte fast Volksfestcharakter; es gab noch keine Hetze gegen „Chaoten" und „Schmarotzer": sanft wurde der Protest der „Bevölkerung" zurückgedrängt. Für die Polizei war das eine Probe: man wollte sehen, welche Sympathien und welche Aktionsbereitschaft wirklich vorhanden sind. Als dann immer klarer wurde, daß sich der Kampf auf die Zeil konzentrierte und daß die Leute in den blockierten Straßenbahnen z. T. sauer waren über die Verspätungen, als also die **Polarisierung** einsetzte, da holte auch die Polizei voll zum Gegenschlag aus: mit allen Mitteln - Knüppel, CN-Gas, Mordversuch, Pressehetze usw. - wurde versucht, diese Polarisierung weiterzutreiben, aus der Polarisierung, die eine Produktivkraft des Kampfes sein kann, eine Spaltung zu machen, die für den Kampf tödlich ist. Das ist ihnen zu einem beträchtlichen Teil auch gelungen. Das Ganze wäre eine gewaltige Repressionsleistung: aus dem „berechtigten" und von der Polizei geduldeten Protest war unter der Hand ein kriminelles Vorhaben geworden, das die Legitimation dafür abgab, für anderthalb Wochen sogar sämtliche demokratischen Rechte in dieser Stadt ungestraft außer Kraft zu setzten.

Die Repression war diesmal nicht deswegen so stark, weil wir isoliert waren, sondern weil der Inhalt des Kampfes eben nicht isoliert war, vielmehr eine Massenbasis hatte und weil ein **Sieg** in diesem Kampf eine schwere Niederlage der Sozialdemokratie gewesen wäre. Das Ausmaß der Repression war keine Ausnahme, es wird in Zukunft die Regel sein. Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung hat aber gezeigt, daß eine Massenbewegung und -mobilisierung dennoch möglich und auch in Zukunft zu erwarten ist. Für die kommenden Auseinandersetzungen wird es entscheidend sein, daß es nicht nur Kämpfe, sondern auch Siege gibt. Bei der Lösung dieser politischen und militärischen Frage können die Revolutionäre eine Funktion bekommen.

Zur Kritik des KBW

In diesem Zusammenhang liegt die notwendige Kritik am KBW auf der Hand. Zwar haben die KBW-Genossen mit großem Fleiß wochenlang Aufklärung über die Fahrpreiserhöhung betrieben, zwar hat der KBW nicht unwesentlich mit dazu beigetragen, daß soviel auf der Zeil kämpften - im entscheidenden Moment aber, im Moment des Kampfes, macht die Organisation KBW einen Rückzieher: Schon nach zwei Tagen Straßenbahnkampf (der erste, den sie in Frankfurt wirklich mitträgt) soll dieser zu Ende sein - die Fahrpreiserhöhung hat ihre Schuldigkeit getan, weitere Perspektiven und Erfolge des Massenkampfs auf der Straße sind dem KBW nicht vorstellbar - der Kampf soll auf eine „politische" Ebene „gehoben" werden: die Hauptparole heißt jetzt nicht mehr „Weg mit der Fahrpreiserhöhung!" sondern „Weg mit diesem Magistrat!"

Der KBW meint, er würde hier das politische und damit weitertreibende Moment in den Kampf hineintragen: daß es eben nicht nur um die Fahrpreiserhöhung, sondern gegen das parlamentarische System gehe. Tatsächlich aber wiegelt der KBW hier ab, drückt sich um das zentrale Problem: der Straßenkampf ist nicht dazu da, um schließlich in eine breite Kampagne von Massenagitation und Aufklärung zu münden, das Problem des Straßenkampfs besteht darin, daß es darum geht, in **einer** ganz konkreten Frage einen **Sieg** zu erringen: die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung. Daß der „linke" Magistrat dieser Stadt ein verrotteter Haufen ist, das wissen die Leute, weil se es täglich erleben: bei der Räumung besetzter Häuser, bei der Hetze des Magistrats gegen den OTV-Streik im Frühjahr, bei der ganzen Wohnungs- und Stadtpolitik - zuletzt eben bei der Fahrpreiserhöhung. Das muß man den Leuten nicht mehr sagen - man muß eine Antwort wissen auf die Frage: Was kann man machen? Um diese Frage drückt sich der KBW, er hebt den Kampf auf eine abstrakte politische Ebene und fällt damit der Bewegung in den Rücken. Dies ist ein deutliches Beispiel für die Politik jener Gruppen, denen es in erster Linie nicht um die Perspektiven des Kampfes und damit der **Massen** geht, sondern um das Wohl und Anwachsen der eigenen Organisation. Und da steht es in der Tat nicht schlecht um KBW: man kennt ihn heute in der Stadt, er hat heute sicher mehr Mitglieder als vor dem Fahrpreiskampf, die Ortsgruppe Frankfurt hat im Reigen der KBW-Ortsgruppe sicher an Gewicht gewonnen.

> **Wer ist der Größte?**
>
> Ein Genosse aus Bonn schrieb uns:
> „Heute war ich auf der Programm-Diskussion der KPD. Dort trat während der Diskussion ein Genosse des KBW auf und behauptete steif und fest, daß der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung unter Führung des KBW gestanden hätte. Er sagte, daß der KBW 5 000 Mann mobilisert hätte. Auf meinen Protest hin und als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß das doch wohl nicht stimme, sagte er: ich würde spinnen, der „Revolutionäre Kampf" habe höchstens 100 Mann auf die Beine gebracht."

In einem wesentlichen Punkt macht es sich diese Kritik am KBW allerdings zu leicht: wir haben immer eine Politik abgelehnt, die abstrakt die Frage der politischen Perspektive stellt und keine Antwort auf die konkreten Fragen des Kampfes weiß. Diese Position hat sich aber fast dahin zugespitzt, daß für uns der Kampf für konkrete Bedürfnisse an sich schon die weitere politische Perspektive enthält. Sicher ist es richtig, daß jeder Kampf um konkrete Interessen immer auch ein politischer Kampf ist - aber damit ist die Frage der politischen Perspektive, des Zusammenhangs, in dem Kämpfe stattfinden, noch keinesweg beantwortet. Es genügt heute nicht mehr, auf die Notwendigkeit und die abstrakte Möglichkeit von Widerstand hinzuweisen - angesichts der verschärften Repression, die ein Ausdruck der eingeschränkteren Aktions- und Befriedigungsmöglichkeiten des Systems ist, stellt sich den Massen in jedem Kampf die Frage der Perspektive, der organisierten Handlungsmöglichkeiten, der politischen Strategie. Der KBW hat auf diese Fragen **seine** Antworten, wir **keine**. Wir wissen, daß die Entscheidung des KBW, zu den hessischen Landtagswahlen im Herbst zu kandidieren, eine Entscheidung in die falsche Richtung ist, weil hier ein lächerlicher Alternativpopanz aufgebaut wird. Dennoch: wenn wir bei der Straßenagitation heute gefragt werden, was wir denn eigentlich wollen, was wir eigentlich ändern wollen und wie, dann sind das nicht mehr nur die Fragen der besserwisserischen Schwätzer und Dauerdiskutanten, dann sind das oft sehr ernst gemeinte Fragen. Fragen von Leuten, für die die aktive Teilnahme an Kämpfen oft noch keine Perspektive ist, die aber heute schon anzusprechen sind und in die Bewegung einzubeziehen wären. Die Fragen von Leuten, die mitgekämpft haben, das Ende des Straßenbahnkampfes erlebt haben, die Fragen, was es war: eine Niederlage, die nach dem "Weiter" fragen und nicht im Diskussionszusammenhang einer linken Gruppe stehen. Für diese entscheidenden Fragen, die uns heute eigentlich täglich gestellt werden, haben wir noch kein Sensorium entwickelt, geschweige denn Antworten. Hier liegen zukünftige Aufgaben: daß wir es lernen, uns in der Dimension dieser politischen Fragen zu bewegen; daß wir es lernen, aus den vielen einzelnen Kämpfen Momente einer politischen Strategie zu entwickeln; daß wir es lernen, an den Konfliktpunkten dieser Stadt schon vor dem Ausbrechen von Kämpfen präsent zu sein.

Man merkt: die Fragen, die die Niederlage des Straßenbahnkampfes aufgeworfen hat, sind dieselben, mit denen wir uns schon nach dem Kampf um die besetzten Häuser im Frühjahr herumgeschlagen haben. Wie es praktisch weitergehen kann, dazu wird in der nächsten WWA wahrscheinlich ein anderes RK-Kollektiv was schreiben.

RK-Redaktionskollektiv der WWA

> Die kommunistischen Gruppen an den Hochschulen wie KPV und KSB oder SHI, andere linksextreme Sammlungen wie RK (Revolutionärer Kampf) oder der Häuserrat, der das Forum der Hausbesetzer repräsentiert, provozieren jene öffentlichen Auftritte und Zusammenstöße, die die Polizei in Frankfurt seit Jahren überfordern. Aufgrund ihrer theoretischen Arbeit, ihrer Zeitungen, Buchläden und Diskussionsveranstaltungen erscheinen sie vielen Jugendlichen, die oft und gern demonstrieren — und zunächst nur demonstrieren — wollen, als ausgewiesene Führungskader. Aufgrund der Gewalttätigkeit, von der sie nicht abrücken, ziehen sie die kriminelle Aktivität von Schlägerbanden und Randalierern in das pseudo-revolutionäre Konzept. Die Massen der Studenten und Schüler und die sonst isolierten jugendlichen Kriminellen werden so zu einer Einheit gefaßt und auf die Konfrontation mit der Polizei vorbereitet, wobei jede Gruppe für die andere Entlastungs- und Legitimierungsfunktion hat.
>
> Hier muß der Staat einschreiten, wenn er Vorgänge wie in der Woche vor Pfingsten in Frankfurt verhindern will. Diese Gruppen müssen verboten werden. Das wird nicht sofort erfolgreich sein und zunächst neue Unruhen hervorrufen. Auf lange Sicht aber wird die Durchsetzung des Verbots die angemaßt-politische Organisation und Verbreitung rechtsfeindlicher Gewalt verhindern.
>
> FAZ 4.6.74

> **Innenausschuß berät Situation in Frankfurt**
>
> **al Wiesbaden.** — Der Haupt- und Innenausschuß des Hessischen Landtags hat am Mittwoch auf Antrag der CDU-Fraktion einen umfassenden Situationsbericht von Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld (FDP) zu den Unruhen in Frankfurt erhalten. Wie der Minister im Anschluß an die Sitzung vor Journalisten in Wiesbaden erklärte, gebe es für das polizeiliche Vorgehen bei Einsätzen, wie sie derzeit in Frankurt „notwendig" geworden seien, „kein Patentrezept".
>
> Als Hauptproblem nannte der Minister die Tatsache, daß Schaulustige und Demonstranten für die eingesetzten Beamten nicht zu trennen seien.
>
> Nach Angaben Bielefelds sind gegenwärtig acht von insgesamt zwölf in Hessen stationierten Wasserwerfern in Frankfurt eingesetzt. Er kündigte die Anschaffung entsprechender neuer Geräte an, die „beweglicher sind und auch über eine höhere Wasserdruckkraft verfügen".
>
> Abendpost/Nachtausgabe 30.5.74



Die Bullen agitieren?

In Frankfurt wurde während der Kampagne gegen die Fahrpreiserhöhungen das folgende Flugblatt verteilt, das einen ersten Schritt zur Beantwortung der Frage, ob Bullenagitation oder nicht, bedeutet. Es war schwierig zu verteilen. Offenbar gab es ein Verbot für die Bullen,es zu nehmen,und denen, die wollten, nahmen Zivile und Vorgesetzte es wieder weg. Das Flugblatt hätte da sein müssen, als die Lage den Kontakt zu Bullen noch erlaubte, als es noch lascher zuging, als in Gesprächen ihre Unsicherheit ans Licht kam. Über die Bedeutung von Bullenagitation stand schon das wichtigste in WWA 13/14, S. 34: „Auch die Bullen sind Proletarier!" Eine Funktion kann sie aber nur kriegen, wenn sie langfristig, im strategischen Zusammenhang gesehen wird. Bloß für eine einzelne Situation ist sie nutzlos - doch muß sie natürlich jedesmal die Inhalte, um die es in einem Kampf geht, mit aufgreifen. Eine allgemeine Agitation „Ihr Bullen seid Klassenverräter" ist geschenkt - obwohl es stimmt, daß sie Klassenverräter sind. Versteckt taucht das im Flugblatt auch auf. Ganz so „freiwillig" - wie es da heißt - haben sie das aber sicherlich auch nicht getan.

Wohl niemand hat die Vorstellung, mit der Agitation sollten „Rote Polizeibrigaden", ganze Züge, die überlaufen, oder ähnliches propagiert werden. Falsch wäre es auf jeden Fall für eine linksradikale Bewegung von vornherein in ihre Strategie einzuplanen, daß bei größeren Konfrontationen Kontingente ihren Einsatz verweigern, gar überlaufen, auch wenn das geschehen kann. Doch ist es gut, Tendenzen dahin zu fördern. Das ist eine strategische Aufgabe, also eine, die wir immer im Auge behalten müssen.

Nochmal: Es ist wichtig, Widersprüche (Scharfmacher-Schlappheinis) in der Polizei agitatorisch aufzugreifen und mit den Inhalten des jeweiligen Kampfes zu verbinden, wir müssen immer wieder solche Flugblätter machen, und ausprobieren was wir damit erreichen.

"**Die Barrikade hat nur 2 Seiten . . .**
(Das Flugblatt)

Ohne die geringste Rücksicht auf die Interessen der Frankfurter Bevölkerung hat der Magistrat die drastische Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr beschlossen. Die Leute, die seit Tagen auf der Zeil kämpfen, sind nicht Krawallmacher und brutale Chaoten, wie die Presse behauptet; es sind Schüler und Studenten, Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte, eure ehemaligen Kollegen und Mitschüler vielleicht, die sich gegen die Preiserhöhung wehren, weil sie direkt davon betroffen sind. Sie haben kapiert, daß Unterschriftensammlungen und Sonntagsreden nichts nützen und nichts verändern. Blockaden, Boykott der Straßenbahn und Rote Punkt-Aktion sind da wirksamere Mittel! Diesen Widerstand mit aller Gewalt zu brechen, für die Politiker die Dreckarbeit zu machen, das ist eure Aufgabe.

Was bedeutet das für euch?

Ihr knüppelt dafür, daß auch ihr in Zukunft höhere Fahrpreise bezahlen müßt. Ihr müßt Überstunden schinden und werdet mit Falschmeldungen über schwere Verletzungen der Kollegen auf die Leute scharf gemacht. Ihr seid es, die im Tränengas stehen, den Kopf hinhalten für Müller und Arndt und den Haß der Bevölkerung auf sich ziehen. Wenn einer die Nerven verliert und etwas passiert, werdet ihr als Einzelne zur Rechenschaft gezogen und nicht eure Auftraggeber, auf deren Befehl ihr euch immer beruft. Ihr behauptet, den Rechtsstaat und die Gesetze zu verteidigen, doch wer das Sagen hat in unserer „freiheitlichen Demokratie" und wer dann die Befehle ausführen und die Gesetze befolgen muß, wißt ihr so gut wie wir.

Wer das Geld hat, hat die Macht,
und wer die Macht hat, hat das Recht
- eine alte deutsche Volksweisheit. Solange ihr eure Aufgabe erfüllt, die Macht der Herrschenden zu schützen, solange werden wir euch als unsere Gegner betrachten.

Die Barrikade hat nur zwei Seiten . . . ihr müßt wissen, auf welcher ihr stehen wollt! Ihr sagt immer, daß ihr nichts machen könnt, Befehl sei halt Befehl. Doch diesen Beruf, in dem ihr die Befehle anderer ausführen müßt, habt ihr freiwillig gewählt, und niemand hindert euch daran, was anderes zu machen. Und auch kurzfristig, in jeder aktuellen Auseinandersetzung, kann man über Befehle geteilter Meinung sein . . . und sich entsprechend verhalten. Man kann hinter den Scharfmachern herrennen und sie durch sogenanntes „kameradschaftliches Verhalten" beim Karrieremachen unterstützen - man kann aber auch: krankfeiern, Urlaub nehmen, vor lauter Tränengas die Richtung verlieren, bleischwere Füße haben oder, ganz einfach, vor lauter Anstrengung und Überstunden zu schlaff zum Knüppeln sein . . .
der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

verantwortlich:
Häuserrat"



Fortsetzung nächste Seite

Der Repressionsapparat ist mächtig - aber er ist nicht geschlossen und ohne Widersprüche. Sie nicht zu nutzen und zu verschärfen, wäre dumm. Wenn die Bullen im pausenlosen Einsatz nichts zu fressen kriegen, dann ist das so ein kleiner Widerspruch. Wenn 16 bis 18-jährige Bullenbübchen von auswärts eingesetzt werden und nicht wissen, worums überhaupt geht, dann ist das auch einer. Und ebenso: wenn die Gewerkschaft der Polizei sich zum Oberbullen aufspielt und auf der anderen Seite den Bullen die miesesten Gehälter aushandelt - das könnte manchem Bullen zu denken geben.

„Polizeibeamte regelrecht verheizt"

Nach Informationen des Personalrates der Frankfurter Polizei haben uniformierte Kräfte während der letzten Tage in Frankfurt unter außergewöhnlichen Belastungen gestanden. In einer Presseerklärung des Personalratsvorsitzenden Koppmann heißt es: „Polizeibeamte im Alter zwischen 18 und 58 Jahren wurden ohne Pause und ohne Verpflegung von 12 bis 21 Uhr auf der Zeil regelrecht verheizt. Wasserwerfer-Besatzungen mußten um 3 Uhr ihren Dienst antreten und kamen spät am Nachmittag zum Einsatz." Ähnliche Klagen hatte Koppmann bereits anläßlich der Westend-Einsätze seiner Kollegen geführt. Der örtliche Einsatzleiter, Polizeiober- ... Linker, gab auf Anfrage der FR organisatorische Schwierigkeiten zu.

FR 1.6.74



Abendpost/Nachtausgabe 31.5.74

Polizeigewerkschaft: Bei Demonstrationen Autos auf die Zeil

AN Frankfurt. — Vorschläge für den Polizeieinsatz bei den Demonstrationen in Frankfurt hat der hessische Landesbezirk der Gewerkschaft der Polizei (GDP), am Donnerstag dem hessischen Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld unterbreitet.

Die Gewerkschaft schlägt vor, die Frankfurter Hauptgeschäftsstraße Zeil, die seit etwa einem Jahr eine Fußgängerzone ist, bei zu erwartenden „Demonstrationsansammlungen" zeitweise wieder für den Autoverkehr freizugeben. Dadurch könne der Gruppentaktik der Demonstranten entgegengewirkt werden.

Außerdem sollten mehr zivilgekleidete Kräfte der Schutzpolizei zur Unterstützung der Kriminalpolizei eingesetzt werden, um Rädelsführer schnell „ausschalten" zu können.

Als die erste Ruhe über die Zeil kam, weil alles leergeräumt war, hatte an der Konstablerwache ein SPD-Funktionär, der sich als solcher deutlich, fast stolz, zu erkennen gegeben hatte, auf die Polizeibeamten, die dort eine Kette zum Zweck der Absperrung bildeten, eingeredet und gemeint, ihnen sagen zu sollen, daß sie sonst auch als Vertreter des Staates Bürgern gegenüberstünden.

„Das sagen Sie denen doch", war die erregte Antwort gewesen. Und plötzlich machte sich die Wut der auch nicht eben glänzend bezahlten Polizisten Luft: „Ihr von der SPD habt uns die Fahrpreiserhöhung eingebrockt." – „Wir müssen den Kopf hinhalten, und ihr kommt uns jetzt mit klugen Sprüchen." Die Szene wird dramatisch, denn der SPD-Mensch erweist sich als Rechthaber. Er will Dienstnummern sehen, Namen genannt bekommen. Ein Polizeioffizier beteiligt sich und erklärt, Namen seiner Leute würden während des geschlossenen Einsatzes nicht genannt, ebensowenig Dienstnummern. Aber er gibt dem aufgebrachten SPD-Funktionär seinen Namen und seine Dienststelle an. Der Kreis, der sich gebildet hat, ist durchaus gegen den Mann mit der rosaroten Anstecknadel im Jackettaufschlag. Er scheint der Fahrpreiserhöhung nicht kritisiert. Und das bringt ihn hier mit allen über Kreuz.

FAZ 31.5.74

Im Stundenplan: Protest nicht vorgesehen!

Frankfurter Schüler protestierten nicht erst in den Wochen der Blockaden gegen die unverschämten Fahrpreiserhöhungen. Seit mehreren Wochen waren an den Schulen bereits Flugblätter verteilt worden, auf denen nicht nur die überhöhten Fahrpreise angeprangert wurden, sondern auch konkrete Tips gegeben wurden, wie man sich gemeinsam als Schüler wehren kann (Schwarzfahrer-Clubs; Tricks, wie man die Kontrolleure hinhält oder ihnen entwischt; Vollversammlungen in den Schulen, Diskussionen im Unterricht etc.). Es hat sich spontan eine Schülergruppe gebildet, die sich regelmäßig trifft und die Möglichkeit von Aktionen im Rahmen der Schule diskutiert und gemeinsam vorbereitet.

Vorher:



Montag, 27. 5.: jeder soll von nun an für die teuren Fahrpreise blechen. An vielen Schulen ziehen an diesem Vormittag Schüler los, auch die jüngsten, um sich gegenseitig an ihren Schulen abzuholen zu einem Demonstrationszug in die Innenstadt. Die Presse berichtet, daß die Schüler aus sieben Frankfurter Schulen kommen – wir wissen es besser: an fast allen Schulen haben Schüler den Unterricht verlassen, um gegen die Fahrpreiserhöhungen/für Nulltarif zu protestieren. Auch die Abendgymnasiasten riefen zu einer Protestkundgebung auf.

Die Reaktion der Schulleitungen war prompt: bei allen Schülern, die zur Demonstration gezogen waren, flatterten Benachrichtigungen in die Briefkästen der Eltern, denn die Schule fordert stilles Sich-Einfügen in das Schicksal, das der Magistrat uns beschert. Wer nochmal wagt, für seine Interessen einzutreten, dem droht der Verweis von der Schule.

Die Wandzeitungen, die von Schülern in diesem wie an den folgenden Tagen zur Information über die Auseinandersetzungen angebracht werden, verschwinden innerhalb kürzester Zeit wie von unsichtbarer Hand.

Der neue Verbundtarif soll angeblich den Schülern große Vorteile verschaffen: Streckenkarten sind abgeschafft, jeder kann jetzt mit den (teuren) Netzkarten kreuz und quer herumfahren – ob er will oder nicht. Ob er's nötig hat, danach fragt keiner. Aber die Preiserhöhungen machen sich in jeder Haushaltskasse bemerkbar, besonders wenn mehrere Kinder da sind, und der kleine Extra-Zuschuß zum Taschengeld, den es sonst manchmal gegeben hat, muß dann halt wegfallen. Kein Wunder, denn die Eltern müssen zum Teil mehr als das Doppelte bezahlen, um zum Arbeitsplatz zu kommen.

Die Frankfurter Schüler haben die einzige richtige Konsequenz gezogen: sie hielten eben nicht das Maul, so gerne es der Magistrat und die Schulverwaltungen auch gesehen hätten. Sie wehrten sich, zusammen mit der betroffenen erwachsenen Bevölkerung, und trugen ihren Protest nicht ins stille Kämmerlein, sondern auf die Straße.

Weil solche Schüler unbequem sind und sich in der Tat nicht nur bei den Fahrpreiserhöhungen zur Wehr setzen, darum mußte die Schulverwaltung sich auch hinter die Polizei stellen, die mit schärfster Gewalt, mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken die zu Recht Protestierenden auseinanderjagte.

Als dabei dann der Schüler Thomas Hytrek lebensgefährlich verletzt wurde, stellte sich das Schuldezernat voll und ganz hinter die Lügen der Polizei-Presse und ließ in allen Frankfurter Real-, Gesamt-, Berufsschulen und Gymnasien am Donnerstag die folgende Falschmeldung verbreiten:

„Der Schüler Thomas Hytrek aus Erlensee wurde gestern beim Fotographieren während der Demonstration vom Kotflügel eines Wasserwerfers erfaßt und verletzt. Bei den Verletzungen handelt es sich um Platz- und Schürfwunden. Es besteht keine Lebensgefahr. Andere Meldungen sind falsch."

Entgegen dieser Darstellung berichtete die Frankfurter Rundschau schon am Donnerstagmorgen:

„Nach Auskunft des Rettungsdienstes wurde Hytrek noch auf der Berliner Straße von einem Rettungswagen in einen Notarztwagen verlegt. Er war bewußtlos. Im Eintrag der Krankentransportstelle steht: In lebensbedrohlichem Zustand in die Uniklinik gebracht."



Am Freitag wurde die Falschmeldung des Stadtschulamtes noch immer aufrechterhalten. Doch schon an diesem Morgen informierten Schüler ihre Mitschüler auf Flugblättern über den wahren Sachverhalt. Sie wiesen dabei sehr genau nach, daß schon am Mittwochabend in der Öffentlichkeit bekannt war, daß Thomas H. keineswegs nur „leichte" Verletzungen erlitten hatte. (Hess. Rundfunk: Rundschau aus dem Hessenland, Mittwoch, 29. Mai.) In diesem Flugblatt informierten die Schüler auch über die Rote-Punkt-Aktionen, die von der Presse wohlweislich verschwiegen wurden. Am selben Tag blockierten Schüler aus drei Schulen eine U-Bahn-Station (Weißer Stein) und forderten die Autofahrer auf, die Leute an den Haltestellen mitzunehmen. Nach einer Woche sah sich das Stadtschulamt endlich bemüßigt, den Rundspruch vom Mittwoch (29. 5.) als Lüge einzugestehen. Noch vor den Ferien war genug Zeit gewesen, die Falschmeldungen richtigzustellen! Bei der **Falschmeldung** schöpfte das Schuldezernat seine Möglichkeiten voll aus, um die Lehrer zu zwingen, die Lügenmärchen der Polizei in den Frankfurter Schulen zu verbreiten. Das war innerhalb von nur **zwei** Stunden möglich!!

Nach den Ferien schaltete sich auch das Kultusministerium ein: nicht nur die Schüler sollen bei politischen Auseinandersetzungen gegängelt werden, sondern auch die Lehrer; sie werden gezwungen, Schüler, die sich an den Demonstrationen beteiligt haben, zu denunzieren, ihr eigenes politisches Engagement zu verleugnen oder sich einem Disziplinarverfahren auszusetzen. Eine Woche später fordert das Regierungspräsidium Darmstadt von den Schulen nochmal Auskunft über Lehrer, die zur Beteiligung an Demos aufgerufen haben. Bei dieser Anfrage ging es nicht mehr nur um den Protest gegen den FVV, sondern auch um den Häuserkampf im Februar!!

Auch in der Woche nach den Pfingstferien beteiligten sich Schüler an den Protestaktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen. Sie informierten ihre Mitschüler auf Flugblättern, wie man sich gemeinsam gegen die Repressionen von Schulleitung und Schulbehörde wehren kann. – Es gab sogar Lehrer und Direktoren, die einzig zu dem Zweck auf die ‚Zeil' gegangen waren, um festzustellen, welche Schüler sich an den Demonstrationen beteiligten, um sie auf die „Schwarze Liste" zu setzen. Wenn Schüler es wagten, Flugblätter **vor** den Schulen zu verteilen, mußten sie damit rechnen, zu einem „vertraulichen" Gespräch zum Direktor zitiert zu werden. Um jede weitere Beteiligung an Aktionen zu unterbinden, schreckten die Direktoren vor nichts zurück. Sie drohten Verweise an, beriefen Gesamtkonferenzen ein, auf denen über die „Fälle" verhandelt wurde, benachrichtigten die Eltern beteiligter Schüler und drohten mit der Polizei, falls sich ein Schüler nochmal erfrechen sollte, Flugblätter vor der Schule zu verteilen...

Nachher:



Das ist der „Demonstrationslook" der 10- bis 12jährigen

Doch die Polizei muß nicht erst gerufen werden, sie ist schon da! Als sich unsere Schülergruppe wie jeden Sonntagnachmittag treffen wollte, fanden wir nicht nur unseren Raum verschlossen, sondern vor der Tür einen betont unauffälligen älteren Herrn, der sehr interessiert fragte, wer wir denn sind und warum wir uns treffen. Weil uns dieser „Herr" schon einschlägig bekannt war, und wir nicht die Informationslücken der Polizei stopfen wollten, zogen wir es für dieses Mal vor, woanders hinzugehen.

Merke: Bulle, laß das Spitzeln sein, denn auf dich fall'n wir nicht rein!

Frankfurter Schüler

Kritik = Verächtlichmachung der BRD

Zwei Monate Knast auf Bewährung und 300 Mark für Bernd Dewe. Er hatte auf einem Flugblatt einer ML-Gruppe seine Anschrift als Kontaktadresse angegeben. Ein Flugblatt, auf dem während des Wahlkampfes 1972 u. a. folgendes gesagt wurde:

- Innere Sicherheit ist die Sicherheit der Kapitalisten; die Polizei ist eine Bürgerkriegsarmee, die mit brutalsten Mitteln gegen Streikposten und Demonstranten vorgeht;
- Die bürgerliche Demokratie ist die verschleierte Form der Diktatur des Monopolkapitals;
- Der Staat diene einzig und allein dazu, der Kapitalistenklasse die Profite zu sichern, wozu Parlament, Polizei, Justiz und Bundeswehr benötigt werden.

Bernd Dewe wollte Richter und Staatsanwalt auch noch in der Verhandlung von der Richtigkeit der Thesen des Flugblattes überzeugen, die waren aber anderer Meinung: denn, „es steht ... fest, daß dieser Staat den Fleißigen und Strebsamen und allen Intelligenten hilft und alle Wege öffnet, daß er auch den sozial schwächeren Randgruppen hilft" (z. B. mit dem Mieterschutzgesetz, dem Arbeitsschutzgesetz u. v. a.). Und weiter: „Neben der Sicherung der Verdienste der Unternehmer werden auch die Verdienste der anderen in unserem Lande abgesichert" und was die Polizei und die Justiz betrifft: „Dem Angeklagten als intelligentem Menschen ist bekannt, daß diese Institution in der BRD an Recht und Gesetz gebunden sind." Eben, an was für Gesetze! Das war „Verächtlichmachung der BRD" und das wird bestraft (nach § 90a StGB).

Prozesse wegen Verstosses gegen § 90a häufen sich. Ein weiteres Mittel der Bourgeoisie, einzelne herauszugreifen, sie zu kriminalisieren und die Bewegung zu spalten.

Der Prozeß gegen Bernd Dewe kostete insgesamt 3 800,– DM. Die Genossen, die diesen Prozeß in einer Broschüre dokumentiert haben (Bestellung an D. Riekenberg, Bielefeld, Stapenhorststr. 7) bitten um Spenden:

„Bernd Dewe"-Solidaritätskonto, Volksbank Herford Nr. 8257

oder D. Riekenberg, PschA Hannover Nr. 398789-307, Kennwort „Dewe-Prozeß".

Brief aus Hamburg:

WARUM PROFESSOR DOKTOR MED. JAN GROSS NICHT MEHR GERN AUS DEM FENSTER BLICKT ...

Seit Montag, dem 10. Juni blickt Prof. Dr. med. Jan Gross von der Panoramaglasscheibe seines Wohnzimmers im Hamburger Stadtteil Stellingen, Ansgarweg 3f, nicht mehr auf einen bis dahin von ihm liebevoll und mühsam, aber auch freudig gepflegten wunderhübschen Garten, sondern nur noch auf ein wüstenähnliches Fleckchen Erde, mit verdorrten Blumen und verbrannten Rasenflächen.

Herr Gross ist – das dürfte sich herumgesprochen haben – Leiter des SFB 115 an der Uniklinik Eppendorf, der sogenannten „camera silens". Er beschäftigt sich mit der Perfektionierung, Effektivierung der in westdeutschen Gefängnissen praktizierten Isolationsfolter – ist Folterforscher, Handlanger des Imperialismus und als solcher von uns behandelt worden.

Dank 10 kg Unkrautvernichtungsmittel wird seine „Privatsphäre" einiges von ihrer entspannenden Wirkung verloren haben.

*Wir haben nichts gegen Gärten (ganz im Gegenteil), aber solange Gross' Garten als privates, **ihm** eigentümliches Reproduktionsmittel die Folterforschung und -forscher sichern soll, bleibt uns keine andere Wahl.*

Zwei weitere wichtige Mitarbeiter von Gross:
P. Kempe, 2 Hamburg 20, Erikastraße 99
Die Kinderärztin (!) Prof. Dr. Hedwig Wallis, 2 Hamburg 52, Parkstraße 22

Wir können die „camera silens" noch nicht verhindern, aber wir können ein klein wenig mehr tun, als sie nur zu denunzieren, Genossen.

Wir haben das gemacht, was richtig ist und was wir konnten.

Solidarität mit der RAF!

Phantasie an die Macht!

Banküberfall in Hannover

(BILD 31.5.74)

Als nur noch der Gangster im Tunnel war, hallten Maschinenpistolen. Ein Beamter: „Wir haben von beiden Seiten voll draufgehalten. Da gab es für den Kerl keine Chance."



Dr. Scheuten widerruft Teile des Geständnisses

BILD 22.5.74

Von BERND WEBER

Krefeld, 22. 5.

„Ich habe falsche Aussagen gemacht. Man wollte unbedingt ein Geständnis von mir haben — und ich wollte raus aus dieser Hölle ..."

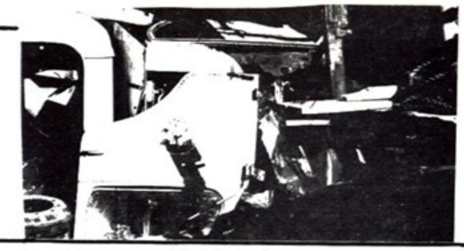
Staatsanwalt Dr. Ernst Scheuten (46), wegen seiner engen Kontakte zu Krefelder Kriminellen als Angeklagter vor Gericht sagte dies gestern in einer Prozeß-Pause zu BILD. Vorher hatte er dem Gericht geschildert, wie es ihm als Untersuchungshäftling (von Mitte März bis Mitte Juni 1973) der Düsseldorfer Strafanstalt ergangen ist: „Ich war nach den drei Monaten total am Ende. Ich hatte Weinkrämpfe ..."

Der Angeklagte war am zweiten Prozeßtag im eleganten, blauen Anzug im halbleeren Saal 144 (20 Zuhörer) des Krefelder Landgerichts erschienen. Er sagte: „Ich habe jahrelang auf der anderen Seite gesessen und das Gerede der Angeklagten für Quatsch gehalten. Heute weiß ich es besser: Nur um aus dieser verfluchten Zelle herauszukommen, ist man bereit, alles zu sagen und sogar falsche Geständnisse abzulegen."

Die Zelle des Staatsanwalts war sechs Quadratmeter groß: „Saukalt — und schon nach kurzer Zeit ist mein altes Ischiasleiden wieder aufgebrochen. Die Wärter haben alle 30 Minuten durch die Zellenklappe geblickt. Sie hatten Angst, daß ich Selbstmord begehen könnte. Nachts konnte ich nicht schlafen, denn alle 30 Minuten wurde das grelle Licht in der Zelle eingeschaltet."

Auf den Hofgang von täglich 30 Minuten habe er bald verzichtet: „Das wurde ein Spießrutenlaufen. Immer mehr Häftlinge hatten herausbekommen, daß ich Staatsanwalt bin. Sie lachten mich aus. Sie schrien den Wärtern zu: Schickt uns die Sau in die Zelle, damit wir sie verprügeln können. Sie spuckten sogar nach mir ..."

Opel: Krise der Automobilindustrie





Produktivitätssteigerungen, Forcierung der Arbeitshetze

Kurz ein paar Zahlen zum Produktionstempo, das nach wie vor sehr hoch ist: Fast 600 Wagen pro Schicht. Das kennzeichnet die Lage im Bochumer Werk 1. Im Werk 2, wo die Chassis gebaut werden: 890 Motoren pro Schicht. Früher waren es ca. 780–800. 900 Nockenwellen. Das waren früher 800. Angestrebt werden jetzt 1 000 Achsen pro Schicht. Das waren früher ca. 850–900.

Die Geschäftsleitung argumentiert: ‚Wir haben ja so viele Leute. Es sind nicht so viele krank.' Das ist jedoch irreführend. Denn der Belegschaftsstand ist in Bochum seit Oktober um über 1 000 Mann gesenkt worden (etwa 1 200 Mann). Und in Rüsselsheim ist der Belegschaftsstand in den letzten sechs Monaten um 12 % zurückgegangen. Von 36 000 auf 32 000 Beschäftigte.

Krankenstand, „Disponibilität" der Arbeitskräfte, Diszipolinierung

Der Krankenstand ist in Bochum und Rüsselsheim nach wie vor unglaublich niedrig. Er ist in Rüsselsheim um 50 % gesunken. In Bochum sind in den vergangenen acht Wochen 300 Kollegen von Werk 1 nach Werk 2 (also an einen ca. 10 km vom alten Arbeitsplatz entfernten Arbeitsplatz) versetzt worden. Total unvorbereitet. Da kommt eine halbe Stunde vor Schichtende der Vorgesetzte: „Sie kommen ab Montag nach Werk 2." Das schafft eine unwahrscheinliche Angst um den Arbeitsplatz. Von Rüsselsheim wird berichtet, daß schon 2 000 Mann verschoben worden sind innerhalb des Werkes. Das ist grundsätzlich nicht so ungewöhnlich. Aber in Zeiten der Hochkonjunktur kommt eine Anfrage ans Schwarze Brett, es wird nach Freiwilligen gefragt. Jetzt werden die Arbeiter wie Vieh verschoben. Es werden überraschend Nachtschichten eingelegt (z. B. im Achsenbau, Bochum). Drei Schichten statt zwei **und um so mehr Kurzarbeit.**

Kurzarbeit

Vierzehn Tage Kurzarbeit ist vorgesehen vom 1.–17. Juni. In diesen Zeitraum fallen sieben Schichten. Die Kurzarbeit betrifft die Werke Bochum, Rüsselsheim, Kaiserslautern und Antwerpen. Und die Firma hat schon wieder angekündigt: Ende September werden wohl wieder zwei Wochen Kurzarbeit unumgänglich sein. Von Mitte Juni bis Mitte September soll keine Kurzarbeit angesetzt werden, wegen gesetzlicher Fristen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. In diese Zeit fallen sowieso die Werksferien. Die ausländischen Arbeiter werden gefragt, ob der Urlaub nicht sowieso zu kurz wäre und man legt ihnen nah, zusätzlich unbezahlten Urlaub zu nehmen. Aber diese Aufforderung „Fahrt nach Hause und erholt euch gut bei Mutter" ist unglaublich zynisch. In der Phase der Hochkonjunktur erinnert sie niemand daran, daß sie doch mehr Ferien brauchen. Jetzt, wo Lohneinbußen infolge von Kurzarbeit die Belastung der teuren Heimfahrt ohnehin stärker ins Gewicht fallen lassen sollen sie freiwillig weitere Wochen ohne Lohn bleiben . . .

Keine Arbeitsverträge für Lehrlinge

In Rüsselsheim werden zum ersten Mal ausgebildete Lehrlinge nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Von 50 kaufmännischen Lehrlingen blieben 12 ohne Vertrag.

Massenentlassungen?

In der letzten Gesamtbetriebsratssitzung hat die Geschäftsleitung dem Gesamtbetriebsrat der Werke in Deutschland mitgeteilt, daß der US-Export 1974 stark eingeschränkt worden ist. Ebenso werden Exportschwierigkeiten im Fall Italien angeführt und seit neuerdings auch für Dänemark, durch Importeinschränkungen dieser Länder. **Die Geschäftsleitung drückt sich so aus, daß „die Belegschaft im Moment nicht ausgelastet" ist.**



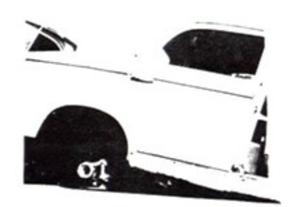
Solche Formulierungen werden auch von vielen Betriebsräten übernommen. Aber Massenentlassungen seien nicht geplant. Höchstens 49 im Monat sollen entlassen werden. (Erst Entlassungen ab 50 sind genehmigungspflichtig.)

Es gehen noch andere Zahlen im Betrieb herum. Z. B. 6,5 % Angestellte wären zuviel. Und: einschließlich Antwerpen 10 000 Arbeiter bei OPEL zuviel. Auf Antwerpen würden 3 500 fallen, demnach sind das für die Bundesrepublik 6 500. Dies ist eine Zahl, **die von der Geschäftsleitung kommt.** Diese Zahl entspricht ungefähr den Entlassungsmaßnahmen während der Krise 1966/67. Damals waren es knapp 6 000. Aber man wolle dieses Zuviel an Arbeitern durch Kurzarbeit auffangen.

Die IG-Metall . . .

Am Mittwoch, 15. 5. 1974, hat Lorenz, Aufsichtsratmitglied, Betriebsratsvorsitzender von Rüsselsheim, vor Vertrauensleuten gesagt, **es sei eine Illusion zu glauben, daß es jetzt noch ohne Massenentlassungen abginge.** Er machte noch Bemerkungen, daß man mit Hilfe des Sozialplans besondere soziale Schwierigkeiten verhindern wolle.

Als die Frage kam: „Was passiert mit den vielen Ausländern?" (Frage eines deutschen Kollegen), kam die Antwort, die damals in der *Metall* Nr. 2 schon gegeben wurde, bei Ausländern könne man nur einer Entlassung zustimmen, wenn sie **sozial gerechtfertigt (!)** sei. Auf diesen Kurs lassen die Verantwortlichen in der Gewerkschaft sich ein und nennen das „Einheit".



(Die „Kosten der Krise" sollen auf jeden Fall von der Arbeiterschaft getragen werden. Die Gewerkschaften, als Instrument der Arbeiter geschaffen, beschränken sich darauf, diese Kosten ‚sozial' zu verteilen, „Spannungen zu mildern", die Arbeiter an der Abwehr der Entlassungen, am offensiven Beharren auf ihren Rechten zu hindern . . .

Wie war die Haltung der Gewerkschaftsführung bei OPEL bisher?

Bereits im Sommer 1973 ist die Gewerkschaftsführung 15 000 streikenden OPEL-Arbeitern in den Rücken gefallen. So, als Perschke, Betriebsratsvorsitzender bei OPEL/Bochum, SPD-Mitglied, Aufsichtsratsmitglied der Adam Opel AG, erklärte, die Kollegen in Rüsselsheim hätten kein Verständnis für den Streik der Bochumer OPEL-Arbeiter.



Böhnisch bezeichnete Perschke dann in *BILD AM SONNTAG* (vom 26. 8. 1973) als Gewerkschafter, der „die richtige Formel" fand, und implizierte, daß er sich so für „Recht und Gesetz, Autorität und Ordnung" einsetzte.

Wirtz, 1. Bevollmächtigter der IGM-Bochum, forderte „im Namen der IGM" dazu auf, man solle mal wieder an die Arbeit gehen (lt. WAZ vom 25. 8. 1973). Im Anschluß an den Streik wurde den fortschrittlichsten Kollegen, Mitgliedern der IGM dann meist der Rechtsschutz verweigert . . .

Es besteht eine große Unsicherheit in der Belegschaft, weil die Vertretung der Arbeiterschaft nicht funktioniert, sondern ganz im Gegenteil mit der Geschäftsleitung kollaboriert. Das betrifft die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder bei OPEL, aber auch die Gewerkschaftsführung in Bochum.

„Sozial"plan: Ältere Angestellte abbauen

Es gibt einen Teilbereich des Sozialplans, der wohl verwirklicht werden soll. Angestellten über 65 soll die Rente nahegelegt werden mit Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. Die kriegen dann ein paar tausend Mark und haben trotzdem Verluste. In Bochum gibt es diese älteren Angestellten nicht, weil das Werk noch verhältnismäßig neu ist. Da ist evtl. Versetzung jüngerer Angestellter nach Rüsselsheim möglich. Das wird bei den Angestellten auch große Besorgnis auslösen.

Allgemein wird angenommen, daß im 2. Halbjahr nur 60 % der Kapazität auszulasten sein werden. Daß im August und September Massenentlassungen kommen, wird immer wahrscheinlicher.

Vorstandsmitglied Schlotfeld (Rüsselsheim): im Gegensatz zu 1967, wo die inflationäre Tendenz nur 3,5 % gewesen wäre, ist sie heut 7,5 %. Das bedeute: schwieriger Verkauf.

Kriterien bei den momentanen Entlassungen:
a) Fehlzeiten

in Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern werden monatlich 49 Mann entlassen. Angestellte sind auch betroffen in allen Werken. Die Kriterien sind: zu viele Fehlzeiten. Angeführt werden die Krankheitszeiten, die man **seit 1972** hatte.

Sowas hat es in Zeiten der Hochkonjunktur niemals gegeben. Begründungen sind manchmal sogar juristisch anfechtbar, z. B. „Das liegt in seiner Person. Wir können nicht mit ihm zusammenarbeiten". Mit dieser Begründung werden massenhaft Leute entlassen. Damit wird für jeden offenkundig, daß ein Krisenmanagement dahinter steht. Diese Maßnahmen sind in vielen Fällen Rechtsbrüche.



b) Fortschrittliches Verhalten, aktives Wahrnehmen der Interessen der Kollegen im Betrieb

Im Rahmen der vorgenommenen Entlassungen, die als solche der Stabilisierung der Profite dienen, werden in letzter Zeit immer mehr fortschrittliche Kollegen entlassen.

Im vergangenen Jahr waren bereits der Betriebsrat Rudi Wischnewski und der Ersatzbetriebsrat Andres Lara entlassen worden.

Nach dem Streik im August 1973 entließ man den IGM-Vertrauensmann Joachim Schönstedt, den IGM-Vertrauensmann Georg Kanschik, den Marokkaner Benaissa, zwei spanische Arbeiter, sowie Walter Krawutschke, IGM-Mitglied. Wenig später wurde ein jugoslawischer Kollege, der beim Arbeitsgerichtsprozeß für Krawutschke ausgesagt hatte, entlassen. Diese Taktik setzt die Geschäftsleitung jetzt fort. Sie schiebt zum Teil Fehlzeiten vor.



So wurde im Mai der Kollege Felix Sanchez, seit vier Jahren bei OPEL Vertrauensmann, entlassen mit der Begründung: zuviel gefehlt. (Er hatte sich am Arbeitsplatz eine Magenkrankheit geholt, die er nie auskurieren konnte.)

Ebenfalls im Mai 1974 wurde Abdul Kheder, Sprecher aller ausländischen Kollegen in der Vertrauenskörperleitung, entlassen. Begründung: in zweijähriger Werkszugehörigkeit etwa achtmal krank (speziell Leber, Galle, ein Unfall im Werk) und zweimal „U. A." (davon ein Umzugstag zu spät belegt).

Weiter: Jochen Beier, Kandidat als Vertrauensmann, gekündigt. Begründung: Gegen den Betriebsfrieden verstoßen. Er habe u. a. trotz Aufforderung vom Meister eine Diskussion mit Kollegen nicht beendet, weil Vertrauensleutewahl war und er Kandidat war . . . Außerdem wirft ihm die Geschäftsleitung Gewerkschaftskritik in Kiel (**vor** seiner OPEL-Zeit) vor . . .

In Rüsselsheim ist ein fortschrittlicher SPD-Kollege, Angestelltenvertrauensmann gekündigt worden, es wurden ihm zu viele Fehlzeiten als Kündigungsgrund angegeben. Der Betriebsrat hat auch hier keinen Einspruch eingelegt. Das entspricht seinem generellen Verhalten angesichts dieser Entlassungen. Er wurde jedoch blamiert, weil die Geschäftsleitung die Kündigung zurücknehmen mußte: Die Fehlzeiten waren darauf zurückzuführen, daß der Mann in Nauheim Stadtrat war und dadurch tarifvertraglich das Recht hat, ab und zu ein paar Tage zu fehlen. Wichtig ist, daß die Gewerkschaftsvertreter gar nicht erst versuchen, Rechtsgründe gegen die Entlassungen zu prüfen oder irgendetwas der Entlassungspolitik der Geschäftsleitung gegenüberstellen.

Die Gewerkschaftsvertreter schützen die Maßnahmen der Unternehmer, nennen das legal, was da vorgeht. Sagen immer, man kann nichts dagegen tun. Die Belegschaft ist praktisch ohne Vertretung. Bei OPEL in der BRD sind über 30 000 Leute in der IG-Metall. Das höchste, was die Vertreter machen, ist, einem älteren Kollegen vielleicht vom Sozialplan her mal 1 000 Mark mehr zu verschaffen, um diese Maßnahme ein bißchen zu versüßen. Der ganze Kurs ist problematisch und spielt der Geschäftsleitung in die Hände: die Belegschaft wird gespalten. „Zuerst die Doppelverdiener" entlassen, solche Argumente kommen von der Gewerkschaft. Eine Alternative wird nicht aufgezeigt.

ESG Bochum

(Rüsselsheimer Ergänzung auf der nächsten Seite)

Wer die auf dieser Seite abgebildeten Autos richtig wieder zusammensetzt und einschickt, erhält



einen krisensicheren Arbeitsplatz: in der WWA-Redaktion



Rüsselsheim: Politischer Lohn

Zu den Bochumer Opel-Informationen noch einige Nachschübe aus Rüsselsheim:

Der Opel versucht jetzt erstmalig 550 Wagen pro Schicht von einem Band laufen zu lassen. Das bedeutet 15–20 Wagen mehr als in der Hochkonjunktur 73 und somit eine ungeheure Schafferei. Die Erholung von 14-tägiger Kurzarbeit war nach 5 Tagen Arbeit flöten.

2.000 (das sind 2x VDO-Belegschaft, Ffm.) Kollegen werden innerhalb des Werkes versetzt und kommen in eine andere Abteilung. Lohnverluste sind dadurch bedingt.

Für September ist wieder Kurzarbeit angemeldet. Allerdings hat der Opel zur Zeit nur schon verkaufte Wagen, und die Haldenwagen von 73 werden sehr schnell abgebaut. Eine Einschätzung bis zum Herbst ist von daher sehr schwierig.

Nicht nur der Opel hat die Preise für die Wagen 4 % (Kadett) bis 6 % (Rekord etc.) erhöht, sondern die Bildzeitung, Kaffee, Kakao, Milch und die Kantinenpreise sind gestiegen, also die täglichen Verbrauchsgüter der Kollegen. Das hat zu ein paar beschmierten Kaffeeautomaten geführt und wird auch noch auf der Betriebsversammlung Ärger geben.

Eine „Fraktion" der Vertrauensleute hat den im Bochumer Artikel zitierten Stadtrat (AfA-SPD) durch ihre heftigen Proteste wieder reingepaukt. Da gab es einige Tage heftige Diskussionen während der Arbeit und Auseinandersetzungen im Betriebsrat und dann hat der Opel nachgegeben und der Herr Stadtrat war wieder drin.

Wegen der miesen Situation ist für viele jüngere deutsche Arbeiter die Perspektive, eine Stelle im öffentlichen Dienst zu bekommen; ist jedoch real kaum möglich. Also weitermachen und sich irgendwie durchwursteln. D. h. nicht unbedingt sich ducken und radfahren: bei dem hohen Arbeitstempo gibt's täglich Putz mit Vorarbeitern und Meistern.

Von den Ausländern haben vor allem eine Reihe Spanier von sich aus gekündigt und sind nach Spanien zurückgefahren. Kurzarbeit — weniger Geld — mehr freie Zeit — mehr Konsum — weniger Ersparnisse! Von den sieben neuen Wohnheimen stehen jetzt schon vier leer.

Eine VW-Abfindung gibt es bei Opel fast auch schon. Der Betriebsrat hat der Geschäftsleitung vorgeschlagen, die über 60-jährigen vorzeitig in die Rente zu schicken und einen Übergangsplan zu finanzieren. 1967 hat Opel nach ein paar Tagen Kurzarbeit 6.000 entlassen, heute: Kurzarbeit, unbezahlter Urlaub fast unbeschränkt, Versetzungen, keine Neueinstellungen, Tricks.

Diese ganze Unsicherheit, Angst und Arbeitshetze sorgt im Betrieb auch für ungeheure Spaltungen der Arbeiter: der eine hat sein Häuschen bereits abgezahlt, da Frau und Kinder mitschaffen — der andere kriegt die Raten nicht mehr zusammen wegen der Kurzarbeit. Der eine hat Schwarzarbeit — der andere nicht. Oder im Dorf: der eine hat Kurzarbeit — der andere schafft mitsamt Familie.

Wir haben daher ansatzweise versucht, vereinheitlichende Forderungen zu diskutieren, die die Ebene der Parole wie „keine Entlassungen" in ihrer schlechten Defensive verlassen.

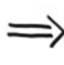
1. Verankerung des garantierten Jahreslohns im Tarifvertrag
2. Kündigungsschutz verstärken
3. Langsamere Bandgeschwindigkeiten bei weniger Produktionsanfall
4. Tariflich verankerter Lohnausgleich bei Kurzarbeit

Diese Forderungen werden schon seit langem von der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe (GOG) in Bochum aufgestellt. Uns ist egal, ob wir 14 Tage im Monat arbeiten und 14 Tage frei haben oder wie in England 3-Tage-Woche; sollen diejenigen die Krise bezahlen, die an ihr verdienen.

Ähnlich wie es die erste Forderung zum Ausdruck bringt, wird es für uns, unabhängig davon, ob Massenentlassungen stattfinden, immer notwendiger, den „politischen Lohn" zu diskutieren. So einfach wie 1967 wird die jetzige Krise nicht aufholbar sein und die Arbeiter sehen auch nicht mehr wie im letzten Sommer volle Auftragsbücher der Bosse, die sie als Druckmittel benutzen konnten. Ende der Gedanken.

(Genossen aus dem Opel/Rüsselsheim-RK)

HAMBURG: Politischer Mord an türkischem Arbeiter



NESET DANIS



ERMORDET

Vor einigen Wochen konnte man eine kurze Nachricht aus den Zeitungen entnehmen, daß in Hamburg „eine Saalschlacht zwischen rivalisierenden Türkengruppen" stattfand, und es dabei „mehrere Schwerverletzte" gab. Einer von diesen, Neset Danis, ist mittlerweile an seinen Verletzungen (seine Schädeldecke ist zertrümmert worden) gestorben. Aber was waren die Gründe für diese Saalschlacht? Und wer waren die „rivalisierenden Gruppen"?

Das ganze hat eine Vorgeschichte:

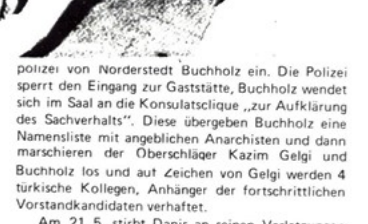
„Der Verein Türkischer Arbeitnehmer in Hamburg und Umgebung e. V." wurde 1963, wie 130 andere im ganzen Bundes gebiet auf Geheiß der türkischen Regierung gegründet. Fast 10 Jahre lang waren diese Vereine unbestrittenes Einflußmittel der reaktionären türkischen Regierung und Quelle privater Pfründe für seine Funktionäre. Doch durch die Klassenkämpfe der letzten Jahre in der Türkei erkannten die Kollegen immer mehr das wahre Gesicht des reaktionären Regimes und die Funktion dieser Arbeitsvereine, die Rolle der Konsulatsangehörigen und der Vertreter großer türkischer Firmen in Deutschland. So gründeten sie mehr und mehr eigenständige Arbeitervereine oder versuchten die reaktionären Führungscliquen loszuwerden.

So war es auch in Hamburg. Die Kollegen wollten endlich einen Verein, der ihnen gehörte. Auf der diesjährigen Vorstandswahl sollte der alte Vorstand mit seiner Konsulatsclique am 21. 4. durch Abwahl zum Teufel gejagt werden. Am 21. 4. war sofort klar, daß der alte Vorstand nicht gewinnen konnte - immer stärker wurde die Kritik aus der Mitgliederversammlung. Da griffen diese Leute in ihre Trickkiste, unter ihren Angehörigen wurde eine Scheinschlägerei entfaltet. Daraufhin kam die Polizei und löste die Versammlung auf.

Am 5. 5. in Norderstedt muß die Konsulatsclique feststellen, daß ihre Geheimhaltung gescheitert ist. Es stellen sich, teilweise mit ganzer Familie, so viele unzufriedene Kollegen mit ihren fortschrittlichen Gegenkandidaten ein, daß der alte Vorstand mit einer Niederlage rechnen muß. Auch der Versuch mit einer manipulierten Mitgliederliste die Versammlungsteilnehmer auszusortieren, kommt nicht durch - die Kollegen protestieren gegen dieses offensichtliche Gangsterstück -.

Dann ergibt sich kurz vor Versammlungbeginn folgende Situation: Die Konsulatsclique ist vollständig mit Anhängerschaft im Versammlungsraum anwesend. Ihre Vertreter kontrollieren die Eintretenden. Einige fortschrittliche Kollegen sind schon im Versammlungsraum, teilweise mit Frauen und Kindern. Andere spüren „dicke Luft", sie sehen die Faschisten mit ihren Abzeichen und bleiben bis kurz vor 14 Uhr vor dem Saal im Schankraum. 4 - 5 Anhänger der fortschrittlichen Gegenkandidaten betreten nach Mitgliederkontrolle den Saal und verteilen die Wahlerklärung der Gegenkandidaten. An der Tür wollen jetzt alle Türken rechtzeitig zum Versammlungstermin in den Saal - sie denken, daß jetzt wohl alles friedlich abläuft, es sind zwei deutsche Polizisten anwesend, sowie ein Rechtsanwalt.

Kurz vor 14 Uhr: die Wahlprogrammverteiler werden in der Saalmitte umringt, erst geschubst, dann geschlagen - von den Tischen der Konsulatsclique fliegen unmittelbar danach Flaschen und Aschenbecher in die Menschenmenge, die in den Saal hinein will. Dann hört man einen Ruf vom Arbeitsattaché: „Schlagt zu, schlagt zu! Die Kommunisten wollen rein! Wer seinen Gott liebt, der erschlägt einen Kommunisten!" - Dann bricht auch schon eine äußerst brutale Schlägerei los. Mit Stühlen gehen die Schläger der Konsulatsclique auf die völlig überraschten Arbeiter los. Einer der Anführer der Schläger und Mitglied des alten Vorstandes Kazim Gelgi bringt hier dem später total zusammengeschlagenen Neset Danis erste Kopfverletzungen bei - die Arbeiter fliehen panikartig, sie kommen nicht durch die verstopfte Tür. Sie haben teilweise Frauen und Kinder dabei, sie denken kaum an Gegenwehr. Der Eingang wird frei und die Menschen flüchten nach draußen. Einige springen in rasender Flucht durch ein geschlossenes Fenster! Andere fliehen zum Schutz ihrer Frauen in einen Nebenraum vom Schankraum. Nach der panikartigen Flucht tritt einige Minuten Ruhe ein. Ein Türke verläßt diesen Nebenraum, um die Lage festzustellen. Er geht einige Schritte auf den Saaleingang zu, da stürzt eine Gruppe von 6 - 8 bewaffneten Schlägern aus dem Saal, reißt die Tür zum Nebenraum auf und schlägt dort auf den Danis ein, der ihnen als allgemein angesehener fortschrittlicher Türke bekannt war. Sie schlagen ihn völlig zusammen. Sie schlagen weiter und treten immer wieder auf seinen Kopf bis er sich nicht mehr rührt. Nach 10 - 15 Min. treffen mehrere Streifenwagen aus Norderstedt und Hamburg mit dem Chef der Kriminalpolizei von Norderstedt Buchholz ein. Die Polizei sperrt den Eingang zur Gaststätte, Buchholz wendet sich im Saal an die Konsulatsclique „zur Aufklärung des Sachverhalts". Diese übergeben Buchholz eine Namensliste mit angeblichen Anarchisten und dann marschieren der Oberschläger Kazim Gelgi und Buchholz los und auf Zeichen von Gelgi werden 4 türkische Kollegen, Anhänger der fortschrittlichen Vorstandkandidaten verhaftet.



Um ihre Wiederwahl zu sichern bereitet die Konsulatsclique mit ihrem Wortführer, dem Arbeitsattaché Ayfer Ozcanoglu (er ist nicht einmal Mitglied des Vereins) einen neuen Plan vor:

1. sie mieten in aller Stille für den 5. 5. in Norderstedt außerhalb Hamburgs einen Saal in einer Gaststätte,
2. sie informieren nur treue Anhänger vom Versammlungstermin - aber die Kollegen sind nicht auf den Kopf gefallen und erfahren davon,
3. sie informieren die Norderstedter Polizei, „das türkische Konsulat hatte bereits in der vorigen Woche darum gebeten, daß - für alle Fälle - Polizeikräfte zur Verfügung stehen sollten . . . " (Norderstedter Zeitung, Ortsbeilage des Hamburger Abendblattes vom 10. 5. 74),
4. sie informieren nur einen Journalisten, Stahl, von dem zitierten Springerblatt und den einer reaktionären türkischen Zeitung,
5. für den Fall der erneuten Wahlgefährdung für den alten Vorstand karren sie faschistische Schlägerbanden, sogenannte Kommandos an.

Am 21. 5. stirbt Danis an seinen Verletzungen. 5 Kollegen, Freunde von Danis werden unter Mordverdacht verhaftet und erst am 24. 5. mit schweren Auflagen und bei Fortbestehen des Haftbefehls aus der U-Haft entlassen. Die Mörder von Danis laufen immer noch frei herum.

Über eins muß man sich allerdings im klaren sein, es war weder der erste noch der letzte Angriff der Faschisten. Diese Kommandos, sie nennen sich „Bozkurt" (graue Wölfe) haben blutige Tradition, sie sind der militante Arm der faschistischen „Nationalistischen Bewegungspartei" MHP, dessen Gründer und Vorsitzender der ehemalige Natogeneral und Hitlerbewunderer Alpaslam Türkes ist. Diese Bluthunde werden in Trainingslagern nach SA-Vorbild „zum Kampfe gegen Kommunismus und Weltjudentum" ausgebildet. Ihre Pflichtlektüre ist „Mein Kampf".

Sie spielten eine sehr wichtige Rolle in der Einschüchterung und Zerschlagung der Linken in der Türkei. Sie überfallen Gewerkschaftsbüros, Studentenwohnheime, ermorden Arbeiter und Studentenführer, und foltern linke Arbeiter, Intellektuelle und Studenten, verüben Bombenanschläge, um sie den Linken in die Schuhe zu schieben. Sie arbeiten Hand in Hand mit der Polizei und der Justiz.

(türk. Genossen)



Das Abzeichen der Faschisten

Kurzarbeit bei VW

Bei VW Hannover wurde in diesem Jahr bereits dreimal Kurzarbeit gefahren, einmal im Januar/Februar, dann im April und Mai.

Im Juni und Juli sollten jeweils noch eine Woche Kurzarbeit folgen. Die Werksleitung begründet die Kurzarbeit mit Absatzkrise und überfüllten Halden.

Seit Jahren ist klar, daß der Boom im Automobilbau nicht mehr so weitergeht. Wenn aber immer mehr von Haldenbeständen die Rede ist, weshalb bekommt dann ein Kollege, der einen VW-Bus kaufen will, zu hören, er solle erstmal 8 Wochen Lieferfrist abwarten? Wieso schreibt die HAZ vom 26.3., daß all die Transporter auf dem West- und Ostparkplatz keine Halden sind, sondern USA-Wagen, für die noch ein Teil der Entgiftungsanlage fehlt? Für die augenblickliche Kurzarbeit ist bezeichnend, daß Werksleiter Krohn dem Betriebsrat gegenüber gesagt hat, 6.000 Motoren müßten vorgeholt werden, damit der Motorenbau überhaupt kurzarbeiten kann (in der Motorenmontage an den Bändern 6 und 7 wurden die Stückzahlen von 300 auf 400 heraufgesetzt).

Warum also Kurzarbeit?

Die VW-Produktion wird im großen Rahmen umgestellt. In Wolfsburg werden die Bänder für den „Golf" ausgebaut, Hannover muß für verschiedene Käfertypen eingerichtet werden, dafür wird der Motorenbau eingeschränkt, wassergekühlte Motoren kommen hinzu.

Zufällig ist die Kurzarbeit gut dazu geeignet, die Bänder in Ruhe umzubauen. Die Kollegen, die an stillgelegten Bändern freiwerden, werden zunächst an anderen Bändern eingesetzt, um dort die Stückzahlen zu erhöhen (s. o. Motorenbau). Wenn nach dem Umbau die neue Produktion anläuft und die Kollegen wieder abgezogen werden, dann bleibt es bei den gleichen Stückzahlen — mit weniger Arbeitern.

Und nicht zu vergessen: Die ganze Krisenpropaganda verfehlt ihre einschüchternde Wirkung nicht. Der Krankenstand ist erheblich zurückgegangen.

Wie wirkt sich die Kurzarbeit auf die Kollegen aus?

Einerseits sind die Kollegen gar nicht so unglücklich darüber. Man kann mal ein bißchen ausspannen, die nächste Kurzarbeitswoche wäre gerade zur Fußball-WM, und überhaupt — wer arbeitet schon gerne?

Im April spürte man den Druck auf den Geldbeutel kaum, weil die Abrechnung zusammenfiel mit der Nachzahlung der Lohnerhöhung für Januar, Februar und März. Im Mai werden die Arbeiter zum ersten Mal etwa 10% weniger in der Lohntüte haben. Hinzu kommt, daß die letzten 4 Kurzarbeiten in den Berechnungszeitraum des Urlaubsgeldes fallen (50% vom Durchschnittsverdienst der letzten 13 Wochen vor der Auszahlung).

Das heißt für alle weniger Erholung — und das bei verstärktem Arbeitsdruck.

Das Kurzarbeitergeld bezahlen die Arbeiter bekanntlich selber, nämlich mit ihren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Weil Kurzarbeit aber immer mehr in Mode kommt, wird das Geld bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg langsam knapp. Deshalb ist geplant, daß entweder ab 1.7. 2% statt 1,7% abgezogen werden, oder daß aus Bundesmitteln, also auch aus den Taschen der Arbeiter, Darlehen gewährt werden.

Hannoversche Fresse



Wenn der RK kräht auf dem Mist, kommt die Masse, oder sie bleibt wo sie ist.



Der Artikel kritisiert einige Interpretationen der Häuserkampfbewegung in Ffm, wie sie vom Häuserrat (HR) in der WWA 13/14 vorgebracht wurden. Er ist verfaßt worden von einigen Genossinnen und Genossen – dem „Kränzchen" –, die selber nur mit den Füßen am Häuserkampf teilnahmen und erst seit Anfang des Jahres im RK mitzuarbeiten versuchen.

Kernsentenz des Selbstverständnisses der Linksradikalen im Häuserkampf ist: „Diese Sympathien (der Bevölkerung in den Stadtteilen) für den RK haben sich in Ffm nicht deshalb entwickelt, weil die Bewegung friedlich verlaufen war, sondern gerade im Gegenteil, weil sie gewaltsamen Widerstand geleistet hatte." (WWA 13/14) Diese Einschätzung unterstellt drei Dinge: wir werden immer mehr, die Sympathie und Solidarisierung der Bevölkerung durchbricht unsere Isolierung, und das alles verdanken wir dem gewaltsamen Widerstand.
Machen wir es der Reihe nach.



Werden wir immer mehr?

Läßt man den Häuserkampf an einem Tag im August des Jahres 71 mit der Demonstration anläßlich der Räumung des Grüneburgwegs 113 beginnen, so vermerkt die Presse jeden Tag eine militante Demonstration von 3 000 Teilnehmern und eine breite Solidarisierungs- und Sympathiewelle. Das war 1971. Knapp ein Jahr später: Die Schubertstraße 27 wird geräumt. Straßenschlacht von 500 Demonstranten mit den Bullen. Ein halbes Jahr danach erscheint das Gespenst des Bürgerkriegs zum ersten Mal auf Frankfurts Straßen. In den letzten Tagen des März 73 finden die Aktionen um den Kettenhofweg 51 statt. Die Schlacht vom Mittwoch hat zwischen 300 – 3 000 Teilnehmer, am Samstag darauf die Demonstration ca. 5 000, und nach der Räumung gibt es zwei Demonstrationen, deren Stärke sich jeweils auf 4 000 beläuft. Die einzelnen Aktionen, die dabei ablaufen, sollen uns hier nicht interessieren. Hier zählt nur das dürre Gerippe. Und dann, wieder knapp ein Jahr später, die Blockaktion. Demos am Tag und danach und dann die große Manifestation am Samstag. Es beginnt mit 2 000 am Opernplatz, später 5 000, und dann die Schlacht vor dem Block mit 200 und ein paar mehr Militanten.

Nimmt man die Stärke der Demos als einen Gradmesser für die Verbreiterung und Vermassung des Häuserkampfes (und das ist der günstigste Maßstab, da hier alle politischen Gruppen mitgemischt haben, auch wenn sie sonst nichts für die Bewegung materialiter getan haben), so kann man lakonisch feststellen: nur wenn ein linker Statistik-Eleve die Beteiligung zur rückläufigen Frankfurter Wohnbevölkerung in Beziehung setzt, kann man von einer Zunahme der Aktivisten der Straße reden! Diese 3 – 5 000 Demonstranten sind der Stamm der Linken aller Schattierungen in Ffm, die sich zu den unterschiedlichsten Anlässen mobilisieren lassen, die Randgruppen mögen dabei variieren.

Solidarisieren – Mitmarschieren!?

Es soll hier nicht unterschlagen werden, daß eine Veränderung des politischen Klimas in Ffm nicht zuletzt durch den HK stattgefunden hat. Das drückt sich aus in Phänomenen, die vom ‚aufgebrachten Bürger' bis zu bestimmten Fraktionierungen innerhalb der Frankfurter SPD reichen. Diese Auswirkungen sind aber – und das bleibt festzuhalten – eine zwangsläufige und für uns nicht kontrollierbare Begleiterscheinung der Radikalisierung gesellschaftlicher Widersprüche. Daß unsere Aktionen diese Auswirkungen haben, ist für eine LR-Bewegung noch kein Indiz für oder gegen sie. Es kommt auf die Inhalte und die Form dieser Veränderungen an. Natürlich bildet sich politisches Bewußtsein in einem komplexen Prozeß heraus, an dessen Anfang auch bloße Sympathiebekundungen stehen können.

Diese Sympathie ist der Beweis, daß hier etwas verstanden wird, aber diese Sympathie kann von den LR, die mehr als andere ihr Ziel auf die aktive Teilnahme an der Bewegung richten müssen (und nicht auf Akklamateure einer gelungenen Politshow), nicht zu einer Solidarität hochstilisiert werden, die eine inhaltliche und bewußte politische Gemeinsamkeit impliziert.

„Sympathie" – neue Massenlinie?

Die Überschätzung der Solidarisierung der Frankfurter Bevölkerung mit dem HK fing schon nach dem Kettenhofweg an. Wer kennt ihn nicht, den Paradeproletarier, der vor dem Kanzler das Stuhlbein schwang, und wer kann nicht wenigstens eine Westendoma zitieren, die gesagt hat: Recht hams, die jungen Leut! Aber wer mit solchen Döhnches sich und uns alle davon überzeugen will, daß die Bevölkerung auf unserer Seite steht, daß der Häuserkampf eine linksradikale **Massen**bewegung ist, der hat sich entweder noch nie überlegt, was die Solidarisierung der Bevölkerung für uns bedeuten muß, oder er hat die Feststellung, daß wir nun endlich nicht mehr isoliert sind, bitter nötig.

Die Sympathiebeweise sind beim genaueren Hinsehen Straßenkommentar, Wortfetzen, spontane Gesten mehr oder weniger zufälliger Passanten. Nicht nur, daß die spontanen Äußerungen der Bevölkerung in sich äußerst widersprüchlich sind – so mag sich der Friseurgehilfe vor seinem Laden tatsächlich damit identifizieren, daß wir den Bullen Steine entgegenwerfen, aber er wird ausgesprochen hämisch, wenn wir schließlich doch die Beine in die Hand nehmen, um uns nicht die Rübe vollhauen zu lassen. Ihm leuchtet eben nicht nur ein, daß man sich wehren kann, sondern noch mehr, daß man irgendwann die Hucke voll kriegt! – viel schlimmer ist, daß es diffuse und völlig unverbindliche Äußerungen von Zuschauern sind, die im besten Fall sagen: Wohnraumzerstörung ist Scheiße und man muß etwas dagegen tun, die aber über diese abstrakten Statements nicht hinausgekommen sind und durch die vor ihnen ablaufenden Straßenschlachten auch schwerlich hinauskommen werden. Richtig ist sicher, daß unsere Forderungen im Wohnkampf mehr Resonanz in der Bevölkerung gefunden haben als alles was wir bis dahin in Ffm gemacht haben, d. h. wir trafen damit unmittelbarer deren Interessen als mit allen Imperialismus- oder Hochschulkampagnen. Aber die beiden entscheidenden Fragen für eine langfristige politische Arbeit im Wohnungskampf sind doch immer noch offen:

1. In welchem Verhältnis (genau!) stehen unsere studentischen Interessen an besserem Wohnen zu denen der Bevölkerung, d. h. ihrer verschiedenen angebbaren Teile? (Emigranten, deutsche Arbeiterfamilien, Frauen, Jugendliche, Rentner usw.) Was heißt für sie: diese Stadt ha'm wir satt!
2. Wie können wir die passive Wut der Betroffenen aufgreifen, in ihrer spezifischen Struktur entschlüsseln und langfristig organisatorische Verbindungen mit unseren eigenen Kämpfen herstellen, d. h. wie können wir im HK eine objektive Einheitlichkeit (nicht Identität!) von Interessen auch subjektiv/organisatorisch herstellen.

Wir waren im HK immerhin schon mal soweit, daß wir über Aufklärung, Protest und Widerstand von Studenten und die vage Sympathie einer Stadt hinaus konkrete Handlungsperspektiven für **bestimmte** Teile der Bevölkerung angegeben hatten, nämlich in den Stadtteilgruppen, wenn überhaupt jemand außer uns den komplexen Zusammenhang von realem und symbolischem Gehalt in ‚Widerstand ist möglich' kapieren soll, dann doch die Bevölkerungsgruppen, die sich in irgendeiner Form schon mal das Problem konkreten Widerstands gestellt haben, sei's in Stadtteilgruppen, Mietstreikhäusern, auch ABG- und Hellerhofkomittees! Unser Adressat ist eben nicht – oder nur in zweiter oder dritter Linie die Frau oder der Mann auf der Straße, sondern wir müssen unsere Aktionen mit der Situation und den Diskussionen in den genannten Gruppen vermitteln. Von den Diskussionen in den Stadtteilgruppen war aber in den Strategie- und Militanzdebatten vor der Räumung herzlich wenig die Rede. Erst auf einem solchen Hintergrund ließe sich aber ein Begriff von Solidarität der Bevölkerung entwickeln, der aus der Passivität, Unverbindlichkeit und Widersprüchlichkeit von Straßenkommentaren hinausführt und längerfristige Organisations- und Handlungsperspektiven eröffnet. Und erst dann stellt sich auch wirklich die Frage, ob wir im Häuserkampf unsere Isolierung durchbrochen haben, ob wir zu einer linksradikalen Massenbewegung geworden sind.

. . . Und der revolutionäre Antilegalismus?

Inhaltlich gefaßt wurde diese Sympathie der Bevölkerung als ein im Ansatz anti-legalistisches Massenbewußtsein. Soweit es aber Zustimmung zu den Aktionen der Häuserbewegung gab, bezogen sie sich auf den Widerspruch der Bodenordnung in dieser Gesellschaft. Insoweit diese Zustimmung die Hausbesetzungen traf, erstreckte sie sich damit auch auf Bereiche jenseits der verfaßten Ordnung. Nun sind aber die formalisierten Gesetze Ausdruck sozial-ökonomischer Machtverhältnisse und damit partiell veränderbar und anpassbar. Die Problematik der Bodenordnung hat als solche bereits Eingang in die politischen Überlegungen der bürgerlichen Parteien gefunden.

Die Strategie der linken SPD hier in Ffm ist ja, wie Karsten D. Fortschritt verschiedentlich, zuletzt wieder auf dem Tribunal formuliert hat, die partielle Illegalität als Motor für die reformistische Lösung der Überwindung der jetzigen Form der Ungerechtigkeit des Bodenrechts einzuspannen und zu funktionalisieren. D. h. die Illegalität bestimmter Aktionen, soweit sie exemplarisch waren, konnte sich durchaus abgesichert wissen durch einen reformistischen Überhang. In dieser Weise ist auch die Zustimmung der Bevölkerung zu interpretieren – als ein Symptom eines radikalen reformistischen Bewußtseins, was Schluß machen will mit allzu scharfen Unterdrückungsgesetzen in dieser Gesellschaft. Die SPD hat dies in ihren verschiedenen Verlautbarungen versprochen, sie hat dies benutzt als Wahlwerbung in der letzten Kommunalwahl und sie hat ein Sozialbindungspapier verabschiedet. Daß sie ihre Versprechen nicht halten wird und kann, ändert an dieser Tatsache erst einmal nichts. Die Illegalität einer Hausbesetzung hat und darauf sollte hier hingewiesen werden, nicht nur eine partiell revolutionären Aspekt, sie ist – hier in Ffm unter diesen politischen Umständen – auch ein Moment des Reformismus, der die aktuelle Legalität ja auch verändern will und muß, wenn er Erfolg haben will.

Unser Interesse ist, in den gesellschaftlichen Konflikten diese Gewalt als den Bestandteil der Ordnung und Macht offen und benennbar zu machen für zwei Ziele: um den ideologischen Schleier dieser Gesellschaft zu durchbrechen und an einem Punkt ihr Innerstes bloßzulegen auf daß bei anderen an anderen Orten zu anderen Zeiten dies verstanden wird **und** um uns selbst, die wir alle von diesem Schleier der Gewaltlosigkeit durch unsere Erziehung und Entwicklung affiziert worden sind der Gewalt als persönlicher Erfahrung zu konfrontieren und uns in die Lage zu versetzen, nicht nur mit Ideen argumentieren zu können. Dieses Motiv der Selbstveränderung, der Bekämpfung unseres bürgerlichen Teils, steht deshalb gleichrangig neben dem ersten, da wir es sind, die diese Gewalt ausüben, und uns nicht nur verbal zu der Gewalt anderer (des Proletariats, der Palästinenser etc.) verhalten.

Aber . . . und das ist die Ebene wo es konfus wird, bei uns und bei anderen. Der Gegner (Polizei) verfügt über einen ziemlichen militärischen Apparat und eine (im guten Fall) funktionierende Organisationsstruktur die von oben nach unten die Batallione einschätzt. Es wird immer gesagt auf dieser militärischen Ebene können wir nicht mithalten, die pusten uns aus. Klar, jeder sieht das. Manche sagen es etwas anders: auf dieser Ebene können wir **noch** nicht mithalten was den Unterschied macht, daß man sich darauf vorbereitet auch da mal besser zu werden. Und da kann man einiges tun, in der Tat.

Verlängert man die Diskussion, so erscheint die Logik, den Gegner da brechen zu wollen, wo er am stärksten ist. Da kann man ja noch sagen, warum nicht, vielleicht sind die Stärken die eigentlichen Schwächen und wir lassen uns nur durch den Augenschein der Material- und Technikshow verblüffen. Die Erfahrung der RAF hat dies nach zwei Seiten hin konkretisiert: das Verblüffende war wie lange und wieviel die RAF an Aktionen machen konnte, bevor sie hochging, das war eine wichtige Erfahrung gegen das Ohnmachtsgefühl, daß die anderen superpotent und unverwundbar sind auf dem Felde der militärisch betriebenen Politik. O. k. sie sind verwundbar, aber – und dies war die zweite Erfahrung, sie sind nicht schlagbar. Die anderen (Polizei) brauchen eine gewisse Zeit bis sie zum vollen auflaufen können, aber dann treffen sie tödlich, wenn wir ehrlich sind.

Sicher, damit ist das Problem der militärischen Organisation nicht abgeschmettert, es ist noch nicht einmal angefangen worden es zu diskutieren, aber – und darum geht es hier (!), der Gedanke und die Fixierung an die Stärken des Gegners, die es zu übertreffen gilt, beiseite geschoben und Platz für die Frage nach unseren Stärken.

Unsere Erfolge reifen langsam, aber sie reifen. Die Stadt kann mal ein Spielchen gewinnen, aber sie wird nur dann nicht verlieren, wenn wir Fehler machen. Unsere Stärke liegt in der Fähigkeit unsere **politische** Kraft zu entfalten, und die ist nicht jetzt und nicht übermorgen, der Molli von dem einen oder anderen Supersponti, sondern liegt in der Fähigkeit uns auszubilden und zu organisieren, unsere Stärke, daß wir siegen können und werden auch in jedem einzelnen von uns einzulösen und zu verkörpern, das heißt aktive Revolutionäre aus uns zu machen, die kapieren und aushalten, daß unser Weg lang ist, die



Unzusammenhängende Bemerkungen zum Militanzproblem

In der These des HR, die wir eingangs zitiert haben, wird die Sympathie der Bevölkerung mit dem Wohnungskampf an dessen militanten Charakter gebunden. Militanz umschließt aber neben dem Akt der Besetzung den andren Teil, den des Widerstands gegen die Räumung. Wird die Besetzung akzeptiert, so stellt sich die Frage: wie reagiert die Bevölkerung eigentlich auf die militanten Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt?

Nach dem bisher geschriebenen sollte klar sein, daß wir keine ‚Einschätzung' des Verhältnisses der ‚Bevölkerung' zu den Straßenschlachten vorbringen können, wir beschränken uns auf einige Probleme unseres Verhältnisses zur Militanz.

Wir sind Materialisten, man kann nicht mit Ideen, Büchern oder sit-ins gegen physische Gewalt kämpfen. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, auf das Feld des Gegners. Anders formuliert: diese Gesellschaft beruht darauf, daß sie unmittelbare physische Gewalt ökonomisiert und in der Alltäglichkeit verschleiert hat.

politisch durchblicken und deren Durchblick 'ne Perpektive ist, für die sie stehen und die in der Lage sind, das alte Gebrauchswertgegurgel und Bedürfnisgebetbuch zu überwinden und in jeder politischen Situation zwei Dinge kapieren: wir wollen immer etwas ganz konkretes, jede Aktion hat ein angehbares Ziel **und** was untrennbar und genauso wichtig ist, wir wollen in jeder Aktion mehr werden, und nicht nur mehr Beine und Arme, sondern mehr an politischem Verstand und Fähigkeit.

Also resümierend: die Frage der Militanz ist erstmal eine Frage unserer Politik. Wenn die Einschätzung richtig ist, daß aus unterschiedlichen Gründen unsere politische Massenarbeit in den verschiedenen Bereichen nahezu verschwunden ist, so ist die militante Strategie eine politische Verzweiflungstat die ausdrückt, daß man noch kämpfen kann aber nicht mehr politisch sondern sprachlos-existenziell. Die Parole- 'Widerstand ist möglich' fiel dann wie ein Bummerang auf die Linksradikalen zurück. Wenn schon die anderen nicht kämpften, so mußte man selber zwanghaft unbegriffen den Anspruch der eigenen Parole einlösen und die 'Schlacht' beginnen. Es ist richtig, wenn gesagt wird, daß der Kampf für die Identitatsbestimmung der Linksradikalen notwendig und folgerichtig war, aber darüber kann man keineswegs glücklich sein, denn diese Identität, die wir zur Zeit haben, ist prekär, mehr existenziell „wir sind noch da", denn massenhaft-politisch.

Dann hat man sich über die 'Schlacht', die notwendige Selbstkritik auf seine Politik verbaut, d. h. die Frustration die im Häuserkampf eingetreten ist und die Blockräumung ganz offenbar gemacht hat, die aber produktiv nach innen gewendet werden könnte, erspart man sich durch eine Jubelei der Tat und Schlagkraft. Die hat zudem den Vorteil das sie von nicht mindestens ebenso mutigen und existenziell sich hineinwerfenden Genossen oder Genossinnen nicht mehr kritisiert werden kann, weil sie auf die Ebene der subjektiven Angstlichkeit gezogen wird.



Revolutionäre werktags

In irgendeiner Weise machen alle Linken die traurige Erfahrung, daß sie zwei Existenzen führen (am klarsten bei den Leninisten aller Sorten, aber auch die andern.) „Sonntags" Partei, „werktags" Gewerkschaft; „sonntags" politisch, „werktags" ökonomisch; sonntags Kampf gegen das Lohnsystem, werktags auf dem Boden des Lohnsystems; sonntags wollen wir alles, werktags etwas; sonntags systemtranszendent, werktags immanent; und so weiter. Die Verbindung wird hergestellt durch die Interpretation, d. h. die Theorie, auch wohl durch die Durchsetzungsenergie, sprich Militanz, Absage an den Legalismus. Bei den Spontis kommen die Momente dazu, in denen sich manifestiert, daß wir im Kampf „schon etwas haben wollen": die kulturrevolutionären Geschichten, vom Zur-Scene-Gehören bis zu wirklichen Veränderungen im Leben der anderen, die es auch gibt. Und (was auch dazu gehört): „Selbsthilfe": daß man nicht nur durch Druck auf existierende, legale Organisationen etwas erreichen will, sondern man nimmt sich ein Haus, hebt Arbeitsteilung und Autoritätsstrukturen auf (im kleinen Rahmen, aber immerhin) usw. Doch beides bleibt begrenzt, hebt die Trennung zwischen „sonntags" und „werktags" jedenfalls **nach außen** nicht auf, gegenüber denen, die wir noch gewinnen wollen.

Schade --- aber wahr, und realistisch, denkt man. Aber der Frankfurter Häuserkampf „war und ist in Ansätzen eine **linksradikale Massenbewegung**. Was heißt das ? . . . Der Frankfurter Häuserrat war nie nur eines von beiden, sondern immer beides: nicht Mietergewerkschaft, noch revolutionäre Partei, sondern ein revolutionärer Massenorganismus. . . Der Häuserrat hat konkrete Massenarbeit gemacht, hat Mieter beraten, hat den Emigranten geholfen, . . .'– und hat das nie als Bürgergewerkschaft, sondern immer als **revolutionäre** Organisation getan und wurde akzeptiert."

Nicht weil das nicht große Klasse wäre, sondern weil es zu schön klingt um wahr zu sein, sollte man diesem Anspruch einmal nachgehen. Die entscheidende Frage, weshalb diese sonntags-werktags-Trennung sich sonst immer wieder durchsetzt, ist doch: wie werden revolutionäre Gruppen/Bewegungen/Organisationen kontinuierlich von denen akzeptiert, die sich in ihren unmittelbaren Tagesinteressen – Lohn, Arbeitsplatz, Wohnung, Erziehung, nicht für dumm verkaufen lassen ? ? ? Wie können solche Lernprozesse verlaufen, die klarmachen (praktisch), daß solche Interessen im Kapitalismus immer wieder unterdrückt werden? Das heißt: nicht wenn der Häuserrat von denen, die eh schon nichts mehr vom System halten, auch für die Vertretung von Tagesinteressen akzeptiert wird, hat er für diese alte Spaltung hinausgeführt; das wäre geschenkt. Sondern erst, wenn er wirklich von „Menschen" (und am besten: Arbeitern) akzeptiert wird, die zwar interessenbewußt, aber keine Revolutionäre sind, und auf diese Weise vielleicht welche werden können.

Vor diesem Hintergrund fragt man sich und den Häuserrat (und übrigens auch die Lotta Continua):was bedeutet zum Beispiel der Konflikt mit der Unione Inquilini? Wenn es richtig ist, was man von itlaienischen Genossen hören kann: die italienischen Mieter diskutieren politisch mit den Linksradikalen, aber ihre Tagesinteressen lassen sie von der Unione vertreten – und die Unione lehnt genau wegen seiner revolutionären Kampfinhalte und Kampfformen den Häuserrat ab: wäre das nicht eher ein Argument dafür, zunächst einmal eine Form der Interessenvertretung zu unterstützen, die eben dem Bewußtsein und den Erfahrungen solcher Kollegen entspricht? („radikal-reformistisch" von mir aus, aber nicht als politische Konzeption, sondern als die Brötchen, die man eben backen kann). Da ergäben sich dann alle Probleme, die man in der Betriebsarbeit unter dem Thema Gewerkschafts-Opposition diskutiert: nicht darin aufgehen, weitergehende Inhalte und Kampfformen innerhalb und außerhalb solcher Organisationen zu vertreten – **aber** eben erstmal: unterstützen, weil sie der massenhaft mögliche Ausdruck der Bewegung in diesem Bereich sind. – Was bedeutet zum Beispiel die Abwesenheit der städtischen Mieter bei den letzten Wohnungskämpfen, Tribunalen, etc.? Es gab Verbindungen und Kooperationsbereitschaft, sogar in öffentlichen Veranstaltungen, zum Teil über bestimmte Stadtteilgruppen – wieso ist das eingeschlafen? – Was ist mit dem Mieterbund? Spielt er absolut keine Rolle, oder ist er mehr der Arm der SPD in einer möglichen Mieterbewegung, der zwar als Mitgliedsorganisation keine Rolle spielt, aber Rechtsberatung usw. wahrnimmt und die Mieter dabei nach Kräften abwiegelt?

Hat das Mieterzentrum, hat der Häuserrat jemals als Mieterberatung mit irgendwelchen „normalen" Mietern) den Mieterbund schachmatt gesetzt, ihn öffentlich entlarvt und denunziert, ihn zu einer Auseinandersetzung gezwungen?

Auch wenn die Antworten auf alle diese Fragen den Anspruch revolutionärer Tagespolitik etwas relativieren mögen – man kann wohl nicht bestreiten, daß der Häuserrat begrenzt diese Rolle revolutionärer Interessenvertretung gehabt hat. Nur: sein Drohvermögen in Tageskämpfen (und das hatte er) beruhte auf der eigenen Militanz der Studenten/Linksradikalen, für die Emigranten zu kämpfen, nicht aber (und das würde seinen Anspruch revolutionärer Tagespolitik erst wahr machen) auf der Militanz der betroffenen Arbeiter, Emigranten oder Deutsche, **für sich selber**. (Entscheidend wäre hier einmal zu untersuchen, nicht so sehr warum die Teilnahme von Emigranten an Hausbesetzungen selten war und seltener wurde, das ist klar wegen der unmittelbaren Repression, sondern warum auch die Mietstreikbewegung den Bach runterging, die sich „nur" ökonomischen Druck gegenübersah.) Und zum andern gab es eine Drohfähigkeit durch Jusos und linke SPD die man noch irgendwo an ihrem eigenen Anspruch packen konnte – was nicht schlecht ist, solange man das nicht zu seiner eigenen Basis macht, aber was doch bedeutet: die „nichtrevolutionären Tageskämpfe" führen zunächst andere, auf die man dann angewiesen ist. Nicht umsonst das Bündnis Jusos-Unione Inquilini.

'Alles'- was ist denn das ?

Bevor sich nicht ernsthaft „normale" inländische oder massenhaft ausländische Arbeiter/Angestellten-Mieter in die Kämpfe, in die kollektive Interessenvertretung, die der Häuserrat darstellt, eingegliedert haben, sollte man sich nicht mit dem Anspruch revolutionärer Tagespolitik schmücken – einfach deshalb, weil das für die Frage: wie können sich heute Arbeiter in den Wohnblocks, Siedlungen, Stadtteilen organisieren, eine Fata morgana bleibt. Nur weil Studenten/Linksradikale auch Mieter sind und exemplarische Aktionen vormachen können, geschehen im Wohnungskampf noch nicht die Wunder, die im Betrieb nicht passiert sind. Ein Organisationskonzept, das nur auf die „Scene" paßt und außerhalb nicht, hilft nicht weiter. Das Sicherheitsbedürfnis, der Legalismus existieren für die Arbeiter als Mieter genauso wie im Betrieb. Vielleicht sollte man die Frage der Mitarbeit in der Unione Inquilini, evtl. bestimmten Bürgerinitiativen und Mieterkomitees ähnlich stellen wie die Frage der Gewerkschaftsopposition, also: wenn das die fortgeschrittensten Formen von Interessenvertretung sind, wie können wir sie unterstützen und trotzdem nicht in ihnen aufgehen? (In Berlin und im Ruhrgebiet gibt es Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften auch nach Stadtteilen; sowas könnte wichtig werden.) Der Wohnungskampf hat den großen Vorteil, daß Studenten/Linksradikale selbst ihre eigene „Massen"avantgarde sein können, wodurch eben diese exemplarischen Aktionen möglich werden. Aber den Vorteil verschenkt man, wenn man das zum Modell für Mieter-/Wohnungs-/Stadtteil-Massenarbeit überhaupt macht. Vielleicht sollte man damit rechnen, daß sich „normale" Interessenvertretungen bilden, was sich ja zaghaft auch schon tut, und sich vorbereitet, dadrin zu arbeiten.

Umso wichtiger würde es dann, klar die weiterreichenden Inhalte des studentischen/jugendlichen Häuserkampfs herauszuarbeiten: „Wir wollen leben" /Kulturrevolution/Kollektivität/Kommunikation/ Gleichheit/Solidarität (Prozentmiete) etc. Aber das sind halt (noch) nicht die Hüte, die sich die Arbeiter selber auf den Kopf stülpen.

Werktags schmeckts nicht so gut. Aber vielleicht sitzen mehr am Tisch als nur wir.

Häuserkampf und Klassenkampf

Wenn der HR die Kritik an der Isolation einer militant-radikalen Wohnungspolitik zurückweist, greift er in letzter Instanz zu einem Bezugsrahmen, der erst seit diesem Sommer **positiv** in ihre Begründungszusammenhang linker Politik eingeht: die Situation des Klassenkampfs in der BRD.

Die These ist: Der Aktionismus der studentischen Revolte der Jahre 1966 – 69 blieb objektiv isoliert, da die Kämpfe in anderen gesellschaftlichen Bereichen primär im Bereich der Fabrik sich erst allmählich zu radikalisieren und auszuweiten begannen (Sept.-Streiks '69). Der heiße Sommer 1973 hat, so WWA, den linksradikalen Durchbruch bei einem wesentlichen Teil der multinationalen Arbeiterklasse in der BRD gebracht, dessen signifikantestes Exempel der Ford-Streik ist. Hier haben nicht länger die Studenten eine radikale, von den traditionellen Verwaltungsinstitutionen autonome (z. T. gegen sie gerichtete) Interessenpolitik verfochten, sondern die Emigranten. Die Konstituierung einer linksradikalen bundesrepublikanischen Arbeiteravantgarde veränderte auch den objektiven Zusammenhang der anderen Kämpfe. Die linksradikalen Arbeiter von Köln und die linksradikalen Intellektuellen von Frankfurt konstituierten sich sozusagen gegenseitig als Avantgarden in verschiedenen Abschnitten des Klassenkampfes in der BRD. Was in Ffm immer nur propagiert wurde, nämlich Klassenkampf, wird nun durch die inhaltliche Verbindung zu der Politik in den Betrieben auch in Frankfurts Straßen Realität. Was die Linksradikalen Häuserkämpfer allein nicht schafften, soll ihnen nun durch eine klassenkampftheoretische Bestimmung zukommen – eine Avantgarde der Massen im Wohnungskampf zu sein.

Diese Bestimmung enthält zwei zu problematisierende Teile, die Avantgardebestimmung der Emigranten für das Proletariat in der BRD und den politischen Anschluß der Häuserkämpfer an diese Avantgarde.

1. Es soll hier nicht eine Diskussion über die Zusammensetzung des Proletariats in der BRD und die multinationalen Avantgarden versucht werden, doch erscheint es uns nicht unproblematisch beim heutigen Stand der Kämpfe und der politischen Theoriebildung, die multinationalen Radikalen zur linksradikalen Avantgarde des Proletariats hier und heute zu bestimmen. Das Verhältnis von Suppe (Tarifrunden und Gewerkschaftsopposition) und Salz bedarf auch im RK noch einer ausgiebigen Diskussion. Bei aller Ambivalenz hat aber die Bestimmung der Fordkämpfer als Avantgarde mehr für sich, einfach aufgrund ihrer Klassenlage, als die andere Seite der Medaille.

2. Häuserrat als Avantgarde des Wohnungskampfs? Die Schwierigkeit der Bestimmung der Häuserkämpfer als Avantgarde, wie sie vom HR vorgenommen wird, liegt gerade darin, daß zwar immer deklamatorisch die prinzipielle Ausweitbarkeit und die Sprengung der sozialen Isolation der Kämpfer beschworen wird, faktisch aber die soziale Isolation auf das studentische und intellektuelle Milieu weiterhin besteht. Avantgarde des Häuserkampfs zu sein heißt doch, die radikale Politik muß perspektivisch von den Massen aufnehmbar und fortführbar sein, sie muß sich in den anderen Teilen des Wohnungskampfes reflektieren und praktisch niederschlagen. Die Aufzählung von Mieterstreiks der Emigranten, ABG und pi pa po allein bringt es nicht, sondern ihr Verhältnis zueinander macht erst mal klar, ob man von einer Bewegung, und von den studentischen Militanten als deren Avantgarde sprechen kann. Es ist ja auch möglich, daß sich die Strategie der permanenten Hausbesetzungen und der darüber eingeleitete Zyklus von massiver Gewalt und Militanz nur im Kontext eines aus der studentischen Revolte verlängerten Erfahrungsmoments verstehen und fortführen läßt, d. h., daß die Verallgemeinerung **dieser** Momente des Wohnungskampfs über das Sponti-Milieu hinaus massive Schwierigkeiten bringen wird. Die Strategie der Hausbesetzungen und damit einhergehenden Militanz ist in Ffm. weder aus den Bedürfnissen der sozial geschädigten oder der Emigranten entstanden, und Ffm. (oder Rüsselsheim) liegt trotz vielfachen Wunsches nicht in Italien. Die partielle Anteilnahme gerade der Emigranten an den ersten Hausbesetzungen ist nach einer näheren Überprüfung der subjektiven Folgen nicht fortgeführt worden oder zumindest in solche Bahnen gekommen, daß eine massive Repression nicht zu erwarten war – auf alle Fälle ist es keine massenhafte Strategie für sie. Auch steht nicht zu erwarten, daß in nächster Zeit dieser Teil des Wohnungskampfs für die proletarischen Schichten im Vordergrund stehen wird. Bleibt man also bei einem Rekurs auf seine eigenen Interessen. Über die Berechtigung unserer Interessen an der Erhaltung eines Wohngebiets, das aufgrund seiner Lage und Wohnraumausstattung ideal für studentische und intellektuelle Kollektivbedürfnisse sich darbietet, gibt es keinen Zweifel. Und das KPD/KBW-Argument, daß man sich hier proletarischen Bedürfnissen unterzuordnen hätte, ist abstrus. Dennoch stellt sich mit dieser Bestimmung eines studentischen Wohnungskampfes, der zwar abstrakt ein über sein soziales Milieu hinausgehendes Bedürfnis artikuliert, in dem konkreten Zusammenhang aber wesentlich an seiner eigenen Interessenlage haften bleibt (die kulturrevolutionären Momente und kollektiven Bedürfnisse sind heute unser praktischer Ansatzpunkt in dem **wir** in Widerspruch zu dem System geraten. Aber wir sehen nicht, wie man sie praktisch über bestimmte Lehrlings- und Jugendarbeiterkreise hinaus vermassen könnte.), das Problem einer für die gesamte Wohnungsbewegung geltenden Avantgarde verschärft. Unsere These ist, daß aufgrund der spezifischen Konfliktstruktur der Hausbesetzungen und des Zyklus der Gewalt (Besetzung, Verteidigung, Räumung, Widerstand) hier in Ffm. es zu einer Eskalation der Auseinandersetzung gekommen ist, die keinen eigentlichen Fuß in den tagtäglichen Konflikten der Masse der Mieter hat und haben wird. Solange die Militanz nur an einen spezifischen Teil des Wohnungskampfs, die besetzten Häuser gebunden ist, solange bleibt sie eine Militanz, die unsere ist, für die man Schulterklopfen und Anerkennung maximal erntet, aber keine praktische Ausweitung und Einbeziehung von relevanten Mietergruppen.

Konsequenz daraus ist: Die Wohnungspolitik und Stadtteilarbeit wird sich mehr als bisher an den Problemen der davon Betroffenen und nicht an den Projektionen unserer Bedürfnisse auf andere Gruppen orientieren müssen, und erst wenn es einen realen Vermittlungszusammenhang zwischen den studentischen und nicht-studentischen Inhalten des Wohnungskampfes gibt, und der muß sich über die abstrakte, passive Solidarisierung oder über einen ominösen Echoeffekt hinausgehen, erst dann kann man das Problem der Avantgarde ernsthaft stellen und diskutieren.

In der Bestimmung, wie sie heute vom HR vorgenommen wird, bleibt die Avantgardefunktion nur legitimatorisch und ihrem kargen Inhalt wird der purpurne Mantel des objektiven Geschichtsverlaufs umgehängt, damit das arme Würstchen den Anschein eines Erbprinzen bekommt.

D. h.: Wenn die Fordarbeiter zuschlagen, so hat sich das als historische und logische Konsequenz **ihres** Arbeiterkampfes in der allgemeinen Situation der Klassenkämpfe in der BRD entwickelt und bedarf keiner wie immer objektivierten geschichtlichen Legitimation. Deren Gewalt ist unmittelbares Produkt des Kampfes der Klasse.

Der Klassenkampf, den wir hier in Ffm. in Form des Häuserkampfes austragen, hat als sozialer Träger nach wie vor uns, d. h. die linke scene, allein. Die Inhalte können **allgemein** gefaßt politische Perspektive für weite Teile der 'Bevölkerung' bieten, **konkret** wie sie sich stellen sind sie eine Perspektive für uns, und das ist nicht schlecht, sondern gut, aber ein gewaltiger Unterschied gegenüber der Bestimmung einer Avantgardefunktion in einem zentralen Abschnitt des allgemeinen Klassenkampfes.

NC für Lehrer!

Obwohl es in der letzten Zeit immer mehr durch die Studentenbewegung politisierte Genossen gibt, die an die Schule gehen und dort versuchen, eine politische Perspektive zu finden, war davon in der WWA bisher nichts zu spüren. Es ist anzunehmen, daß auch eine Menge Schüler die WWA lesen, aber – wenn überhaupt – woanders über die Schule diskutieren. Einige Genossen sind der Meinung, daß in einer der nächsten WWAs die Diskussion darüber beginnen sollte.

Unmittelbarer Anlaß ist einmal die spontane Initiative und massenhafte Teilnahme von Schülern beim Kampf gegen den FVV, wovon die Frankfurter Polit-Szene überrascht wurde, und die Schwierigkeiten, wie es nach dem schnellen Aufflackern der Kämpfe weitergehen kann – gerade auch an den Schulen. Zum anderen die immer zahlreicheren Versuche, linke Lehrer zu disziplinieren und gleichzeitig die eh' schon beschissenen Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer weiter zu verschlechtern.

In Hessen gibt es jetzt mit Beginn des neuen Schuljahres den Numerus Clausus (NC), und ein Übernahmestopp für „fertige" Referendare deutet sich an. Bewerbern für die Referendarausbildung werden seit einem Monat in Hessen Ablehnungsschreiben geschickt mit den obskursten Begründungen. In Frankfurt sind bei der GEW mindestens 350 solche Schreiben bekannt, ohne daß bisher irgendwelche Reaktionen der Gewerkschaft bekannt geworden sind. Was wir bisher rauskriegen konnten, war, daß

1. In Hessen aus anderen Bundesländern niemand angenommen wird,
2. Die Fächerkombinationen Geschichte und Sozialkunde am häufigsten abgelehnt wird,
3. Die Noten des Staatsexamens eine Rolle spielen.

Wir wissen, daß z.B. nicht nur in Hessen, sondern auch in Nordrhein-Westfalen von den Bewerbern sämtliche Wohnanschriften der letzten 5 Jahre verlangt werden. Zwei Kollegen, die dagegen klagen, haben von der GEW keinen Rechtsschutz erhalten (Info der Initiative gegen Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Mai 74, Nr. 2). „Zufällig" ab 1968 sollen Adressen angegeben werden. Hier besteht wohl nicht nur zeitlich ein Zusammenhang zur Studentenbewegung. So erfährt man halt auch bequem, wer in besetzten Häusern, Mietstreikwohnungen oder Wohngemeinschaften wohnt. „Flankierende Maßnahmen" sind Fragen bei Einstellungsgesprächen nach Wohngemeinschaften, schwarze Liste über politische Aktivitäten von Personalräten, Fotos von Demonstrationsteilnehmern und aktenkundige Notizen, wessen Auto in der Nähe von Versammlungsorten geparkt war. So komplettieren Kultusministerium und Verfassungsschutz über „Personalakten". Die politische Überwachung wird immer perfekter. Jeder Bewerber wird routinemäßig vom Verfassungsschutz überprüft. Ausweichen auf andere Bundesländer soll unmöglich gemacht werden.

Wir vermuten nun, daß es in anderen Bundesländern genauso zugeht, haben aber weder Informationen darüber noch Kontakte zu Lehrergenossen oder Schülergruppen.

Schreibt uns, inwieweit diese Repressionswelle auch schon woanders läuft und wer sich wie dagegen wehrt. Aber dieser Kampf gegen die Repressions- und Bespitzelungsversuche der Kultusbürokratien kann nur dann Erfolg haben, wenn uns gelingt, eine Perspektive von linksradikaler Arbeit in der Schule selbst zu finden. (Problem Zusammenarbeit Lehrer–Schüler, linke Unterrichtsinhalte und -formen, Zusammenhang politischer Arbeit in der Schule mit Stadtteilarbeit.) Schreibt also auch, wenn ihr damit Erfahrungen geamcht habt.

ein paar Frankfurter
Adresse: SC-Info
6 Ffm.
Postf. 4202

Der Regierungspräsident in Darmstadt — Darmstadt, den 28. Mai 1974
Tel.: 12 3122

Betr.: Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien
Bezug: Ihr Antrag vom 22.3.1974
Anlage: Bewerbungsunterlagen

Sehr geehrte Genossin!

Zu dem am 1. August 1974 beginnenden Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien hat sich eine unerwartet große Anzahl von Bewerbern gemeldet.

Nach § 6 Abs. 5 der Verordnung über die pädagogische Ausbildung und Prüfung für das Lehramt an Gymnasien vom 5.4.1953 (GVBl. I S. 37) in der Fassung vom 2.10.1969 (GVBl. I S. 192) muß die Zulassung eines Bewerbers versagt werden, wenn die ordnungsgemäße Ausbildung der Studienreferendare durch Überfüllung der Studienseminare gefährdet ist.

Ich bedauere es daher, Ihrem Antrag auf Zulassung zum pädagogischen Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien nicht entsprechen zu können.

Anbei gebe ich Ihnen die eingereichten Bewerbungsunterlagen zu meiner Entlastung zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage
gez. Piechaczek
Beglaubigt



Angestellte



„Bis nächste Woche, liebe Fernseher, gleiche Zeit, gleicher Kanal, da zeigen wir Ihnen, was für ein Arschloch ein anderer führender Politiker ist"

FDPLP zu: Ma'alot

Wir bringen die Darstellung der FDPLP (demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas). Die FDPLP ist in der Dachorganisation PLO, der Vertretung des palästinensischen Volkes:

I. Der Kampf am frühen Morgen des 15.5.74, dem Tag der Errichtung des rassistischen, zionistischen Staates Israel, richtete sich nicht gegen Kinder, so wie es die westliche Presse auch hier in der BRD darzustellen versuchte. Denn selbst die israelischen Zeitungen und Radiomeldungen bestätigten, daß das Alter der Getöteten zwischen 15 und 21 Jahren liegt. Diese jungen Menschen befanden sich in Maalot zu militärischen Übungen und Ausbildungslehrgängen, die das israelische Verteidigungsministerium und Kultusministerium in Zusammenarbeit durchführen. Hiermit sollen die Jugendlichen sehr früh für den Militärdienst geworben werden.

II. Die drei Fedajin gehörten zu einer organisierten Widerstandsbewegung aus den besetzten Gebieten und sind nicht vom Libanon aus nach Israel gekommen, wie der israelische Staat versuchte darzustellen, denn eine Lehrerin der Schule berichtete, daß sie einen der Widerstandskämpfer aus Maalot kannte, bzw. ihn öfter dort gesehen hatte. Deshalb ist der Vergeltungsschlag auf libanesische Dörfer und palästinensische Lager scharf zu verurteilen.

III. Die drei Partisanen übergaben einer israelischen Krankenschwester eine schriftliche Erklärung mit den genauen Forderungen, die an den französischen und rumänischen Botschafter, an das israelische Rote Kreuz und an die Regierung überreicht werden sollte. Man versprach, daß den Geiseln nichts geschehe, sofern die Bedingungen erfüllt würden, und daß ihr Leben vom Verhalten der israelischen Regierung und ihrer Organe abhängig sei.

IV. Die Forderungen waren: Freilassung aller namentlich aufgeführten palästinensischen und israelischen politischen Gefangenen. (In Israel gibt es seit einigen Jahren jüdische Organisationen, die gegen Willkür und Unterdrückung, Zionismus und Rassismus kämpfen.)

V. Die Forderungen der Fedajin wurden erst am Nachmittag dem französischen und rumänischen Botschafter übergeben.

VI. Israel hatte 14 Stunden Zeit, aber die faschistische Regierung Meirs und Dayahns spielte wie immer nur Verzögerungstaktik.

VII. Mit dem Angriff der israelischen Militäreinheiten auf die Schule in Maalot **vor Ablauf der Frist** übernimmt allein die barbarische Regierung Israels die Schuld für den Tod der Geiseln und der Fedajin!

Karlsruhe (ID)

Bullen schießen für die chilenischen Faschisten

26. Mai

Am 16. Mai sollten in der Stadthalle in Karlsruhe die „Los Huasos Quincheros", der Propagandatrupp der chilenischen Junta „Südamerikanische Folklore" vorführen. Nachdem am Vorabend in Frankfurt der Auftritt verhindert wurde, fiel die Veranstaltung in Karlsruhe „wegen Krankheit" aus. Mehrere hundert Antifaschisten demonstrierten vor der Stadthalle gegen den Terror in Chile. Während der Kundgebung offenbarten sich ein paar verhinderte „Konzertbesucher", die offen die Militärjunta unterstützten, deren Morde und Folterungen. Angesichts dieser Provokation bekam eine großbürgerliche, chilenische Faschistin eine schallende Ohrfeige. Darauf schlugen sie und ihre Freundin mit Fäusten und Luxushandtaschen auf Demonstranten ein, zwei Bullen stürzten herbei und wollten einen Antifaschisten (natürlich!) aus der Menge verhaften. Dies gelang ihnen nicht, da die Genossen es nicht zuließen. Die Bullen zückten ihre Gummiknüppel und schlugen wild um sich, bis einer ihn abgenommen bekam. Sie hatten sich getäuscht, wenn sie glaubten, jemanden von der Demonstration wegschleppen zu können. Schließlich zog ein Bulle seine Pistole und feuerte über die Köpfe der Demonstranten („putative Abwehr"). Auch dadurch ließen sich die Genossen nicht einschüchtern, sondern die Bullen mußten, nachdem einer von ihnen über ein Bein stolperte und voll aufs Maul flog, von der beabsichtigten Festnahme ablassen – sie gelang nicht.

Kurz darauf entfalteten die Bullen in Karlsruhe ihre Fahndung: Straßensperren, an denen nur junge Leute angehalten wurden; Fußgänger wurden überprüft und gegenübergestellt.

Der Schußwaffengebrauch und die noch nicht mal stattgefundene Festnahme haben die bürgerliche Presse wie die örtliche BNN dazu bewogen, die Karlsruher Solidaritätsaktionen für die Menschen in Chile totzuschweigen.

Belfast (ID)

Bürgerkriegslehrgang für Polizei aus NRW

1. Juni

In der letzten Mai-Woche war eine Delegation höherer Polizeioffiziere aus NRW (Landespolizeischule Hiltrup) nach Belfast eingeladen.

Sie sollte dort an Ort und Stelle die Methoden der Belfaster Polizei zur Bekämpfung der „politischen Gewaltkriminalität" – insbesondere das Vorgehen gegen die guerilla-ähnliche IRA und Protestantengruppen – studieren. Einen Tag vor Besuchsantritt mußte der Besuch von Belfast aus abgesagt werden, da die dort verantwortliche Polizeidienststelle inzwischen ausgebombt worden war.

NEUERSCHEINUNG

Das Frankfurter Tribunal:
FOLTERT DIE POLIZEI?
Mega-Flugschrift Nr. 1
Herausgeber: Häuserrat, Wenzel, Roth
Beiträge von: Häuserrat, Zwerenz, Roth, Manfred Clemenz, Karsten Voigt, Revolutionärer Kampf
Kostenpunkt ca. 6,00 DM
Erhältlich in allen Buchhandlungen

Mitten während der Fahrpreiskampagne:

Studentenparlamentswahlen an der Frankfurter Uni!

Der Frankfurter – politisch vor allem von der SHI getragene – AStA wurde in der letzten Zeit wegen seiner Unterstützung des Häuserkampfs von den CDU/SPD/FDP-Politikern und der bürgerlichen Presse ungeheuer heftig verteufelt:

- Unipräsident Kantzenbach sperrte dem Asta die Konten und rückt Geld nur noch für die unmittelbaren studentischen Belange raus – eine Sache, die vor allem von der FAZ und dem „Bund Freiheit der Wissenschaft" begrüßt wurde.
- Die Räume des AStA wurden mehrmals von einem Riesenaufgebot von Bullen verwüstet – sogenannt „durchsucht".
- Der Asta-Vorsitzende wurde eingeknastet und wegen Landfriedensbruch angezeigt.
- Bullenchef Müller meinte insgesamt: „Der Asta ist für uns kein seriöser Gesprächspartner mehr."
- Im hessischen Landtag forderte die SPD-Fraktion in einer Resolution die **„demokratischen Studenten der Frankfurter Universität auf, sich von den auf Gewalt und Chaos abzielenden Aktionen anarchistischer Gruppen zu distanzieren"**. Dazu wurde die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen gefordert.

Nun, jetzt also gab's zwar keine **Neu**wahlen, sondern die eh' anstehenden – mit folgenden Ergebnissen: (bei einer Wahlbeteiligung von 30,3 %)

Sitzverteilung im Studentenparlament:

	1974	73	72
SHI (linksradikal)	7	7	6
Jusos (. . . . .)	4	–	–
RCDS (ganz rechts)	4	3	2
KSB (Stud.organ. KBW)	2	2	2
ADS (rechts)	2	5	6
Spartakus (. . . . .)	1	2	1
LHG/Judos („liberal")	1	–	–
SHB (DKP-nah)	1	3	5

NACHTRAG zur Finanzlage der WWA

In der Nr. 16 der WWA wurden die Gründe für die schlechte finanzielle Situation der Zeitung unzureichend bzw. falsch benannt, weswegen wir hier noch ein paar Punkte hinzufügen möchten:

1. Die „schlechte Vertriebsorganisation" hat nur sehr, sehr wenig mit der finanziellen Lage zu tun, denn zum einen war der Vertrieb nicht allgemein „schlecht organisiert", sondern es hat lediglich einige organisatorische Pannen gegeben, weil die mit der Vertriebsarbeit betrauten Genossen durch andere Arbeiten und Schwierigkeiten hoffnungslos überlastet gewesen sind. Seit einigen Wochen ist dies Problem durch gemeinsame Anstrengungen weitgehend behoben worden.

2. Die Auflagensteigerung war nicht möglich, weil *nur wir* (unterstützt vom Trikont-Verlag) Werbung für die Zeitung betrieben haben, die Redaktionsgruppen jedoch aus personellen Gründen nicht dazu in der Lage gewesen sind, was sich ja – wie angekündigt – ändern soll.

3. Der entstandene Verlust ist nicht bedingt durch nicht bezahlte Zeitungen, wie es in der Erklärung in der letzten Nummer den Anschein hat, denn alle Abnehmer – bis auf eine der Redaktionsgruppen – haben die Zeitungen, wenn auch meist mit erheblichen Verzögerungen, bezahlt.



4. Vielmehr ist die Hauptursache für das Defizit, daß bei der Auflage der Zeitung 14 - 16 Seiten von Anfang an der einzig mögliche Umfang gewesen wäre, daß dieser Umfang jedoch bei jeder Nummer, meistens sogar ganz erheblich, überschritten worden ist. Deshalb kann *jetzt* auf keinen Fall mehr die Seitenzahl überschritten werden! Vor dem ersten Erscheinen der WWA wurden zwischen uns und den Redaktionsgruppen aufgrund der Produktions- und Vertriebskosten durchschnittlich 14 - 16 Seiten vereinbart worden.

5. Währenddessen steigt zusätzlich der Papierpreis unaufhörlichan. Von Herbst 73 bis Juli 74 ist das verwendete Papier ca. 75% teurer geworden. Das Ausweichen auf billigere Sorten wird sehr erschwert, weil diese Papiere bis zu 5 und mehr Monate Lieferzeit haben.

Eine Preiserhöhung kann nur umgangen werden, wenn der Spendeneingang erheblich zunimmt. Schreibt, was Ihr davon haltet, ob Ihr mehr zu bezahlen bereit wärt, und schickt bitte Spenden auf das Konto 4684-852 (Wir Wollen Alles) beim Postscheckamt Nürnberg.

Politladen Erlangen - Druckerei und Verlag

WWA 17 — Zum Erscheinungstag der Juni - Nummer

Letzter Manuskripteingang Freitag, 21. Juni
Satzende Samstag, 22. Juni
Umbruch durch die Redaktion Sonntag/Montag, 23./24. Juni
Druckende, Dienstag, 25. Juni
Falzarbeiten beim Buchbinder Mittwoch, 26. Juni
Auslieferung der Gruppenbestellungen (nicht zusammengelegte Exemplare) Donnerstag, 27. Juni
Zusammenlegearbeiten in Erlangen 27.6. und Freitag, 28. Juni
Auslieferung der Restauflage Montag, 1. Juli, weil die Post Samstag kein Postzeitungsgut annimmt.

Politladen – Vertrieb und Druckerei

„Schwarze Listen" geplant?

Länderinnenminister wollen sich über Radikale informieren

FR 15.6.74 *Von unserer Mitarbeiterin*

itz BERLIN, 14. Juni. Durch gegenseitige Information sollen sich die Länder der Bundesrepublik darüber unterrichten, wer als Verfassungsfeind gilt und wer nicht. Das beschlossen die Innenminister der Länder nach Auskunft des Berliner Innensenators Kurt Neuberger am Freitag auf ihrer Konferenz im Berliner Reichstagsgebäude.

Dieser Informationsaustausch, der laut Neuberger bisher nicht funktioniert, soll die unterschiedliche Praxis auf diesem Gebiet angleichen. Der zuständige Ausschuß wurde beauftragt, die Grundlagen für eine wirksame Zusammenarbeit zu schaffen. Nach Meinung politischer Beobachter kann dies nur auf die Aufstellung von „Schwarzen Listen" hinauslaufen.

An der Sitzung der Länderinnenminister nahmen auch der frühere Bundesinnenminister Genscher und sein Nachfolger Maihofer teil. Die Minister verabschiedeten ein Programm zur Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung, um zu einer intensiveren Verbrechensbekämpfung über Ländergrenzen hinweg zu kommen.

*

BONN (ddp). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmen darin überein, daß der öffentliche Dienst „mit den gegebenen rechtsstaatlichen Mitteln von Verfassungsfeinden freigehalten werden muß". Dies teilte die Oppositionsfraktion am Freitag nach einem Gespräch mit Vertretern des DGB-Bundesvorstandes in Bonn mit. Beide Seiten hätten „die warnenden Erfahrungen aus dem Untergang der ersten deutschen Republik" betont. Die zum Teil unterschiedlichen Standpunkte zur „wirksamen Durchsetzung dieser Grundsätze", insbesondere bei der Bewertung der Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Parteien und Organisationen als Ablehnungskriterium, seien „offen und mit Respekt vor den gegenseitigen Standpunkten" erörtert worden.



An die Bewegung des 2. Juni:

Genossen,

kurz nach dem 2. Juni 1974 wurde die Leiche des 22-jährigen Studenten Ulrich Schmücker gefunden: Ihr habt die Verantwortung für seinen Tod übernommen. Aus eurem „Kommunique über Verrat" erfuhren wir: Schmücker war ein Verräter, war ein Doppelagent. Und durch eine Kugel wolltet ihr „potentiellen Verrätern die Lust am Produzieren von unsolidarischem Verhalten" nehmen. Dort steht auch euer rätselhafter Satz: „um die Bedingungen von Produktivkraft und Produktionsverhältnissen innerhalb der revolutionären Bewegung wieder ins Gleichgewicht zu bringen, wird hier im speziellen Fall Ulrich Schmücker die notwendige Konsequenz gezogen:

Eine ganze Menge Typen und Genossen waren und sind noch immer von eurer Aktion begeistert: „endlich" – „Tod den Verrätern" – „das wurde wirklich Zeit" – „die Reihen der Revolutionäre müssen von den Verrätern gesäubert werden" usw. Unter diesen sind auch einige Stalinisten, die auf eure Aktion neidisch sind, weil sie nach ihrem eigenen Geschmack ist. Aber auch viele Typen, die mal hier und da mitmachen, schnell frustriert sind, in keinem festen politischen Zusammenhang stehen oder beruflich keine Perspektive haben, nicht wis-





Schmücker

sen, was sie machen sollen, riesengroße Ansprüche haben, die sich nicht erfüllen lassen: Sie stellen sich den Kapitalismus als fettes Schwein vor, und wenn sie mal wegen irgend etwas geschnappt werden, dann können sie in dem netten sozialdemokratischen Oberstaatsanwalt nicht ihren Feind wiedererkennen. Sie kommen deshalb leicht ins Schwimmen und werden im Verhör ganz schnell „weich", – weil sie bisher ganz harte Jungs sein wollten:

Solche Leute sind für den bewaffneten Kampf ungeeignet und können leicht zu Verrätern werden:

Wie man Verräter auslöscht, das habt ihr gezeigt. Aber wißt ihr auch, wie aus Genossen Verräter werden?

Diese Exekution unterschlägt die Antwort:

Bruhn; Maher, Aschenbrenner, Kuhn, Ruhland, Homann, Gräfer, Putnik, Brockmann, und Schmücker haben nicht als Verräter angefangen – und das wißt ihr.

Ihr könnt sagen, Verräter hat es immer gegeben, auch in legalen Organisationen. Stimmt, aber wir meinen, sie sind nirgends so leichtfertig mitproduziert worden wie bei euch.

Die Tötung Ulrich Schmückers ist der Versuch, das Problem des Verrats einfach nur technisch zu lösen.

Kann man das Problem des Verrats technisch lösen?

Wie kommt ihr darauf?
Weil das Kapital technische Bastionen gegen uns auffährt? Computer, Spezialwaffen, Spezialeinheiten?
Können wir den hochfrisierten technischen Apparat, der zur Bekämpfung der sozialistischen Bewegung aufgebaut worden ist, jemals nur **technisch** besiegen?
Sicher nicht.
Und wir können auch nicht an die abschreckende Wirkung einer solchen Hinrichtung glauben.
Liegen die Ursachen für Verrat nicht vielleicht in der Illusion, bewaffneter Kampf sei, wenn man sich bewaffnet?
in dem Glauben, es brauchen nur ein paar anzufangen, der Funken wird dann schon überspringen?
in der Arroganz, sich nicht mit dem „alltäglichen Kleinkram" abgeben zu wollen?
Nicht Schmücker, sondern diese Ursachen müssen beseitigt werden.

In eurer Überheblichkeit nennt ihr euch „Delegierte eines Volkstribunals"

Wer hat euch delegiert?
Sitzen in dem Tribunal Delegierte des Volkes?
Was habt ihr vom Volk gelernt?
Was hat das Volk von euch gelernt?

Was müssen wir alle lernen?

Erstens, die Fähigkeit, Selbstkritik zu üben.
Zweitens, die Fähigkeit, sich mit anderen Gruppen für bestimmte Ziele zu verbünden.
Drittens, die Fähigkeit, vom Volk zu lernen und zu begreifen, wie das Volk lernt.
Viertens, die Fähigkeit, an der Basisarbeit, an der Produktion teilzunehmen.
Das sind unsere Voraussetzungen. Wenn wir die nicht erfüllen, geht unser Kampf kaputt, ganz egal wo wir arbeiten.

Merkt ihr nicht, daß das Volk seinen Feind anders erlebt als ihr, und daß das Volk ihn in dem verzerrten Bild, das ihr vom Feind malt, nicht wiedererkennt?
Wie soll das jemals ein gemeinsamer Kampf werden, wenn wir nicht von dem ausgehen, was dem Volk bewußt ist; was es von selbst schon macht und was unterstützt werden muß.

Sprengstoff und Knarre sind zwei Mittel – unter hundert

Habt ihr das vergessen oder habt ihr das nie gewußt:
Schmidt muß man anders bekämpfen als Strauß,
die Sozialdemokraten anders als die Faschisten,
Sötje anders als Schleyer,
Mietwucher anders als Akkordschinderei,
den Abriß eines Wohnhauses anders als den § 218,
die Erhöhung der Verkehrstarife anders als das Herunterdrücken der Metall-Tarife.

Sprengstoff und Knarre sind zwei Mittel – auch für uns – aber nur zwei unter hundert.

Kann es überhaupt Spezialisten für Technik und für antiimperialistischen Kampf geben?

Ihr schreibt, der antiimperialistische Kampf ist kein Kinderspiel. Da habt ihr Recht. Es ist gut, wenn einige von uns spezielle technische Kenntnisse haben. Aber was wir nicht brauchen können, sind Genossen, die jahrelang als Spezialisten für Technik und antiimperialistischen Kampf herumlaufen. Mal Spanien, mal England, mal die Amis, mal Portugal, mal Griechenland, mal Chile – und wieder von vorn.

Auch wenn der Anschlag klappt, niemand erwischt wird, kein Unbeteiligter verletzt wird, dann ist es auch bei euch immer noch mehr Glücksache als sorgfältige Planung (Vorwarnung, nicht gerade Wohnhäuser, besser nachts als am Tag). Und das ist dann eben doch abenteuerlich.

Raus aus der Sackgasse! Nehmt an den täglichen Kämpfen des Volkes teil!

Wir glauben euch, daß antiimperialistische Solidarität euer Ziel ist, aber wir bezweifeln, daß ihr durch eure Beschränkung auf blitzartige technische Materialschlachten die antiimperialistische Solidarität auf **Dauer** festigen helft. Klar, es kommt darauf an, daß die vietnamesischen, irischen, palästinensischen, chilenischen Genossen aus den Hinterländern der Imperialisten hören, daß dort ihr Kampf unterstützt wird. Ihr aber sagt: Organisiert ihr die Demonstrationen, Feste, Sammlungen, Subbotniks, macht ihr die Lieder, Resolutionen, Basare, Zeitungen, die internationalen Kindergärten. **Wir** machen etwas anderes.

Unsere Frage: Wie lange könnt **ihr** diese Arbeitsteilung aushalten ohne auszutrocknen, ohne zu Technikern zu verkommen.

All das, was ihr als unseren Arbeitsbereich bezeichnet, stärkt doch gerade uns genauso wie euch für die Kämpfe der nächsten 25 Jahre. Wenn ihr an dieser täglichen Arbeit nicht teilnehmt, werdet ihr weiterhin Verräter produzieren helfen.

Ihr könnt uns darauf antworten: Ihr habt gut reden, wir sind illegal und ihr in Sicherheit. Wir können nicht an den täglichen legalen Arbeiten teilnehmen. Doch, ihr könnt an ihnen teilnehmen, und ihr wißt das. Viele von euch wissen auch wie. Es gibt konkrete Alternativen.

Eure speziellen Kenntnisse sind wichtig und notwendig – auch für uns. Unsere Erfahrungen sind wichtig und notwendig auch für euch. Ihr schwärmt davon „was man alles hätte tun können" – in Lippstadt, bei Ford, bei Mannesmann. Aber ihr könnt es solange nicht tun, wie ihr euch von den Lippstädtern und Fordianern immer mehr entfernt.

Westberlin, Juni 1974

Dieser Brief wurde unterschrieben von einer Reihe Genossen aus Westberliner Betrieben sowie Genossen, die in der Chile-Solidaritätsbewegung arbeiten.





Unruhen im Negerviertel

NEW YORK, 14. Juni (ddp). Zu schweren Unruhen kam es am Donnerstag in dem hauptsächlich von Schwarzen bewohnten Armenviertel des New Yorker Stadtteil Queens. Rund 100 jugendliche Neger lieferten sich mit der Polizei Straßenschlachten, wobei nach Angaben der Behörden drei Polizeibeamte verletzt wurden. Grund der Unruhen war der am Vortag erfolgte Freispruch eines New Yorker Polizisten, der einen zehnjährigen Negerjungen angeblich „aus Notwehr" erschossen hatte. Ein New Yorker Gericht hatte dem Polizisten Thomas Shea geglaubt, er habe auf den Jungen geschossen, weil dieser eine Waffe auf ihn gerichtet habe. Die Waffe ist niemals gefunden worden.

Sprengstoffanschlag gegen spanische Botschaft

Am 1.6.74 wurde gegen die spanische Botschaft in Bern ein Sprengstoffanschlag verübt, der erheblichen Sachschaden verursachte. An verschiedene Zeitungen wurde ein fotokopiertes Flugblatt verschickt: „Aktion spanische Botschaft. Jede Hinrichtung und Folterung der faschistischen Schergen in Spanien gegen anarchistische Kämpfer wird gerächt! Rache für Puig Antich, Freiheit für Sole Llobet, Viola Sanchez."



Die Polizei hat einen neuen Mord auf dem Gewissen.

Am Dienstag, 18. Juni, starb der 45-jährige Duisburger Arbeiter Günther Routhier infolge von Verletzungen, die ihm die Duisburger Polizei beigebracht hatte.

Günther Routhier hatte, als Sympathisant der KPD/ML und Arbeiter der Mannesmann/Hüttenwerke AG, einen Arbeitsgerichtsprozeß besucht. Ein anderer Mannesmann-Arbeiter klagte dagegen, daß er gekündigt worden war, weil er sich für die Kollegen im Betrieb eingesetzt hatte. Als sich während der Verhandlung unter den Zuschauern Protest erhob, stürzten sich etwa 10 Zivile, die natürlich auch im Zuschauerraum saßen, auf die Genossen und prügelten sie – bald danach mit uniformierten Polizeitrupps zusammen.

Günther Routhier wurde eine Treppe im Gerichtsgebäude hinuntergeworfen und blieb bewußtlos liegen. Gleichwohl wurde er auf den Boden des Gefangenenwagens geworfen und im Polizeipräsidium weiter mißhandelt.

Die Polizisten wurden mehrfach – u.a. von Routhiers Sohn – darauf hingewiesen, daß Routhier bluterkrank sei, also auch schon kleine Verletzungen bei ihm lebensgefährlich sind. „Märchenstunde ist morgen", war die Antwort der Schweine. Knapp zwei Wochen später war Routhier tot.

FR 21.6.74

Gehirnblutung festgestellt

DUISBURG, 20. Juni (dpa). Eine Obduktion der Leiche des am 13. Juni verstorbenen 45jährigen Invaliden Günther Routhier, von dem die KPD-ML behauptet, er sei von der Polizei erschlagen worden, hat Zeichen einer äußeren Gewalteinwirkung nicht ergeben. Das teilte der Duisburger Oberstaatsanwalt Walter Otto mit. Allerdings seien Blutungen im Gehirn festgestellt worden. Da der Mann einen sogenannten Bluterpaß besaß und der Blutgerinnungsprozeß möglicherweise krankhaft beeinflußt war, wurden von der Staatsanwaltschaft ergänzende Untersuchungen angeordnet. Routhier hatte — wie berichtet — am 5. Juni zusammen mit Mitgliedern der KPD-ML vor dem Duisburger Arbeitsgericht demonstriert. Als die Polizei die nicht angemeldete Zusammenkunft auflösen wollte, sei massiver Widerstand geleistet worden. Daraus entwickelte sich eine Schlägerei. Routhier und sechs andere Demonstranten wurden vorläufig festgenommen. Auf der Polizeiwache machte er auf seine Bluterkrankheit aufmerksam, doch nach Angaben der Polizei konnte ein herbeigerufener Arzt nichts feststellen.



HÄUSERRATS-ZEITUNG

Gegen Fahrpreiserhöhung und Polizeiterror



Seit letzten Montag versuchen mehrere tausend Demonstranten die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen. Sie kämpfen auf der Straße gegen die neuen Fahrpreise, weil inzwischen klar ist, daß alle wortreichen Proteste nach Art des DGB und der JUSOS nichts helfen und nichts ändern. Unsere Forderung ist Nulltarif, weil wir nicht zum Vergnügen mit der Straßenbahn fahren, sondern weil wir zur Arbeit und zum Einkaufen müssen. Immer mehr Banken und Versicherungen machen sich in der Innenstadt breit, Wohnraum wird zerstört, und für die verbliebenen Wohnungen steigen die Mieten. Unser Weg zur Arbeit wird immer länger. Wenn wir den Weg zur Arbeitszeit rechnen, dann haben wir heute wieder den 10-Stunden-Tag.

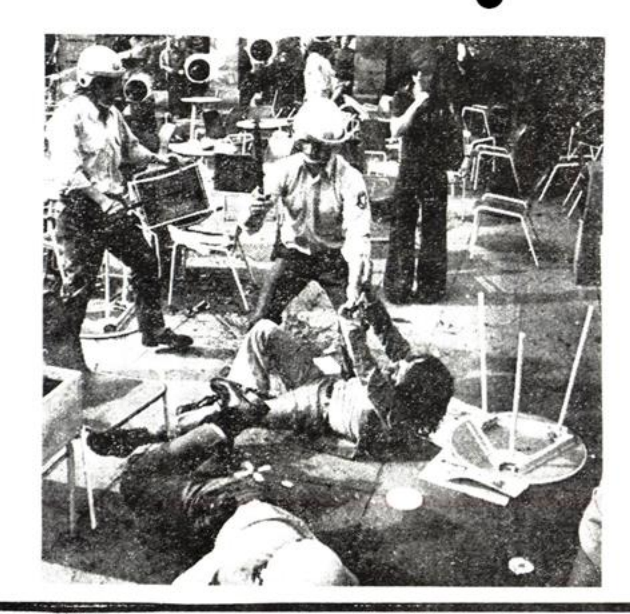
Wir fordern die Einbeziehung der Fahrzeit als Arbeitszeit!

Sollen doch die den Ausbau der Verkehrsmittel und die Fahrpreise bezahlen, die daran verdienen: die Betriebe und Geschäfte, die großen Unternehmen, die, die von unserer Arbeit leben!

Manche, die auch gegen die Fahrpreiserhöhung sind, sagen, daß Nulltarif unrealistisch ist. Aber: Wenn die Forderung nach Nulltarif unrealistisch ist, dann waren auch die Forderungen z. B. nach dem 8-Stunden-Tag und nach Schulgeldfreiheit unrealistisch. Schließlich wurden diese auch nur durch Kämpfe durchgesetzt und nicht dadurch, daß man sich die Köpfe der Kapitalisten und ihrer SPD-Helfer zerbricht, woher das Geld dafür kommen soll.

Wenn der Rudi Arndt schon mit dem Argument kommt: Wenn Nulltarif, dann weniger Kindergärten, weniger Schulen, dann fragen wir, warum sagt er nicht, wenn Nulltarif, dann weniger Polizei, weniger Bundesgrenzschutz, weniger Militär, weniger Aufpasser in der Straßenbahn. Warum stellt sich für ihn immer nur die Alternative zwischen zwei sozialen Bedürfnissen, warum geht immer nur das eine **oder** das andere. Schließlich gibt es weder vernünftige öffentliche Verkehrsmittel noch genügend Kindergärten, noch genügend Krankenhäuser. Nicht für uns wird geplant, sondern für die Betriebe, den Umsatz, die Spekulanten.

für NULLTARIF



Eig...druck im Selbstverlag. Presserechtlich verantwortlich: Gise.. Erler, 8 München 80, Josefsburgstr. 16

(Fortsetzung v. Seite 1)

Eins ist sicher: in Frankfurt und Umgebung ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhung. Die SPD weiß das, aber sie will diesem Protest nicht nachgeben. Also muß sie versuchen durch den Einsatz ihrer militärischen Polizeimaschinerie jeden praktischen Versuch zu verhindern, der gegen die Fahrpreise gerichtet ist.

In Presseinterviews versucht Arndt, die Wut der Bürger über die Fahrpreiserhöhung umzulenken gegen die, die versuchen durch Blockaden und Demonstrationen den Magistrat zur Rücknahme der Fahrpreiserhöhung zu zwingen. Schmarotzer und Chaoten seien daran Schuld, daß Arbeiter und Angestellte nicht nach Hause kommen. Es wurde in den letzten Tagen versucht Blockaden an verschiedenen Stellen in der Stadt zusammen mit den Roten-Punkt-Aktionen durchzuführen, weil der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung nicht **gegen** sondern **mit** den Benutzern der Straßenbahn geführt wird. Nur wenn sehr viele Frankfurter sich an diesen Aktionen beteiligen, werden die Fahrpreiserhöhungen zu Fall gebracht werden. Die Rote-Punkt-Aktion ist keine Alternative zu öffentlichen Verkehrsmitteln, die zum Nulltarif fahren! Sie soll aber Straßenbahnfahrern und Autofahrern die Möglichkeit geben sich am Boykott der Fahrpreise zu beteiligen und Leute nicht an ihrer Heimfahrt hindern, die heim wollen oder müssen.

In der Woche nach Pfingsten wollen wir versuchen, möglichst viele Frankfurter in den aktiven Boykott der Fahrpreise einzubeziehen. Es hat viele Leute gegeben, die sich schon mit dem aktiven Kampf praktisch solidarisiert haben, es sind aber noch zu wenige, wir müssen immer mehr werden!

Wir lassen uns durch Polizeieinsätze nicht einschüchtern. Unsere Forderung bleibt:
GEGEN FAHRPREISERHÖHUNG
– FÜR NULLTARIF

Unser Verbund Blockade und Roter Punkt!



Die Härte des Polizeieinsatzes ist kein "Ausrutscher", sondern die notwendige Voraussetzung der Politik von SPD und Magistrat

So brutal wie in der Woche vor Pfingsten ist die Frankfurter Polizei noch nie gegen Leute, die sich wehren, vorgegangen: Hunderte festgenommen, jeden Tag mehr Tränengas, Knüppel, Mordversuche. Die Polizei reagiert, als wolle sie eine Bewegung mit Stumpf und Stiel ausrotten, ein für alle Mal.

Warum?

Magistrat und Presse versuchen zu spalten: auf der einen Seite gibt es den „berechtigten und vernünftigen Protest", auf der anderen das „Randalieren und der Terror der Schmarotzer", der sich gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung richtet. Berechtigter Protest: das ist Unterschriften-Sammeln, Protestresolutionen-Verfassen, ist: reden, reden, reden und viel Papier, vernünftiges aber machtloses Papier. Terror: das ist die Zerstörung um der Zerstörung willen, da toben sich wildgewordene Schmarotzer auf Kosten des Steuerzahlers aus. Wenn wir im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und in anderen kommenden Auseinandersetzungen vorankommen und gewinnen wollen, **dann müssen wir diese Spaltung überwinden!**

Wenn der Magistrat mit Verbundsystem und Polizei Fahrpreiserhöhungen durchsetzen will, dann ist das Gewalt; Gewalt gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Wenn die Preise überall steigen und die Löhne hinterherhinken und sogar fallen, dann ist das die gleiche Gewalt. Wenn man gezwungen wird, die Verschlechterung von Lebens- und Arbeitsbedingungen hinzunehmen, und Widerstand dagegen mit Knüppel und Strafe verfolgt wird, dann ist das Gewalt.

Resolutionen und Papier-Protest haben noch nie etwas verändert. Wer gegen die Fahrpreiserhöhung protestiert, der muß auch sagen, wie man dagegen **praktisch** vorgehen kann; der muß der Gewalt des Magistrats die Gewalt aller Betroffenen entgegensetzen. Eigentlich ist das auch allen klar: Tarifrunden z. B. sind keine Frage von guten oder schlechten Verhandlungen, sondern Macht- und Gewaltfragen. Im Frühjahr war die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst: der öffentliche Unternehmer Regierung war fest entschlossen, weniger als 10 % Lohn- und Gehaltserhöhung zu zahlen. Daß schließlich doch ein bißchen mehr herauskam, das lag nicht am Verhandlungsgeschick von OTV und Kluncker – das lag daran, daß gestreikt wurde, daß also die Arbeitenden gemeinsam und gewaltsam gegen den staatlichen Unternehmer vorgingen. Dasselbe im letzten Sommer: die Teuerungsstreiks in vielen Metallbetrieben waren nicht legal und oft gewaltsam: gerade deswegen hatten sie Erfolg und brachten für die Mehrzahl der Metaller eine Verbesserung des miesen Lohnabschlusses.

Der DGB war gegen die Fahrpreiserhöhung: er hat Resolutionen verabschiedet, Unterschriften gesammelt und eine Kundgebung gemacht. Mehr aber hat er nicht getan: als es nach dem 26. Mai um den praktischen Widerstand ging, da war er plötzlich dagegen, da redete er wie Arndt und CDU von „arbeitnehmerfeindlichen Aktionen", die mit berechtigtem Protest nichts mehr zu tun hätten. Daß die Gewerkschaften so reagierten, wundert keinen, der ihr klägliches Verhalten in Tarifrunden kennt. Daß aber auch viele Kolleginnen und Kollegen so reagieren, ist schlimm: Wenn Ihr heute gegen die Demonstrationen und Blockaden schimpft und „geordnete" oder Hitler-Verhältnisse herbeiwünscht, dann redet Ihr nicht gegen Terror und Zerstörungswut – dann handelt Ihr gegen Eure eigenen Interessen. Wer heute die Schienen blockiert und Rote-Punkt-Aktionen organisieren will, der kämpft nicht gegen Euch, sondern gegen den Magistrat. Wenn Ihr dagegen hetzt, dann spaltet Ihr die Kampfbewegung gegen die Fahrpreiserhöhung und macht es dem Arndt recht.

Ist die Polizei durchgedreht?

Immer wieder heißt es: die Polizei schießt über's Ziel raus, sie geht ein bißchen zu hart vor, verwendet ein bißchen zuviel Tränengas, verhaftet ein bißchen zuviel usw. Alles könne – bei etwas Umsicht – auch weniger gewalttätig abgehen. Das ist ein Irrtum.

Sicher: Die Polizeieinsätze waren früher weniger brutal, die SPD redete früher mehr von Fortschritt, Reformen und Veränderungen als von Knüppel, Tränengas, Preiserhöhung und Lohnsenkung. Als 1969 in vielen Betrieben der Bundesrepublik wild gestreikt wurde für mehr Geld, da war die SPD noch dafür: Schmidt und Brandt erklärten ausdrücklich ihre Sympathie für die Streikenden. Und immer wo es in den nächsten Jahren um Protest ging, da hatte die SPD Verständnis: für Lohnforderungen und wilde Streiks, für den Protest gegen Wohnraumzerstörung und Mietsteigerung, für Hausbesetzungen, für Bürgerinitiativen, für den Kampf um mehr Kindergärten usw.

Was die SPD früher aber noch dulden und zum Teil auch unterstützen konnte und mußte, das muß sie heute bekämpfen. Denn es geht nicht mehr um vereinzelten Protest, der auf die Reform- und Veränderungskraft der SPD setzt. Wer heute für die gleichen Forderungen eintritt, für die die SPD noch im Bundestagswahlkampf 1972 eingetreten ist, der macht das nicht mehr **mit** der SPD, sondern **gegen** die SPD. Überall dort, wo es heute darum geht, Interessen praktisch und kämpferisch zu vertreten, da zeigt die SPD immer klarer, auf welcher Seite sie steht: auf der Seite der Unternehmer und des Staates – gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Die SPD hat früher zeigen wollen, daß sie (besser als die CDU) in der Lage ist, den aufkeimenden Protest in geordnete und vernünftige Bahnen zurückzulenken: in die Bahnen des Parlaments und dessen, was sie unter Reformen versteht. Und daran hält sie mit aller Macht fest: wer sich nicht damit zufrieden gibt, daß die Löhne nicht und die Preise sehr wohl steigen, wer sich nicht damit zufrieden gibt, daß keine Reformen kommen, die der arbeitenden Bevölkerung nützen, der bekommt mit dem Knüppel eingebleut, daß er nichts zu melden hat; daß er sich abfinden muß mit einer SPD-Herrschaft, die der der CDU gleicht.

So ist klar: jeder praktische Erfolg in Kämpfen, jeder **Sieg** der Kämpfenden bedeutet eine unmittelbare Bedrohung für die Herrschaft der SPD. Jeder Sieg beweist, daß die gemeinsame Kraft und Aktion der arbeitenden Bevölkerung stärker ist als die Einschüchterungspolitik der SPD. Deswegen muß die SPD jeden Erfolg der Kämpfenden mit aller Macht verhindern, deswegen hat die Frankfurter Polizei im Einsatz gegen den Fahrpreis-Kampf genauso wenig durchgedreht wie letztes Jahr die Kölner Polizei, als sie den Ford-Streik brutal zusammenknüppelte. Beide Male ging es um das Gleiche: zu demonstrieren, daß die Massen immer die Dummen sein werden, daß Widerstand nicht zugelassen wird.

Die Frankfurter SPD vertraut darauf, daß viele Arbeiter, Angestellte oder ältere Bürger durch die offene Gewalt der Polizei eingeschüchtert werden. Demnach ist die Härte des Polizeieinsatzes der letzten Tage nicht zufällig, sondern die politische Strategie des Magistrats! Die gewalttätige Zerschlagung der Demonstrationen, der Versuch der körperlichen Vernichtung der Demonstranten soll Angst machen!!

Aber wir werden uns nicht einschüchtern lassen, sondern wir müssen eben lernen, uns nicht nur gegen die Politik des Magistrats zu wehren, sondern auch gegen den Polizeiterror zu schützen.

Achtung!

Bei Tränengasverletzungen:
mit folgender Lösung sofort die Augen ausspülen:
5 Tabletten Kaiser Natron (eine Tablette = 1 g Natriumkarbonat) in 1/4 ltr. Wasser (1 großes Glas) oder 1/4 ltr. physiologischer Kochsalzlösung auflösen.

Polizeitaktik – einmal anders

Gegen 21 Uhr, als die Polizei nach eigenen Angaben Demonstranten in der B-Ebene Hauptwache verfolgte, kam es dort zu einer schlagstarken Auseinandersetzung, in deren Verlauf sich die Polizei vor den mit Stühlen und anderen Schlaginstrumenten ausgerüsteten Demonstranten zurückzog. Ein Polizeisprecher bezeichnet dies als „taktische Maßnahme".

FR

Müller's Lügen:

Müller erzählt:

Als sich der Wasserwerfer genähert habe, sei der junge Mann von hinten in einem Winkel von 45 Grad auf den Wasserwerfer *zugelaufen*, offenbar *um* noch an ihm *vorbeizukommen*. !!?

„*Nach Auskunft der Ärzte* habe der Patient eine Platzwunde am Hinterkopf und Hautabschürfungen".
Knut Müller stützt sich nach seinen Angaben auf eine Mitteilung der Universitätsärzte Prof. Fromm und Dr. Schäfer.

BILD übernimmts ungeprüft:

... Der angeblich ums Leben gekommene Genosse ist der 16jährige Schüler Thomas H. aus Erlensee, der in Frankfurt die Freiherr vom Stein-Schule besucht.

Er wurde auf dem Römerberg von einem fahrenden Wasserwerfer zu Boden geschleudert. Im Krankenhaus stellte sich dann heraus: er hatte lediglich eine Platzwunde am Hinterkopf und eine Schürfwunde am linken Knöchel ...

Die Augenzeugen melden sich:

Augenzeugenberichte im Hessischen Rundfunk:

Reporter: ich darf dazu vorausschicken, daß die Polizeipressestelle eben gerade uns gesagt hat, dieser junge Mann sei in das Fahrzeug hineingelaufen. Wie haben Sie's gesehen?
1. Zeuge: das ist nicht wahr ... ich sah den Mann da stehen ... und da sah ich den Wasserwerfer mit einer höheren Geschwindigkeit um die Ecke kommen und auf den Fahrer zu (gemeint ist der Schüler Hytrek). Ich riß den Fahrer noch zurück, er wurde vorne ... angefahren, verlor die Balance und fiel unter die hinteren Wagenräder ...
Reporter: ist denn nun der junge Mann ... in das Fahrzeug hineingelaufen?
1. Zeuge: nein, nein, das ist nicht wahr
Reporter: hier nickt noch ein zweiter mit dem Kopf ... wie haben sie diesen Unfall .. gesehen?
2. Zeuge: ... und auf einmal sah ich einen Wasserwerfer zuschießen und sah einen jungen Mann und da hab ich gesehen wie der Fahrer willkürlich über diesen jungen Mann drübergefahren ist, also das sah ich auf der anderen Seite, ich kann also nur bestätigen, was meine Vorrednerin gesagt hat, daß der Wagen willkürlich draufgefahren ist und ich glaube auch, ich kann mir nichts anderes vorstellen, denn der Fahrer muß diesen jungen Mann gesehen haben ... die Demonstranten waren schon weit weg ...

Die Frankfurter Rundschau:

"Innerhalb der Frankfurter Feuerwehrspitze, die auch für die Krankentransportleitstelle verantwortlich zeichnet, herrschte am Mittwochabend großes Erstaunen und teilweise auch Verärgerung über die Darstellung der Verletzung durch den Frankfurter Polizeipräsidenten in der Spätausgabe der Tagesschau."

Am nächsten Tag muß die Presse Müller berichtigen

Fortsetzung a[illegible]ite 2

Frankfurter Oberarzt:

Demonstrant schwer verletzt

lh Frankfurt. — Entgegen den beruhigenden Versicherungen des Frankfurter Polizeipräsidenten Knut Müller hat der 17jährige Schüler Thomas Hytrek, der am späten Mittwochnachmittag bei einer Demonstration vor dem Frankfurter Rathaus von einem Wasserwerfer angefahren worden war, doch schwere Verletzungen erlitten.

Der behandelnde Oberarzt Dr. Ingunza von der neurochirurgischen Klinik der Universitätskliniken Frankfurt berichtete am heutigen Donnerstag, der Patient sei noch immer bewußtlos. Der Schüler habe ein „mittelschweres Hirntrauma" — eine schwere Gehirnerschütterung — erlitten. Lebensgefahr sei auch jetzt noch nicht auszuschließen, sagte Ingunza. (Siehe auch Bericht Seite 11)

Bahnstrecke nach

vie



Kampfgas CN als Tränengas

Polizeifunk, 30.5.74, 17.45 h
„Zugführer außer Gefecht durch Einwirkung von Tränengas ..."

Bei dem in den Wasserwerfern und Gaspistolen verwendeten Tränengas handelt es sich um Chloracetophenon (CN). Nach Gutachten einer pharmakologischen Zeitschrift gehört CN zu der Gruppe chemischer Kampfstoffe: im ersten Weltkrieg war es als „Weißkreuzgas" bekannt.

Die Gefährlichkeit des in mörderischen Völkerschlachten eingesetzten Gases war Anfang dieses Jahres Objekt vieler Gutachten. Kritische Gutachten wurden von der Polizeiführung als irreführend abgetan, während die Gutachten, auf die die Polizei sich beruft, geheimniskrämerisch zurückgehalten wurden.

Die Wirkungsweise von CN: In kleinen Konzentrationen bewirkt das Gas Augenschmerzen und Schleimhautreizungen, in größeren Dosen hat CN die Wirkung von Chlorgas. 10 ltr. einer Wasserwerfermischung können unter ungünstigen Umständen zum Tod führen (Lungenödem). Dies ist der Fall, wenn eine größere Gruppe von Menschen mit durchnäßten Kleidern in einem geschlossenen Raum zusammengepfercht wird (Arrestzelle, Grüne Minna).

Die Hersteller des Gases schreiben in der Gebrauchsanweisung, daß **CN eine Waffe** sei, bestimmt für „Beamte, die besonders gefährliche Aufgaben wahrzunehmen haben" (Minister Bielefeld).

In welchen Situationen die Polizei dieses Gas einsetzt, haben die letzten Tage gezeigt. Schmerzende Verbrennungen, Ätzungen und Augenverletzungen können die Folgen sein.

Besonders auffällig ist die starke Konzentration der Gas-Wasser-Mischung. Die Polizei hält sich hier nicht an die minimalsten Vorschriften. Polizeigutachter Gromes errechnet in seinem Gutachten bei ‚normaler Mischung' eine Konzentration in der freien Luft von 30 mg pro Kubikmeter Luft. Da eine Konzentration von 85-120 mg pro Kubikmeter in 10 Minuten tödlich wirken kann, ist es sicher nicht erlaubt, hier von harmlosen und unschädlichen Einsätzen zu sprechen. 5 mg pro Kubikmeter stellen bereits die Unerträglichkeitsgrenze dar, die hier um das sechsfache übertroffen wird.

Der Einsatz der CN-Wasserwerfer ist lebensgefährlich!! Das wissen Polizeipräsident Müller und Innenminister Bielefeld genau!

Zeugenaussagen Wichtig!

Ausgang Esplanada Richtung Zeil, links; 18.15 h, Mittwoch, 29.5.74. Ein 14-16 jähriges Mädchen, halblange Haare, dunkle Kleidung, wurde von hinten auf den Kopf geschlagen und stürzte. Ein Mann hat den schlagenden Polizisten von dem Mädchen abgedrängt und wurde dabei selbst zusammengschlagen und festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, er habe einen Polzisten mit einer Flasche geschlagen.

Wer kennt das Mädchen?
Wer hat den Vorfall gesehen?

sämtliche

AUGENZEUGEN, GESCHÄDIGTE VON POLIZEIEINSÄTZEN, FESTGENOMMENE USW. MÖGEN SICH IM ASTA, TELEFON 7983182 MELDEN.

Leserbrief an die FR:

Schweigen — und zahlen

Es ist wie immer, wenn etwas Unangenehmes auf uns zukommt: Erst fünf Minuten vor zwölf merken die Leute, was da mit dem neuen Verbundtarif in Aussicht steht. Ich habe mich bereits im vergangenen Jahr mit diesem Thema beschäftigt und dargelegt, daß ein an sich begrüßenswerter Verkehrsverbund gewisse Voraussetzungen verlangt: Er darf sich nicht auf die Deutsche Bundesbahn und die Stadtwerke Frankfurt beschränken, sondern muß alle umliegenden Verkehrsbetriebe (Offenbach, Neu-Isenburg, Bad Homburg usw.) einschließen. Die Angelegenheit darf nicht auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung, der Hausfrauen und Rentner ausgetragen werden; und sie muß als verfrüht angesehen werden, solange noch kein voll ausgebautes U-Bahn-Netz und überhaupt noch keine S-Bahn existieren. Heute wird keiner mehr etwas ändern. Am 26. Mai werden wir schweigen — und zahlen.

Hier irrte sich der FR-Leser!

Von "BILD" (28.5.) ......

... Minuten später umringten Demonstranten einen hilflos am Boden liegenden Polizeimeister: „Du Schwein, Du Schwein", brüllen sie, doch der Mann kann vor lauter Schmerzen nicht mehr antworten. Er wurde in ein Schaufenster gestoßen. Aus den Pulsadern schießt fontänenartig das Blut. Der Notarztwagen kommt und bringt den lebensgefährlich verletzten Beamten in die Uni-Klinik. Zwei Stunden versuchen die Ärzte sein Leben zu retten. Noch immer besteht Lebensgefahr ...

..über die "Nachtausgabe"..(28.5.)

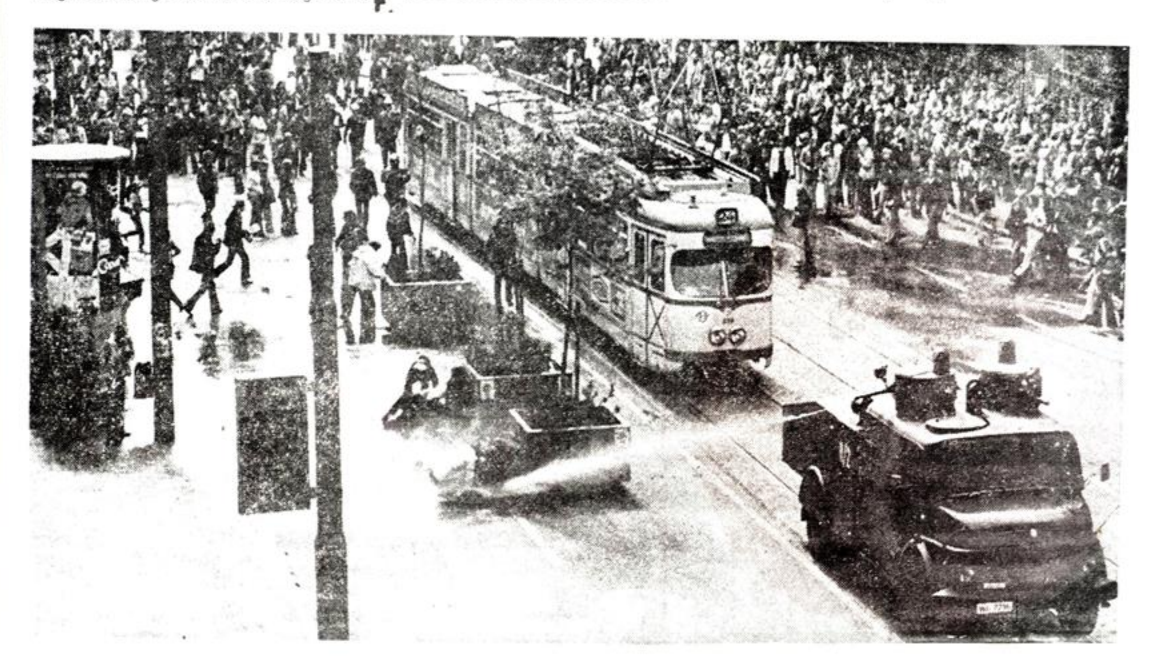
Schwere Zwischenfälle enstanden dann in der Großen Escheinheimer Straße. Zwei Verletzte gab es dort, als im Verlauf der Auseinandersetzungen ein flüchtender Demonstrant und ein ihn verfolgender Polizist in eine große Schaufensterscheibe stürzten.

..zur Wahrheit!

Brief eines Augenzeugen

Am 27.5.7 befanden meine Mutter ... und ich ... uns gegen 18.30 h in dem Geschäftslokal der Firma Elektrobau Schröder in der Großen Eschenheimer Landstr.

Nachdem Wasserwerfer in Tätigkeit bis auf die Höhe Lorey vorgedrungen waren und sich wieder zurückgezogen hatten, verließen meine Mutter und ich das oben aufgeführte Geschäft. Wir waren noch nicht bis auf die Höhe des dortigen Cafes gekommen als die Polizei nochmals vorging. Dabei sah ich wie die uniformierte Polizei einen jungen Mann ergriff und in das Schaufenster des oben angegebenen Ladens warf. Die Scheibe zerbrach, der Mann landete in den Auslagen. Die Polizei zog ihn wieder heraus und warf ihn über den Bürgersteig.



Wer hat die besseren Argumente ?

Die Frankfurter Zeitungen, Rudi Arndt und die Polizei verbreiten über die aktiven Gegner der Fahrpreiserhöhung, ihre Ziele und ihre Aktionen, in den letzten Tagen ungeheuer oft Lügen und Diffamierungen; Verdrehungen und Scheinargumente sollen von den eigentlichen Inhalten der Auseinandersetzung ablenken. Wir wollen hier auf einige der dicksten Hämmer eingehen:

Die Bild-Zeitung vom 28. Mai schrieb z. B.:

„Doch Politrocker, Chaoten und ihr Gefolge hielten nichts von sachlichen Diskussionen. Ihre Argumente waren: Flaschen, Aschenbecher, Blumenkästen und andere Wurfgeschosse."

Das ist eine Unverschämtheit, die verschweigt, daß wir seit Tagen und sogar Wochen Flugblätter verteilen, daß ständig in der Stadt Diskussionsgruppen entstehen, und daß wir dabei offensichtlich sogar so gute Argumente gegen die Fahrpreiserhöhung haben, daß die Polizei ihre Verbreitung zu verhindern versucht: in den letzten Tagen wurden die Flugblattverteiler immer wieder verhaftet, am Dienstagmorgen allein 42 Verteiler! Erst will uns der Magistrat und seine Polizei den Mund verbieten, und dann schreiben Polizeizeitungen wie die Bild, wir hätten keine Argumente.

Bildzeitung vom 30. Mai:

„Terrorgruppen von 20 bis 30 Mann griffen Passanten, Straßenbahnpersonal und Fahrgäste an. Arbeiter wurden niedergeprügelt."

Es gab in der Tat einige Prügeleien. Aber daß wir jemanden angreifen wollen, daß wir jemanden niederprügeln wollen, das ist eine glatte Lüge: die Zivilbullen, die seit Tagen in Scharen die Stadt unsicher machen, besorgen als scheinbar „normale Passanten" dieses Geschäft. Der Häuserrat hat immer erklärt, die Blockaden müssen im Zusammenhang mit „Rote-Punkt-Aktionen" durchgeführt werden, um deutlich zu machen, daß sie nicht gegen die Straßenbahnbenutzer gerichtet sind. Und das wurde auch an verschiedenen Plätzen in Frankfurt versucht. Unser Ziel ist: Blockaden gemeinsam mit den Straßenbahnbenutzern und den Autofahrern. Nur: dann kommt regelmäßig die Polizei, erst zivile, später uniformierte und fängt die Auseinandersetzungen an!

Wie werden die, die sich gegen die Fahrpreiserhöhung wehren, in der Presse genannt? :

„Politaktivisten, jugendlicher Mob aus den Vorstädten, Großstadtmob, Randalierer, schmarotzer, Chaoten, Terrortrupps, Berufsfriedenstörer, usw."

Die Liste dieser Diffamierungen ist lang, ihr Sinn liegt auf der Hand: es soll von der inhaltlichen Auseinandersetzung abgelenkt werden, alle, die sich nicht freiwillig und resigniert unterordnen wollen, sollen als Kriminelle abgestempelt werden, auf die man draufhauen kann und muß. Interessant dabei ist nur, daß für diejenigen, auf die das alte Schema vom „studentischen Randalierer" und „Politaktivisten" zu offensichtlich nicht paßt, jetzt die neue Diffamierung „Großstadtmob" gefunden wurde. Man will von der für den Magistrat peinlichen Frage ablenken, wer denn wirklich gegen die Fahrpreiserhöhung sich wehrt: es sind vor allem Jugendliche, ja, Studenten, Schüler und Lehrlinge, aber darüber hinaus auch — und immer mehr — ältere Frankfurter, die die Fahrpreiserhöhung auch nicht mitmachen wollen und die gerade in den letzten Tagen immer mehr Wut gegen die brutalen Polizeieinsätze bekommen haben. Wer hat wohl am Mittwochabend die Polizei an der Hauptwache „in die Flucht geschlagen" (so Frankfurter Rundschau), als die organisierten Linken auf einer Kundgebung in der Universität waren?

„Das sind keine Demonstranten. Was hier geschieht, sind kriminelle Handlungen. Die Drahtzieher protestieren nicht gegen Fahrpreise, sondern gegen das System," sagte Rudi Arndt auf einer Pressekonferenz, „die Drahtzieher suchen Gewaltanwendung, weil Zerstörung und Chaos in ihr Konzept paßt".

Dazu kann man ganz einfach sagen: dann soll er doch die Fahrpreiserhöhung zurücknehmen, den Nulltarif einführen — und man wird sehen, daß die Blockaden aufhören. Aber das will der Rudi Arndt ja nicht, weil er sich mit den wirklich Herrschenden, den Banken und Versicherungen, den Supermärkten und Großkonzernen, nicht anlegen will (aus deren Profiten könnte ja der FVV und der Nulltarif bezahlt werden). Er läßt weiterhin Polizeitruppen, Schlagstöcke, Tränengas und Wasserwerfer einsetzen. **Sein** Konzept ist die Gewaltanwendung, er will offenbar das „Chaos".

Und schließlich der Hinweis auf das Geld: die Zeitungen schreiben:

„Es sind 500.000 Dm Sachschaden entstanden. Das geht gegen die Steuerzahler, die dafür aufkommen müssen".

Die wirkliche Verschwendung liegt aber nicht in der Zerstörung der neuen Fahrkartenautomaten, sondern in ihrem Kauf: dafür hat die Stadt 23 Millionen Steuergelder rausgeworfen. Und außerdem sollte man an diesem Punkt lieber einmal fragen, für was die Stadt sonst noch die Steuergelder ausgibt? . . . und die Preise für Wasser, Strom, Gas — und natürlich die Fahrpreise steigen trotzdem.

Wenn Beamte "vereinzelt etwas zu hart" vorgehen

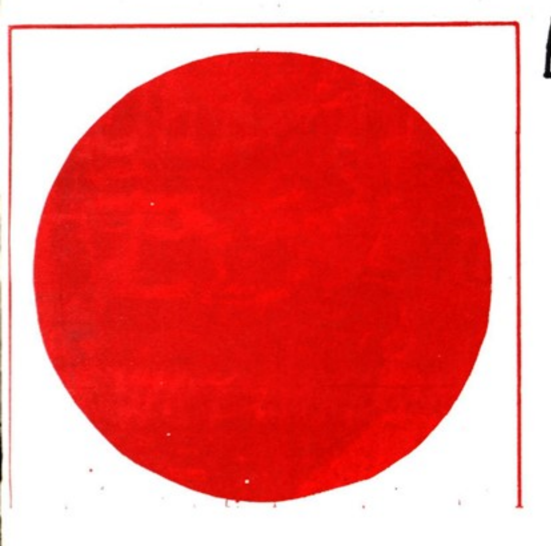
Straße, dabei schleifte er mit dem Kopf und dem Oberkörper über den Asphalt. Gegen den Widerstand der Polizei gelang es den Sanitätern und mir, den Bewußtlosen wieder ins Krankenhaus zu tragen. Die Polizisten sagten: „Der gehört jetzt uns. Der kommt mit zur Wache". Um den Bewußtlosen zu „bergen", riefen die Sanitäter Polizeiverstärkung gegen die beiden Polizisten. Danach verlief alles friedlich. Einzig ist noch zu vermerken, daß die beiden Polizisten sich weigerten, ihre Dienstnummer zu geben und angetrunken wirkten. Die beiden später kommenden Polizisten ignorierten meine Aufforderung, von ihren Kollegen eine Alkoholprobe zu machen. Der Verletzte war über eine halbe Stunde vollkommen bewußtlos und mußte in die chirurgische Intensivstation aufgenommen werden. . . . K.

Am 18./19.5.74 hatte ich als Pfleger Nachtdienst in der Ambulanz des ...Krankenhauses. Gegen 4.30 h brachten drei Rotkreuzsanitäter einen Verletzten und eine Begleitperson. Da der Verletzte stark betrunken war und randalierte, riefen wir Polizei. Hierauf beruhigte sich der Verletzte und wollte sich behandeln lassen. Während der Behandlung kamen die Polizisten. Kurz danach hörte ich Krach im Flur. Ich ging in den Flur und sah, wie die Begleitperson bewußtlos am Boden lag, die Polizisten an ihr herumzerrten und die Sanitäter versuchten, sie davon abzuhalten. Die Sanitäter riefen: „Warum habt ihr den zusammengeschlagen, der hat euch doch nichts gemacht. Der war ja ganz friedlich." Schließlich zerrte einer der Polizisten den Bewußtlosen am Bein aus dem Flur und ca. 20 Meter über die

FAZ-Kommentar

Der Oberbürgermeister nennt sie (die Demonstranten) . . . Kriminelle und Attentäter auf die parlamentarische Demokratie. Als ob je während der letzten Jahre . . . diese parlamentarische „Klamotte" noch eine Rolle gespielt hätte.

Ohne Blockade + Rote Punkt Aktion nach Pfingsten werden die Fahrpreise nicht fallen



Diese Handzettel wurden letzte Woche verteilt

Wenn der Verkehr heute schlechter läuft, wenn die Straßenbahnen blockiert werden, dann richtet sich dieser Protest weder gegen öffentliche Verkehrsmittel, noch gegen die Autofahrer. Sondern gegen die Fahrpreise.
Die meisten Leute müssen Busse und Straßenbahnen benutzen, obwohl sie sich über Preise und Automaten ärgern. Autofahrer sind davon nicht betroffen. Trotzdem können sie die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel unterstützen. Soweit es auf ihrer Strecke liegt, nehmen sie die Leute mit. Das blaue FVV-Zeichen oder ein roter Punkt bedeutet, daß sie bereit sind, Leute mitzunehmen.
Zum Nulltarif, versteht sich.

Autofahrer-Initiative: Solidarität gegen die Fahrpreise